

UTOPIEKreativ

Diskussion sozialistischer Alternativen

206 · Dezember 2007

*Monatliche Publikation,
herausgegeben von der
Rosa-Luxemburg-Stiftung*

VorSatz 1093

Essay

DAVID BORISOWITSCH RJASANOW
Vorwort zur MEGA 1927 1095

Transformation und Revolution

ISABEL RAUBER
Die demokratisch-kulturelle Revolution.
Betrachtungen aus Lateinamerika 1112

WINFRIED ROTH
»So können wir nicht länger leben!«
Zum 100. Jahrestag der demokratischen Revolution
in Russland 1905-1907 1128

Gesellschaft – Analysen & Alternativen

JÜRGEN MEIER
Scientology ist weder Kirche noch Sekte!
Scientology, eine spätbürgerliche
Science-Fiction-Ideologie 1138

MICHAEL WOLF
Sozialpolitik und Soziale Arbeit
jenseits des Wohlfahrtsstaats:
Leben auf eigenes Risiko 1153

Standorte

GÜNTER WIRTH
Kurella und die Wartburgtagung 1171

Festplatte

WOLFGANG SABATH
Die Wochen im Rückstau 1174

Bücher & Zeitschriften

Ronald Friedmann:
Ulbrichts Rundfunkmann. Eine Gerhart-Eisler-Biographie
(HORST HELAS) 1176

Matthias Steinbach, Sven Schlotter (Hg.):
Zweimal Amerika.
Deutsche Reisetagebücher 1926 und 1990
(KAI AGTHE) 1178

Peter Zimmermann:
Geschichte wird uns zugefügt.
Ein Ostdeutscher erinnert sich an das 20. Jahrhundert
(ULRICH RAMM) 1180

Rudolph Herzog:
Heil Hitler, das Schwein ist tot!
Lachen unter Hitler – Komik und Humor im Dritten Reich
(ECKART SCHÖRLE) 1181

Ernst Kistler:
Die Methusalem-Lüge.
Wie mit demografischen Mythen Politik gemacht wird
(KARL-HEINZ STRECH) 1182

Summaries 1184

An unsere Autorinnen und Autoren
Impressum 1186

VorSatz

Glauben Sie an Wunder? Nein, das ist gewiss keine nur rhetorische Frage so kurz vor Weihnachten. Gerade die jährliche Wiederkehr diesbezüglicher Feierlichkeiten bezeugt doch eine sehr lange Tradition des Wunderglaubens in unserer Kulturregion der Welt samt deren Ausbreitung auch in anderen Erdteilen. Also glauben Sie auch an Wunder? Denn ich tu es! Ich glaube zwar nicht an Nikolaus & Co. und kann mich auch nicht daran erinnern, ob das jemals bei mir so war – wahrscheinlich taten meine Eltern wenig, wenn überhaupt etwas dazu, mir das wundervolle Märchen von Weihnachten und seiner Personage glaubhaft zu machen. Sie hatten, als ich geboren wurde, die Gemeinde der Gläubigen schon verlassen. Ihnen war Wunder genug, dass sie den Krieg mehr oder weniger heil überstanden hatten. Dessen Schrecken hatte sie veranlasst, so verstand ich jedenfalls die nachgelassenen Aufzeichnungen meines Vaters, sich von deren allmächtigem Veranlasser, wenn er denn tatsächlich existieren sollte, abzuwenden. Ich wurde also nicht in der Tradition der Wundergläubigen erzogen – und trotzdem: Ich glaube an Wunder. Klar wurde mir das vor Kurzem, da ich nämlich las, die Rüstungskontroll-, -begrenzungs- und Abrüstungsverträge vom Ende des vergangenen Jahrhunderts könnten aufgekündigt werden: Das Abkommen über den Rückzug und die Verschrottung von atomsprengkopfbestückten Flugkörpern und Raketen kurzer und mittlerer Reichweite sowie dasjenige über die Verringerung der ungeheuer großen Anzahl von herkömmlichen Waffen und deren Personal hier in Europa, nein, noch genauer, hier in unserer Heimat und ihren Nachbarländern.

Erinnern Sie sich an jene Zeit vor zwanzig bis dreißig Jahren? Damals war ich als Journalist mit diesen Dingen befasst – und ein junger Vater. Vielleicht deshalb bedrückte mich die sprunghaft wachsende Bedrohung so sehr: Die berühmte Filmgroteske »Dr. Seltsam oder: Wie ich lernte, die Bombe zu lieben« mit Peter Sellers als durchgeknalltem Atombomberpiloten abends im (West)Fernsehen anzuschauen, das löste bei mir einen Magenkrampf aus, darüber konnte ich nicht mal »schrecklich« lachen, hatte ich doch tagsüber eine Studie zweier amerikanischer Wissenschaftler »Über die wachsende Wahrscheinlichkeit des zufälligen Ausbruchs eines Atomkrieges« zu lesen gehabt. So waren die Zeiten – und ich bin sicher, nicht nur ich habe sie so empfunden – erinnern Sie sich? Wirklich, es war ein Wunder, dass wir noch einmal davorkamen. Und das wiederum war, wenn ich so sagen darf, einem weiteren Wunder geschuldet –

der wunderbaren Einsicht einiger Elitenvertreter in Ost und West, die die Schrauben der Rüstung um einige Windungen zurückdrehten. Man vereinbarte jene schon genannten Demilitarisierungsabkommen, eine Weltgemeinschaft der Wissenschaftler stellte die Zeiger unserer Lebensuhr wieder einige Minuten zurück: von ganz kurz vor Zwölf auf kurz vor Zwölf. Wir konnten aufatmen. Erst einmal. Wie ich schon bis dahin hatte lernen können, war mein damals knapp dreißigjähriges Leben eigentlich ebenso ein Wunder gewesen. Denn schon in meiner Vorschulzeit war immerhin versucht worden, mit Testreihen von Super- und Supersuperbomben vielleicht doch den ganz großen Bumms zu erzeugen, jedenfalls größer als der, den der Gegner gerade machen konnte. Dass der eigentliche Gegner dabei letztlich die irdische Natur war, unser Lebensraum, solange man die Superbomben auch »nur« erprobte, und es final, ja, zum endgültigen Schluss für uns alle kommen würde, sollten sie tatsächlich als Waffen eingesetzt werden, das konnte den politischen Eliten damals nur eine kleine Schar von Wissenden klar machen, eben jene Wissenschaftler, die besser wußten, was wirklich angerichtet werden würde, sollte man auch nur eine dieser Dutzend-Kilotonnen-Monster in dichtbewohntem Gebiet zünden, und welche Folgen es haben würde für die Lebensräume der anderen, selbst derer, die die Bombe geschickt hätten. Albert Einstein, den es bis ans Ende seines Lebens gereut haben soll, durch einen Brief an den USA-Präsidenten Roosevelt maßgeblich daran beteiligt gewesen zu sein, dass der Bau der ersten Kernwaffe überhaupt in Angriff genommen wurde, hat einmal gesagt, die Bombe habe alles verändert – nur unser Denken nicht. Und doch – wunderbarerweise zeigte sich genau das in den vergangenen Jahrzehnten – kam es gerade dazu, in Ansätzen leider nur: Denn koexistenzielles Denken, und das hat Einstein zweifelsohne gemeint, wurde dokumentiert in den bilateralen und internationalen Verträgen der siebziger, achtziger und auch noch neunziger Jahre des 20. Jahrhunderts. Ein wunderbarer Vorläufer dessen, hoffnungsvolles Omen für eine friedvolle Wende in der Menschheitsgeschichte war die Charta der Vereinten Nationen vor mehr als sechzig Jahren. Sie war ein Wunder an koexistenzuellem Denken nach zwei verheerenden Weltkriegen und – von heute her betrachtet – ein für lange Zeit darauffolgender Jahrzehnte schärfster Konfrontation im Kalten und an nicht wenigen Orten des Globus auch heißen Krieg, wo es die Eliten den jeweils anderen zeigen wollten. Wunder, so denke ich, zeichnen sich dadurch aus, dass sie Geschehen oder Nichtgeschehen kennzeichnen, welches trotz aller Wahrscheinlichkeit schließlich nicht oder eben doch passiert. Diesem meinem Verständnis von Wundern folgt mein Wunderglauben zwangsläufig: Es ist geradezu wunderbar, dass unsere Zivilisation, die Welt in der wir alle leben müssen, bis heute die Folgen unserer Dummheit und Anmaßung, jenes von Einstein gemeinte überkommene beschränkte, ja bornierte Denken, überstanden hat. Doch gerade sieht es wieder so aus, als bliebe uns nichts übrig, als auf ein weiteres Wunder zu hoffen. Deshalb Ihnen allen ein ruhiges Weihnachtsfest und ein wunderbares, weil friedvolles, Neues Jahr!

DAVID BORISOWITSCH RJASANOW

Vorwort zur MEGA 1927

David Borissowitsch Rjasanow (eigentlich Goldenbach), geboren am 10. März 1870 in Odessa, hingerichtet am 21. Januar 1938 in Saratow, beteiligte sich von früher Jugend an am Widerstand gegen den Zarismus. 1891 verhaftet, ging er nach Jahren in Gefängnissen und in der Verbannung 1900 ins Exil nach Deutschland und Österreich. Dort begann er im Kontakt mit russischen und deutschen Sozialdemokraten mit intensiven Arbeiten zur Geschichte der Arbeiterbewegung und zu den Werken von Karl Marx und Friedrich Engels. Er war Mitglied der von Wladimir Iljitsch Lenin gegründeten Zimmerwälder Linken. Nach der Februarrevolution nach Russland zurückgekehrt, wurde er Teilnehmer der Oktoberrevolution und danach in verschiedenen politischen Funktionen aktiv. Als Autodidakt erhielt er eine Professur an der Universität Saratow und begann 1920, in Moskau ein Institut zur Erforschung der Theorie der Arbeiterbewegung aufzubauen – das Marx-Engels-Institut. Dort wurde unter seiner Leitung die Herausgabe der ersten Marx-Engels-Gesamtausgabe, der MEGA, die heute als MEGA¹ bezeichnet wird, in Angriff genommen. Zu seinem 60. Geburtstag 1930 noch hoch gewürdigt, wurde Rjasanow, der 1924 geschrieben hatte »Ich bin kein Bolschewik, ich bin kein Menschewik, ich bin kein Leninist. Ich bin einzig Marxist, und, als Marxist, bin ich Kommunist«, 1931 verhaftet und ohne Urteil nach Susdal und dann nach Saratow deportiert. Der Leningrader Parteichef Sergej Mironowitsch Kirow (1886-1934) erwirkte für ihn zwar die Genehmigung, sich in Leningrad aufzuhalten, doch nach Kirows Ermordung wurde Rjasanow erneut nach Saratow gezwungen und dort 1938 umgebracht.

Die Veranstaltung einer Gesamtausgabe der Werke von Marx und Engels ist ein so dringendes Bedürfnis, daß die Notwendigkeit eines solchen Unternehmens nicht ausführlich nachgewiesen werden muß.

Die Grundideen Marxens und Engels' haben die gesamte internationale Arbeiterbewegung befruchtet. In allen zivilisierten Ländern, in denen sich eine Klassenorganisation des Proletariats entwickelt, geschieht dies mehr oder weniger ausdrücklich unter dem Banner des Marxismus. Marx und Engels haben der geistigen Entwicklung mehrerer Geschlechter in verschiedenen Ländern, bis jetzt in erster Linie in Deutschland und Rußland, einen unaustilgbaren Stempel aufgedrückt. Kein Gebiet der gesellschaftlichen und historischen Wissenschaften, das nicht den mächtigen Einfluß der beiden großen Denker erfahren hätte, deren Theorien nach ihrem Tode mehrmals »vernichtet« wurden, aber stets zu neuem Leben auferstanden.

Der Text ist ein unveränderter Nachdruck des Originals von 1927 aus: Marx/Engels Gesamtausgabe. Erste Abteilung, Band 1, Erster Halbband. Marx: Werke und Schriften bis Anfang 1844 nebst Briefen und Dokumenten, Marx-Engels-Archiv Verlagsgesellschaft m.b.H., Frankfurt a. M., S. IX-XXVIII. Auch Zitierweise und Rechtschreibung wurden übernommen. Die originalen Fußnoten von Rjasanow sind numeriert. Die nicht numerierten Marginalien sind Anmerkungen der Redaktion von UTOPIE kreativ. Das Original des Textes, der auf eindrucksvolle Weise die Publikationsgeschichte der Marx-Engels-Werke und die Editionsprinzipien der ersten MEGA spiegelt, ist heute sehr schwer erreichbar.

Zur heutigen (zweiten) MEGA siehe in UTOPIE kreativ: Thomas Marxhausen: »MEGA – MEGA« und kein Ende, Heft 189/190 (Juli/August 2006).

Um aber die Entstehung und Ausbildung der Ideen, die Marx und Engels in den historischen Prozeß hineingebracht haben und die ihrerseits zu mächtigen ideellen Triebkräften dieses Prozesses selbst geworden sind, genau verfolgen und von dem Wirken der beiden Forscher und Kämpfer ein Gesamtbild erhalten zu können, müssen wir sämtliche Zeugnisse sowohl ihrer theoretischen Arbeit als auch ihrer praktischen und organisatorischen Tätigkeit vor uns haben.

Daß eine vollständige Ausgabe der Werke der beiden Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus, der Verkünder und Wegweiser des proletarischen Emanzipationskampfes, bis auf den heutigen Tag noch aussteht, wird immer fühlbarer bei allen wissenschaftlichen Untersuchungen, die auf das Verständnis ihrer Weltanschauung, auf die Erfassung ihrer Lehren gerichtet sind. Ein allseitiges wissenschaftliches Studium ihrer theoretischen und praktischen Lebensarbeit wird erst möglich sein, wenn ihre gesamte geistige Hinterlassenschaft in einer kritischen Gesamtausgabe reproduziert und zusammengefaßt vorliegen wird.

Trotz der ungemein reichen und immer noch wachsenden Literatur, die sich direkt mit der Weltanschauung und den Theorien von Marx und Engels befaßt, sind ihre Werke noch immer nur in einzelnen, verschiedene Zwecke verfolgenden Teileditionen verstreut – ja ein großer Teil ihres Lebenswerkes ist unbekannt und der Forschung unzugänglich.

Allerdings hat es an Versuchen, gewisse Stücke des literarischen Nachlasses von Marx oder von Marx und Engels herauszugeben, nicht gefehlt. Schon vor 75 Jahren tauchte der Plan auf, Marxens »gesammelte Aufsätze« aus dem Zeitraum von 1842 bis 1851 herauszugeben. Dieser erste Versuch rührt von dem ehemaligen Revolutionär und Kommunisten Hermann Becker her (dem sogenannten »roten Becker«, dem späteren nationalliberalen Oberbürgermeister von Köln).

Nach Eingehen seiner »Westdeutschen Zeitung« (im Juli 1850) und gleich darauf des »Westdeutschen Anzeigers« schlägt Becker – damals Mitglied der von London nach Köln verlegten Zentralbehörde des Bundes der Kommunisten – Marx vor, seine Aufsätze aus den vierziger Jahren herauszugeben. Marx akzeptiert den Plan, und die Vorarbeiten beginnen etwa November 1850. Ende dieses Jahres schreibt Becker an Marx nach London: »Gern hätte ich Dir zu Weihnachten den ersten Bogen geschickt. Die schändliche Misere, in die ich hineingeraten bin, hat mich aufgehalten. Mein wahres Faktotum, Baute, hat mir die Polizei ausgewiesen, eben weil es mein alter ego ist. Ich mußte übrigens auch noch Durchschüsse machen lassen, die erst gegen Neujahr fertig werden. Vom ersten Januar an werden aber zwei Setzer kontinuierlich an den ›Gesammelten Aufsätzen‹ arbeiten.«

Was für Schwierigkeiten – nicht nur technischer und finanzieller Natur – dem Unternehmen im Wege standen, sieht man aus den übrigen Briefen von Becker an Marx:

»Vorwärts gehts – so lesen wir in einem Briefe vom 27. Januar 1851 – aber verzweifelt langsam. Köln, das große Dorf, ist für den Buchverkehr ein schändlicher Ort. Drei Bogen stehen in Formen, können aber nicht gedruckt werden, weil es kein Papier gibt. Seit

Hermann Becker (1820-1885) – Jurist und Publizist, Mitglied des Bundes der Kommunisten, Angeklagter im Kölner Kommunistenprozeß von 1852, später Nationalliberaler und Oberbürgermeister von Dortmund und Köln.

ersten Januar bis jetzt liegt meine Druckerei fast still ... Anliegend ein Korrekturblättchen, was mir gerade zur Hand ist. Auf Andringen von Daniels und Bürgers habe ich das Format etwas geändert, wie die beiden sagen, ansehnlicher gemacht. Übrigens ist ein Mangel an einem Exemplar der Alten Rheinischen Zeitung sehr fatal.« Und erst am 1. März teilt er Marx mit: »Das Beiblatt zu Nr. 125 der Alten Rheinischen Zeitung ist mit unendlichen Mühen bei Dagobert Oppenheim aufgetrieben.«¹

Die öffentliche Ankündigung – ein Prospektblatt – wird unter dem 15. April ausgegeben. Daraus erfahren wir die Einzelheiten des Verlagsplans:

»Marx' Arbeiten sind teils in besonderen Flugschriften, teils in periodischen Schriften erschienen, jetzt aber meistens gar nicht mehr zu bekommen, wenigstens im Buchhandel vergriffen.

Der Herausgeber glaubt deshalb, dem Publikum einen Dienst zu erweisen, wenn er mit Bewilligung des Verfassers diese Arbeiten, welche gerade ein Dezennium fassen, zusammenstellt und wieder zugänglich macht.

Der Plan ist auf zwei Bände berechnet; der Band wird 25 Bogen umfassen. Dem zweiten Bande wird Marx' Porträt beigegeben. Die, welche bis zum 15. Mai 1851 auf diese Bände subscribieren, erhalten solche in 10 Heften à 8 Silbergroschen. Nach diesem Termin tritt der Ladenpreis, 1 Thaler 15 Silbergroschen, ein.

Der erste Band wird Marx' Beiträge zu den ›Anekdoten‹ von Ruge, der (alten) ›Rheinischen Zeitung‹ (namentlich über Preßfreiheit, Holzdiebstahls-gesetz, Lage der Moselbauern usw.), den ›Deutsch-Französischen Jahrbüchern‹, dem ›Westfälischen Dampfboot‹, dem ›Gesellschaftsspiegel‹ usw. und eine Reihe von Monographien enthalten, die vor der Märzrevolution erschienen, aber ›leider‹ heute noch passen.«

Nur die erste Lieferung des ersten Bandes, das »1. Heft« ist, fünf Bogen stark, erschienen. Sie enthält die Bemerkungen über die neueste preußische Zensurinstruktion aus den Anekdoten, aus der Rheinischen Zeitung zum größten Teil die Kritik der Pressedebatten auf dem 6. Rheinischen Landtag, die mitten in einem Satze abbricht.

Wenn wir sagen: erschienen, so ist dies vielleicht zuviel gesagt. Sicher ist nur, daß diese erste Lieferung, heute zu den größten Seltenheiten gehörig – wir wissen nur von einigen Exemplaren –, Ende April gedruckt und geheftet vorlag. Ob sie überhaupt richtig in den Verkehr gebracht wurde, ist zweifelhaft, und daß dies nicht in größerem Ausmaße geschah, ist bestimmt. Marx erhielt am 3. Mai ein Exemplar. »Ein Heft von meinem Dreck ist hierher gelangt«, schrieb er an Engels. Bald nach der Drucklegung, am 10. Mai, wurde Nothjung, der Emissär des Bundes der Kommunisten, von der Polizei in Leipzig gefaßt, und kurz darauf, am 19. Mai, auch Becker, der noch zu Anfang des Monats von einer Erweiterung des ursprünglichen Planes, von der Aufnahme einer deutschen Ausgabe des Anti-Proudhon in die »Gesammelten Aufsätze« geträumt hatte, in Köln gleichfalls verhaftet. Eine »große Menge«, wohl der größte Teil der ersten Lieferung, lag damals noch bei dem Buchbinder Hartmann, wo sie von der Polizei konfisziert worden ist.

Die auf Fortsetzung dieser Ausgabe gerichteten Anstrengungen des Notariatskandidaten Bernbach – eines geheimen Anhängers von

1 Auch wir haben dieses Beiblatt nur mit großen Schwierigkeiten erwerben können.

Arnold Ruge – 1802-1888, Publizist, gehörte zu den »Junghegelianern«, die sich für eine progressive Interpretation der Philosophie Hegels engagierten und denen sich zunächst auch Marx und Engels während ihrer Studienzeit anschlossen, 1848 Mitglied der Frankfurter Nationalversammlung, nach 1866 Nationalliberaler.

Siehe: Karl Marx: Das Elend der Philosophie. Antwort auf Proudhons »Philosophie des Elends«, Marx Engels Werke (MEW), Bd 4, Dietz Verlag Berlin 1964. Pierre-Joseph Proudhon – 1809-1865, französischer Publizist, Soziologe und Ökonom, Mitglied der konstituierenden Nationalversammlung von 1848, einer der theoretischen Begründer des Anarchismus.

Adolph Bernbach – 1822-1875, Jurist in Köln, Abgeordneter der Frankfurter Nationalversammlung, Mitglied des Bundes der Kommunisten, er hielt die Verbindung zwischen Marx und den Angeklagten im Kölner Kommunistenprozeß, später Liberaler.

Ferdinand Lassalle – 1825-1864, Schriftsteller, nahm an der Revolution 1848 teil, Bekanntschaft und Briefwechsel mit Marx und Engels, Begründer des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins im Mai 1865, eines Vorläufers der Sozialdemokratischen Partei.

Otto Karl Meissner – 1819-1902, Verleger in Hamburg, veröffentlichte zuerst »Das Kapital« und verlegte auch andere Schriften von Marx und Engel.

Siehe: Karl Marx: Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte, MEW, Bd. 8.

Nikolai Franzewitsch Danielson (Nikolaion) – 1844-1918, russischer Schriftsteller und Ökonom, übersetzte Schriften von Marx und Engels ins Russische, darunter »Das Kapital«.

Siehe: Friedrich Engels: Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft (Anti-Dühring), die 1878 veröffentlicht wurde; siehe Marx Engels Werke (MEW), Bd. 20, Dietz Verlag Berlin 1968. Eugen Karl Dühring – Philosoph, Privatdozent an der Berliner Universität, Vertreter des »kleinbürgerlichen« Sozialismus mit zeitweiligem Einfluß auf Teile der deutschen Sozialdemokratie.

Adolf Hepner – 1846-1923, Redakteur und Buchhändler, Mitbegründer der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, Mitangeklagter im Leipziger Hochverratsprozeß von 1872.

Siehe: Karl Marx, Friedrich Engels: Die heilige Familie, MEW, Bd. 2.

Marx und Vermittlers zwischen ihm und den verhafteten Bundesmitgliedern – blieben ebenso fruchtlos wie Lassalles gleichartige Bemühungen.

So scheiterte der erste Versuch, Marxens gesammelte Aufsätze in Deutschland herauszugeben, zugleich und zusammen mit dem Versuch, den Bund der Kommunisten nach der Niederlage der Revolution von 1848/49 wieder aufzurichten.

Es vergingen mehr als fünfzehn Jahre, bis der alte Plan wieder auftauchte. Den Anlaß gab die Fertigstellung des ersten Bandes des »Kapital«. Schon einige Monate vor dessen Erscheinen, am 27. April 1867, schreibt Engels an Marx:

»Die gesammelten Aufsätze wird Meissner dann schon gern nehmen, und damit ist wieder Geld und ferner auch ein neuer literarischer Erfolg geschaffen. Die Sachen aus der Neuen Rheinischen Zeitung, der 18. Brumaire usw. werden dem Philister jetzt enorm imponieren, und haben wir auf dieser Basis erst wieder etwas Terrain gewonnen, so finden sich auch bald noch allerhand andere erträgliche Geschichten.«

Die Hoffnungen Engels' gingen nicht in Erfüllung. Mit Meissner wurde nur über die Herausgabe des »18. Brumaire« ein Abkommen erzielt.

Für die russische Ausgabe des »Kapital«, die 1872 erschien, fertigte Marx eine Übersicht der Hauptarbeiten an, die er allein oder gemeinsam mit Engels bis 1867 geschrieben hatte. In dem Briefe an seinen Übersetzer N. Danielson bemerkt er, daß er sie selbst nicht in vollständiger Sammlung besitze.

Nach dem Gothaer Vereinigungskongreß der deutschen Sozialdemokratie wurde 1876/77 der Gedanke einer Sammelausgabe erneut aufgenommen; sie sollte diesmal außer Aufsätzen von Marx auch Arbeiten von Engels, der gerade seine Artikel gegen Dühring schrieb, enthalten. Adolf Hepner, damals Buchhändler in Breslau, macht um 1877 Engels den Vorschlag, seine und Marxens Artikel gemeinsam herauszugeben und dazu auch die »Heilige Familie«, die »Lage der arbeitenden Klassen in England« und den Anti-Proudhon zu nehmen.

Das Sozialistengesetz verhinderte die Verwirklichung dieses Plans, noch bevor er bestimmtere Formen angenommen hatte.

Es ist dann Marxens Tod, der die Herausgabe seiner Werke wiederum auf die Tagesordnung stellt. Die ersten russischen Sozialdemokraten – Plechanov, Axelrod, Zasulič – schlagen in ihrer Begrüßungsadresse an den Kopenhagener Kongreß (Ende März 1883) der deutschen Sozialdemokratie vor, »die Initiative ... zur Sammlung eines Fonds für eine Volksausgabe sämtlicher Schriften« von Marx zu ergreifen.

Ein Jahr nachher (27. April 1884) bemühte sich auch Rudolf Meyer, Engels zur Veröffentlichung einer »Gesamtausgabe von Marxens zerstreuten Aufsätzen« zu veranlassen.

Im Mai 1885 trägt sich Hermann Schlüter, damals administrativer Leiter des Züricher »Sozialdemokrat«, mit dem Plan, in der bekannten von ihm redigierten Serie »Sozialdemokratische Bibliothek« ein Bändchen mit dem Titel »Kleine Schriften und Aufsätze von Marx« herauszugeben. Er erbittet dazu Engels' Einwilligung und Hilfe. En-

gels, der gleich nach Marxens Tod sich an die Bearbeitung der »Kapital«-Manuskripte gemacht hatte, erklärt jedoch nur den gesonderten Abdruck einzelner kleinerer Schriften für zeitgemäß; einige davon sind dann mit Vorreden von ihm tatsächlich im Hottingen-Züricher Parteiverlag erschienen.

Sofort nach dem Fall des Sozialistengesetzes hielten es führende Mitglieder der deutschen Partei für notwendig, außer der Gesamtausgabe der Werke von Lassalle, die im Auftrage des Parteivorstands, besorgt von Eduard Bernstein, 1891-1893 erschien, auch die Werke von Marx gesammelt herauszugeben. Engels wird von allen Seiten bestürmt, einer Auswahlangabe zuzustimmen und solche Bestrebungen zu unterstützen. Zunächst will sich Wilhelm Liebknecht in Gemeinschaft mit Paul Ernst der Sache annehmen. Engels äußert sich jedoch auf das entschiedenste gegen den Plan:

»Entweder willst Du alles drucken – schreibt er an Liebknecht am 18. Dezember 1890 – worauf der Name Marx steht, oder aber – soll es der Anfang der von Dir mit Paul Ernst geplanten »Gesamtausgabe« in Broschüren, resp. Heften sein? Dagegen protestiere ich schon hier und werde es auch fernerhin tun.« Er bittet weiter, ihn in Ruhe zu lassen, bis er mit der Arbeit am dritten Bande des »Kapital« fertig sei.

Engels betrachtet die Veranstaltung einer »Gesamtausgabe« der Werke von Marx als *seine* ureigenste Aufgabe, die er aber bis zum Abschluß des »Kapital« zurückzustellen gezwungen ist. Darum weist er auch 1891/92 die Anfragen und Vorschläge Paul Singers und Richard Fischers ab, die im Berliner Parteiverlag die kleineren Arbeiten Marxens gesammelt herauszugeben planen, und eine nicht minder entschiedene Abfertigung holt sich der Leiter des Stuttgarter Verlags J. H. W. Dietz. Die Wünsche Victor Adlers (in seinen Briefen an Engels vom 25. August und 22. September 1892) vermögen Engels ebensowenig zu einer Aufgabe seines Standpunktes in dieser Frage zu bewegen. Er arbeitet rastlos weiter am »Kapital« und unterstützt nur die Einzelausgaben einiger Schriften.

Kaum wurde bekannt, daß Engels endlich den dritten Band des »Kapital« in Druck gegeben hatte, als Richard Fischer, der damalige Leiter des Vorwärts-Verlags Engels wiederum (am 27. Januar 1894) den Vorschlag machte, seine und Marxens Werke in einer großen Ausgabe – in Lieferungen – an die Öffentlichkeit zu bringen.

Engels fand den Vorschlag in dieser Form nicht zeitgemäß und nicht annehmbar. Den Plan einer großen Ausgabe – dies seine Antwort – möge Fischer bis auf weiteres ruhen lassen, schon weil zu befürchten sei, daß bei einer Annahme der Umsturzvorlage mit Zensurschwierigkeiten gerechnet werden müsse. »Am allerwenigsten könnte ich mich dazu verstehen, an Marx' und meinen alten Arbeiten eine wenn auch noch so geringe Kastrierungsprozedur behufs Anpassung an momentane Preßverhältnisse zuzulassen. Da wir aber sehr ungeniert geschrieben haben und alle Augenblicke Dinge gerechtfertigt, die in kaiserlich deutschen Landen Vergehen und Verbrechen sind, wäre ein Neudruck in Berlin nach Annahme jenes Mustersgesetzes keineswegs ohne viel Streicherei möglich.« (Engels an Fischer, 15. April 1895).

»Zweitens aber« – heißt es weiter im selben Briefe –, »habe ich den Plan, Marx' und meine kleineren Sachen in einer *Gesamtaus-*

Siehe: Friedrich Engels: Die Lage der arbeitenden Klasse in England, MEW, Bd. 2.

Georgi Walentinowitsch Plechanov (Plechanow) – 1856-1918, Pawel Borisowitsch Axelrod – 1850-1928, Vera Iwanowna Zasulič (Sassulitsch) – 1851-1919, Mitbegründer der russischen Sozialdemokratie, Vera Sassulitsch und Georgi Plechanow standen in Briefwechsel mit Marx und Engels.

Rudolf Meyer – 1839-1899, konservativer Ökonom und Publizist.

Hermann Schlüter – gest. 1919, während des Sozialistengesetzes Leiter des sozialdemokratischen Verlags in Zürich, später an der sozialistischen Bewegung in den USA beteiligt.

Eduard Bernstein – 1850-1932, Redakteur und Publizist, einer der führenden Intellektuellen der deutschen Sozialdemokratie, seit 1880 bekannt und in Kontakt mit Marx und Engels.

Wilhelm Liebknecht – 1826-1900, Publizist und Politiker, nahm an der Revolution von 1848 teil, mit Marx und Engels persönlich befreundet, Aktivist in der Formierungsphase der deutschen Arbeiterbewegung, Mitbegründer und führender Politiker der sozialdemokratischen Partei, Reichstagsabgeordneter von 1874 bis 1900 (also auch in der Zeit des Sozialistengesetzes).

Paul Ernst – 1866-1933, Literaturkritiker und Dramatiker, seit Ende der achtziger Jahre Sozialdemokrat, 1891 aus der SPD ausgeschlossen, wurde später zu einem geistigen Wegbereiter des Nationalsozialismus. Paul Singer – 1844-1911, sozialdemokratischer Politi-

ker, seit 1885 Vorsitzender der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, seit 1890 gemeinsam mit August Bebel Vorsitzender der SPD.

Richard Fischer – 1855-1926, Schriftsetzer und Redakteur, zeitweise im Parteivorstand der SPD, Geschäftsführer der Vorwärts«-Druckerei, Abgeordneter im Reichstag.

2 »Engels beabsichtigte nicht lange vor seinem Tode, die Aufsätze von Marx aus der Rheinischen Zeitung neu herauszugeben, ich hatte die Freude, sie für ihn zusammenzustellen. Leider starb er, als eben das Material beisammen war.« Mehring: Geschichte der deutschen Sozialdemokratie. 2. Aufl. 1903 1, S. 332.

Johann Heinrich Wilhelm Dietz – 1843-1923, Schriftsetzer und Verleger, Gründer des nach ihm benannten Verlages, des sozialdemokratischen Parteiverlages in Stuttgart, Abgeordneter im Reichstag.

Victor Adler – 1852-1918, Arzt, Mitbegründer und führendes Mitglied der österreichischen sozialdemokratischen Partei.

gabe wieder ins Publikum zu bringen, und zwar *nicht* in Lieferungen, sondern gleich in ganzen Bänden. Ich habe darüber auch schon mit August (Bebel) korrespondiert, und sind wir wegen der Sache noch in Verhandlung.«

Vorläufig wollte Engels sich nur auf die Herausgabe einiger Marxscher Artikel aus der »vorsozialistischen Periode« seiner Tätigkeit beschränken. Bei der Sammlung dieser Arbeiten half ihm übrigens auch Mehring², dem nach dem Tode von Engels die Herausgabe der Werke der beiden Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus übertragen wurde.

Die Ausgabe Mehrings war im vollen Sinne des Wortes epochemachend für die Geschichte der Marxforschung. Vortreffliche Kommentare brachten zum erstenmal aus den verschiedensten Quellen das wichtigste Material für die Biographie von Marx und Engels. Das, was Mehring für seine vornehmste Aufgabe gehalten hatte – »das historische Milieu, in dem Marx und Engels wirkten, zu schildern, Farbe und Ton der Zeit wieder heraufzubeschwören, worin diese Schriften einmal gelebt haben« – war ihm glänzend gelungen. Für den Zeitraum von 1841 bis 1850 galt bis vor kurzem die Mehringsche Ausgabe als das eigentliche Quellenwerk für die Kenntnis von Marx und Engels. Und doch, bei all ihrem literarischen Wert war diese Ausgabe sogar für jene Periode, deren Erfassung sie sich zum Ziele gesetzt hatte, *nicht vollständig*.

Lassen wir Mehring das Wort:

»Eine wissenschaftliche Gesamtausgabe der Schriften, die Karl Marx und Friedrich Engels hinterlassen haben, wäre eine so wünschenswerte Sache, wie sie in absehbarer Zeit eine unmögliche Sache ist. Für ihre würdige Herstellung ist noch eine Reihe von Vorarbeiten notwendig, die von keinem einzelnen, und selbst von mehreren nicht binnen kurzer Frist erledigt werden können.

Eine dieser Vorarbeiten, und nicht mehr, soll die vorliegende Sammlung der Arbeiten sein, die Marx und Engels in den vierziger Jahren veröffentlicht haben. Ich sage: veröffentlicht, denn was sie im ersten Jahrzehnt ihrer öffentlichen Wirksamkeit geschrieben, aber freiwillig oder gezwungen im Schreibtische zurückbehalten haben, ist mit einer Ausnahme nicht berücksichtigt worden. Diese eine Ausnahme bildet die Doktordissertation von Marx, die auf seine bisher so gut wie unbekanntem Anfänge ein zu helles Licht wirft, als daß sie übergangen werden durfte. Was mir sonst aber von dem schriftlichen Nachlaß beider Männer aus vormärzlicher Zeit bekannt ist und zur Verfügung gestanden hat, gibt nur eine Ergänzung und, soweit ich darüber zu urteilen vermag, eine nicht eben bedeutsame Ergänzung zu dem, was sie veröffentlicht haben; es gehört unzweifelhaft in eine Gesamtausgabe ihrer Schriften oder in eine besondere Publikation, aber nicht in eine Sammlung, die zunächst einmal die Kundgebungen zusammenfassen will, mit denen Marx und Engels tatsächlich in die historische Entwicklung der vierziger Jahre eingegriffen haben« (Mehring, Nachlaß, Bd. 1, 5. VII).

Die Ausnahme, von der Mehring spricht, ist die Arbeit Marxens über Epikur und Demokrit. Aber bereits zwei Jahre nach dem Erscheinen der Mehringschen Ausgabe veröffentlicht Bernstein aus dem literarischen Nachlaß von Marx und Engels ein so bedeutsames

Werk wie den »Sankt Max«; das zudem erst einen Teil des großen Manuskripts darstellt, in welchem die deutsche Ideologie der vierziger Jahre der Kritik unterzogen wurde. Das, was Mehring nur als »eine nicht eben bedeutsame Ergänzung« angesehen hatte, erwies sich gerade deshalb als überaus wichtig, weil es ein »helles Licht auf bisher so gut wie unbekannt« Momente des Übergangs vom »realen Humanismus« zum wissenschaftlichen Sozialismus wirft.

Aber die Mehringsche Ausgabe war auch von dem Standpunkte aus unvollständig, den Mehring selbst bei der Sammlung der »literarischen Kundgebungen« Marxens und Engels' eingenommen hatte. Man kann noch jene Erwägungen verstehen, die ihn veranlaßten, aus seiner Sammlung Arbeiten wie das »Elend der Philosophie« oder das »Kommunistische Manifest« auszuschließen. Mehring mußte mit den Forderungen eines so eigensinnigen Verlegers wie Dietz rechnen, der auf möglichst große Beschränkung des Umfangs eines jeden Bandes bestand und sich weigerte, auf dem Büchermarkt bereits vorhandene Werke wieder abzdrukken. Auf keinen Fall jedoch kann man mit dem Prinzip einverstanden sein, durch das sich Mehring bei der Auswahl solcher Werke von Marx und Engels leiten ließ, die seit 50 Jahren nicht wieder abgedruckt waren.

Hören wir wieder Mehring selbst:

Auch aus dem verbleibenden Reste, erklärt er, »mußte eine Auswahl getroffen werden. Ich gestehe gern, daß mir dieser Teil meiner Arbeit am schwersten gefallen ist; es ist peinlich genug, an den hinterlassenen Schriften solcher Männer den Zensor zu spielen. Allein hier lag eine unerbittliche Notwendigkeit vor, wenn diese Sammlung nicht unmäßig beschwert und gerade der Zweck vereitelt werden sollte, um dessentwillen sie unternommen worden ist, nämlich der Zweck, das Lebenswerk von Marx und Engels in helleres Licht zu stellen.«

Wenn Mehring sich darauf beruft, daß besonders in den von Marx und Engels redigierten Zeitungen »manchmal schwer zu entscheiden ist, was sie verfaßt haben und was nicht, aber manchmal noch schwerer; was sie selbst gedacht oder nur für den Druck überarbeitet, verbessert, zurechtgestutzt haben«, so hat er damit gewiß recht. Wenn es sich nicht um eine vollständige Ausgabe handelt, dürfen die »Dubiosa« gewiß nicht gebracht werden. Nur hätte Mehring an der Eigenart des Stils und des Inhalts und mit Hilfe von indirekten Beweismomenten die Autorschaft von Marx oder Engels bei vielen von ihm abgelehnten Artikeln feststellen können.

Indes selbst bei der Zusammenstellung der Marxschen Beiträge aus der »Rheinischen Zeitung« sind sehr wichtige Artikel, deren Urheberschaft ihm nicht nur von Engels, sondern auch von einer Reihe anderer Zeugen bestätigt worden war, Artikel, die ein »helles Licht auf das Lebenswerk von Marx« werfen, von Mehring ohne triftige Begründung ausgelassen worden.

Aber auch eine andere Regel hielt Mehring bei seiner Editions-tätigkeit für zulässig, trotzdem sie ihn mit dem Hauptziel seiner Ausgabe – nämlich: dem Leser alle Wurzeln zu zeigen, aus denen der historische Materialismus und der wissenschaftliche Kommunismus sich entwickelt haben – in Widerspruch brachte. Es handelt sich darum, daß Mehring nicht nur unzweifelhaft von Marx und Engels

August Bebel – 1840-1913, Drechsler und Politiker, Aktivist in der Formierungsphase der deutschen Arbeiterbewegung, Mitbegründer und führender Politiker der sozialdemokratischen Partei, Reichstagsabgeordneter und Vorsitzender der SPD.

Franz Mehring – 1846-1919, Historiker, seit den achtziger Jahren des 19. Jh. in der marxistischen Bewegung, führender Intellektueller der linken Sozialdemokratie, Marx-Biograph.

Siehe: Karl Marx, Friedrich Engels: Die deutsche Ideologie, MEW, Bd. 3.

stammende Artikel zuweilen aussondert, sondern Artikel wie größere Schriften *redaktionell bearbeitet*. Vor allem verkürzt er sie mitunter sehr beträchtlich. Am meisten leiden darunter die polemischen Exkursionen. Marx und Engels haben, so meint Mehring, »um ihrer großen Ziele willen mit sehr kleinen Leuten um sehr kleine Fragen streiten müssen, ohne daß diese kleinen Leute und diese kleinen Fragen dem heutigen Leser vergegenständlicht werden könnten, es sei denn mit einem unbilligen Aufwand an Raum und Zeit.«

Mehring vergaß, was er an einer anderen Stelle seines Vorworts geschrieben hatte: »Jede Rücksicht auf eine populäre Massenwirkung scheidet der Natur der Sache nach von vornherein aus.«

Im Widerspruch zu diesem Prinzip versucht Mehring in dem für die russische Übersetzung seiner Nachlaß-Ausgabe geschriebenen Vorwort (1907) sein Kürzungsverfahren gerade mit Rücksichten auf eine »populäre Massenwirkung« zu rechtfertigen. Indem er aber dabei begründen will, warum er nicht noch weiter gegangen sei, weist er selbst die Unzulänglichkeit seines Verfahrens am treffendsten nach. Er schreibt:

»Den Jugendarbeiten Karl Marx' und Friedrich Engels' ist häufig der Vorwurf einer galligen, zu händelsüchtigen und zu weitschweifigen Polemik gemacht worden. Diese Anschauung haben auch den beiden Schriftstellern durchaus nicht feindlich gesinnte Kritiker geteilt. Insbesondere richtete sich dieser Vorwurf gegen das umfangreichste dieser Werke, die ›Heilige Familie‹, und man kann nicht leugnen, daß der Vorwurf etwas Zutreffendes hat oder wohl wirklich begründet ist. Ich selbst habe mich bemüht, die langweiligen oder für den modernen Leser sogar unverständlichen polemischen Stellen auszulassen, wenngleich auch hierbei natürlich gewisse Grenzen zu beobachten waren. Nur ein völlig verweichlichter Geschmack, den jedes kritische Wort kalt anweht, kann nicht bemerken, daß die ersten Keime des historischen Materialismus und des wissenschaftlichen Kommunismus gerade in den polemischen Teilen der Jugendwerke von Marx und Engels am klarsten zum Durchbruch kommen. Das ist auch bei der ›Heiligen Familie‹ der Fall, wo neben vielen händelsüchtigen Stellen die glänzendsten Seiten dessen, was der junge Marx geschrieben, enthalten sind. Es ist also unmöglich, sie voneinander zu trennen, weil so vor uns tatsächlich bis in die kleinsten Einzelheiten sich der Prozeß jener Selbstverständigung enthüllt, die Marx und Engels mit der flammenden Begeisterung einer nach den höchsten Zielen strebenden Jugend gesucht haben. Ein solcher Prozeß ist immer ein Gären des Geistes und kann deshalb nicht von trüben, unklaren Elementen frei sein. Dabei können wir unendlich mehr lernen, wenn wir den vor unseren Augen sich vollziehenden. Prozeß beobachten, als wenn Marx und Engels uns die Resultate ihrer Forschungen sozusagen in fertigen Kristallen überliefert hätten.«³

Das Verfahren, am literarischen Nachlaß von Marx und Engels Kürzungen vorzunehmen, kann man kaum entschiedener verurteilen, als dies Mehring selbst hier getan hat. Änderungen und Kürzungen hat nicht nur Marxens Dissertation erlitten, sondern auch eine Reihe anderer Arbeiten von Marx und Engels aus der »Rheinischen Zeitung« wie aus anderen Zeitschriften der vierziger Jahre.

3 Aus dem Russischen rückübersetzt. Marx.Engels-Gesamtausgabe, 1. Abt., Bd. 1, 1. Hbd. 2.

Neben solcher Ausschaltung oder Kürzung vieler Artikel hat Mehring noch eine dritte Methode, Änderungen anzubringen. Marx und Engels – der erstere in stärkerem Maße – hatten eine besondere Vorliebe für Sperrungen, Anführungszeichen, Kursiv- und Fettschrift. Mehring beschloß, diese typographische »Unsauberkeit« zu beseitigen. Statt *alle* Anführungszeichen und Hervorhebungen, Fettauszeichnungen, Sperrungen etc. wiederzugeben, tut dies Mehring nur in solchen Fällen, wo sie *ihm* nicht überflüssig erscheinen. So werden nicht etwa solche Worte unterstrichen oder in Anführungszeichen gebracht, die – mit Recht oder Unrecht – Marx zu unterstreichen oder in Anführungszeichen zu setzen für notwendig hielt, sondern solche, bei denen Mehring diese »Auszeichnungen« angebracht findet.

Mit anderen Worten, einem derartigen Verfahren entspräche es, wenn etwa jemand bei einer Neuausgabe von Beethovens Werken sich erlauben würde, alle musikalischen Ausdruckszeichen fortzulassen oder sie nur da zu setzen, wo sie ihm selbst vernünftig schienen.

Alle diese Methoden, die bei der Edition von Autoren geringeren Ausmaßes als Marx und Engels nicht erlaubt wären, machen die Mehringsche Ausgabe zu einer überaus subjektiven und zwingen, in allen Fällen, wo dies möglich, das Original zu Hilfe zu ziehen. Selbst für eine nicht vollständige, ja nur das Wichtigste umfassende Sammlung der Werke Marxens und Engels' könnte die Mehringsche Ausgabe schon einfach aus dem Grunde nicht als Basis und Anleitung dienen, weil sie die Hauptbedingung jeder Redaktions- und Editionsarbeit nicht erfüllt: *sie gibt den Originaltext nicht getreu wieder.*

Im »subjektivsten« von allen drei Bänden, die Mehring herausgegeben hat, ist der dritte, der die literarische und publizistische Tätigkeit von Marx und Engels aus den Jahren 1848-1850 umfaßt. In Wirklichkeit stellt er eine Auswahl und willkürliche Gruppierung von manchmal bedeutend gekürzten Aufsätzen Marxens und Engels' dar. Schon die erste Durcharbeitung aller Nummern der »Neuen Rheinischen Zeitung« zeigte, daß aus diesen oder jenen Gründen von Mehring viele Artikel weggelassen worden sind. In einem Falle spielten auch preßgesetzliche Rücksichten eine Rolle. Marxens berühmter Artikel »Die Taten der Hohenzollern« konnte 1902 in Deutschland nicht wieder abgedruckt werden, da dies dem Verleger einen Majestätsbeleidigungs-Prozeß zugezogen hätte. Völlig ausgelassen sind mehrere Artikel von Engels über Frankreich, Italien und Ungarn. Zahlreiche Artikel von Marx, die für die Beurteilung seiner Rolle in der Revolutionsepoche von 1842/49 sehr große Bedeutung haben, sind gleichfalls unbeachtet geblieben.

Allein es gibt noch einen weiteren Grund, der die Mehringsche Ausgabe sogar für die Periode von 1841 bis 1850 zu einer vollständig veralteten macht: in den 25 Jahren, die seit der Publikation des »Literarischen Nachlasses von Marx und Engels« vergangen sind, hat die Marxforschung nicht wenige Entdeckungen gemacht. Schon Georg Adler zitiert in seiner »Geschichte der ersten sozialpolitischen Arbeiterbewegung in Deutschland« (1885) einen Artikel aus der »Barmer Zeitung«, worin mitgeteilt wird, daß Engels in seinen jungen Jahren in Gutzkows »Telegraph« »Briefe aus dem Wuppertal« veröffentlichte, Verfasser einer Broschüre gegen Schelling, die ge-

Karl Kautsky – 1854-1938,
Schriftsteller, 1883-1917
Redakteur der sozialdemo-
kratischen Zeitschrift »Neue
Zeit«, führender Theoretiker
der deutschen Sozialdemo-
kratie.

Gustav Mayer – 1871-1948,
Journalist und Historiker,
Beobachter der sozialisti-
schen Bewegung, emigrierte
1933 nach den Niederlanden
und später nach London.

4 Auf diese Frage werde
ich in meiner Einleitung
zu Band 2 der Gesamtaus-
gabe, der die Arbeiten von
Engels bis 1844 enthalten
wird, ausführlich zurück-
kommen.

Eleanor Marx-Aveling. –
1855-1898, jüngste Tochter
von Jenny und Karl Marx,
aktiv in der englischen und
internationalen Arbeiter-
bewegung.

5 Einige Ergebnisse habe
ich in meiner Arbeit: »Karl
Marx über den Ursprung der
Vorherrschaft Rußlands in
Europa«, 1909 publiziert.

6 Gesammelte Schriften
von K. Marx und F. Engels,
1852-1862. 2 Bände: Verlag
J. H. W. Dietz, Stuttgart

wöhnlich Bakunin zugeschrieben wurde, und ferner eines satirischen »christlichen Heldengedichts« war. Obwohl der Artikel, auf den sich Adler bezieht, im »Berliner Volksblatt« (dem späteren »Vorwärts«), d. h. im sozialdemokratischen Organ, im Auszug wiedergegeben wurde, haben sich Kautsky und später Mehring, die Adlers Buch einer vernichtenden Kritik unterzogen, bei Engels nicht erkundigt, wie weit die Mitteilungen der »Barmer Zeitung« der Wahrheit entsprechen. Wir sind so der einzigen Gelegenheit verlustig gegangen, von Engels selbst noch Ausführliches über seine »vorsozialistische« Entwicklungsperiode zu erfahren; damit ist es uns auch wesentlich schwerer gemacht, die Wurzeln von Engels' geistiger Entwicklung festzustellen und ihren Zusammenhang mit der deutschen Literatur und Philosophie, mit der Entwicklung der deutschen »bürgerlichen Intelligenz«, die zu republikanischen und kommunistischen Anschauungen vorwiegend aus ideologischen Motiven gelangte, genauer zu fixieren.

Inzwischen hat sich die Mitteilung der »Barmer Zeitung« als wahr erwiesen. Hauptsächlich dank den Arbeiten Gustav Meyers, die ein neues und helles Licht auf Engels' Jugendjahre von 1839 bis 1842 warfen, sind uns jetzt die – Mehring zur Zeit seiner Nachlaß-Ausgabe noch völlig unbekannt – umfangreichen Jugendarbeiten Engels' erschlossen.⁴

Aber auch für die von Mehring am besten bearbeitete Zeit von 1844 bis 1848 haben neue Nachforschungen, die ich in alten Zeitschriften, insbesondere französischen, englischen, selbst deutschen vornahm, mehrere Artikel von Marx und Engels zum Vorschein gebracht, ohne die es schwer ist, alle jene Übergangsstadien zu bestimmen, die ihren bürgerlichen Radikalismus mit ihrem revolutionären Kommunismus verbinden.

Völlig unbearbeitet geblieben waren so wichtige Perioden der literarischen Tätigkeit von Marx und Engels wie die Zeit von 1852 bis 1862 und die Epoche der I. Internationale. Im Zusammenhang mit der von mir 1908 durchgeführten kritischen Untersuchung der Anschauungen Marxens und Engels' über die slawische und Orientfrage habe ich zum erstenmal die amerikanischen, englischen und auch die deutschen Zeitschriften und Zeitungen der fünfziger Jahre einer genauen Durchsicht unterzogen. Es ergab sich hierbei, daß die von Eleanor Marx-Aveling veranstaltete Sammlung der englischen Aufsätze von Marx ebenfalls an großen Unzulänglichkeiten leidet.⁵

Als dann 1909 die Anton-Menger-Bibliothek in Wien mich mit der Herausgabe der Dokumente zur Geschichte der I. Internationale beauftragte, mußte ich zur genauen Feststellung der ideologischen und organisatorischen Vorläufer der Internationale wiederum eine Reihe von Zeitschriften und Zeitungen, an denen Marx und Engels mitgearbeitet haben, durchsehen. Insgesamt gelang es mir, einige hundert Artikel von Marx und Engels aufzufinden, darunter zahlreiche geradezu glänzende Arbeiten. Diese Artikel aus der Zeit von 1852 bis 1862 hatte ich in vier Bänden zu publizieren beabsichtigt, aber meine Tätigkeit wurde durch die Revolution von 1917 unterbrochen. Es gelang mir nur, zwei Bände herauszubringen.⁶

Aber schon der ihr gestellten Aufgabe nach konnte diese Edition nicht vollständig sein. Bei der Auswahl mußte ich besonders darauf

Rücksicht nehmen, daß die Ausgabe in erster Linie für den *deutschen* Leser veranstaltet wurde. Ich wählte die Aufsätze aus, die für die Charakteristik der Anschauungen Marxens und Engels' über die wichtigsten Ereignisse der europäischen Geschichte von 1852 bis 1857 das unentbehrliche Material liefern. So sind in diesen Bänden hauptsächlich die Aufsätze zur Geschichte Englands und Frankreichs, weiter auch zur Geschichte des orientalischen Krieges von 1853 bis 1856 enthalten. Von den großen historischen Arbeiten, die nicht zur Geschichte der fünfziger Jahre gehören, publizierte ich nur Marxens Aufsätze über Palmerston und Russel, ferner die hervorragende Arbeit über die spanischen Revolutionen.

Meine Materialsammlung zur Charakteristik der politischen und publizistischen Tätigkeit Marxens und Engels' – Aufsätze, Reden, Manifeste, Aufrufe – während der Epoche der I. Internationale blieb mit einigen Ausnahmen unveröffentlicht.

Etwas besser stand es mit dem Briefwechsel zwischen Marx und Engels und ihrer Korrespondenz mit den einzelnen Vertretern der internationalen revolutionären und proletarischen Bewegung. Aber nur etwas besser. An erster Stelle steht der formell von Bebel und Bernstein unter Mehrings und meiner Beteiligung herausgegebene, aber in Wirklichkeit nur von Bernstein und Mehring redigierte, vier Bände starke Briefwechsel von Marx und Engels. Leider ist diese Ausgabe als historisches Dokument radikal verdorben durch die enorme Zahl keineswegs gerechtfertigter, dazu nicht einmal kenntlich gemachter Auslassungen und Kürzungen.

Dasselbe ist von den Briefen Engels' und Marxens an Sorge und den Briefen Marxens an Weydemeyer und Freiligrath zu sagen. Fast kein Brief, der nicht aus diesem oder jenem Grunde gekürzt worden wäre. Am wenigsten ist dies noch der Fall bei den Briefen Marxens an Kugelmann; aber auch aus dieser Gruppe wurde der große Brief Marxens über Lassalle erst vor nicht allzu langer Zeit publiziert.

Eine Ausnahme machen nur die Briefe Marxens und Engels' an Lassalle, die Gustav Mayer herausgegeben hat, und ihre Briefe an Nikolaion (N. Danielson), die in russischer Sprache erschienen sind. Die Herausgeber dieser Briefe hatten nicht jene Rücksichten zu nehmen, durch die Bernstein, Kautsky und Mehring gebunden waren oder sich gebunden fühlten.

Als ich 1922 die Herausgabe der gesammelten Werke von Marx und Engels in russischer Sprache unternahm, standen mir nur die bereits neu abgedruckten und von mir gesammelten zahlreichen Artikel aus den verschiedensten Zeitschriften und Zeitungen zur Verfügung. Indes war es notwendig, auch das ganze handschriftliche Material auszunützen, das nach Marxens und Engels' Tod erhalten geblieben war. Ich wandte mich daher an Eduard Bernstein, der sich bereit erklärte, die bei ihm befindlichen Manuskripte mir zur Verfügung zu stellen. Aufmerksame Sortierung dieses Materials und wiederholte Untersuchung des ungedruckten Nachlasses von Marx und Engels, der im Archiv der deutschen Sozialdemokratischen Partei aufbewahrt wird, erbrachte soviel Neues und Interessantes, daß ich meinen ursprünglichen Editionsplan zu ändern genötigt war. Es wäre unzweckmäßig gewesen, die ungeheure Arbeit einer planmäßigen Ordnung und Entzifferung des Materials ausschließlich für die Über-

1917.

Friedrich Adolph Sorge – 1828-1906, beteiligte sich am badisch-pfälzischen Aufstand von 1849, mit Marx und Engels befreundet, emigrierte 1852 in die USA, dort aktiv in der sozialistischen und Arbeiterbewegung, Mitbegründer der Sektion der Internationalen Arbeiterassoziation in den USA.

Joseph Weydemeyer – 1818-1866, Mitglied des Bundes der Kommunisten, nahm an der Revolution von 1848 teil, mit Marx und Engels befreundet, emigrierte 1851 in die USA, aktiv bei der Verbreitung des Marxismus in den USA.

Ferdinand Freiligrath – 1810-1876, Bankangestellter, bürgerlich-demokratischer Dichter, Mitglied des Bundes der Kommunisten, einer der Redakteure der »Neuen Rheinischen Zeitung«, Emigration nach London, zog sich aus der Politik zurück.

Ludwig Kugelmann – 1828-1902, Arzt, Teilnehmer der Revolution von 1848, mit Marx und Engels eng befreundet, viele Jahre in Briefwechsel mit Marx,

Mitglied der Internationalen Arbeiterassoziation.

setzung ins Russische durchzuführen. Dieser Umstand also gab mir den unmittelbaren Anlaß dazu, eine internationale Gesamtausgabe der Werke von Marx und Engels in Angriff zu nehmen, die alles Unbekannte gleichwie alles zerstreut, und zum Teil ungenau oder unvollständig Veröffentlichte der Wissenschaft allgemein zugänglich machen soll.

Die Sowjetregierung stimmte dem von mir vorgelegten Plan einer solchen Herausgabe der Werke von Marx und Engels zu und bewilligte alle dafür notwendigen Mittel. So konnte der weitaus größte Teil des bei Bernstein und im Archiv der deutschen Sozialdemokratischen Partei befindlichen Nachlasses von Marx und Engels photographiert werden; außerdem wurden alle Briefe und sonstigen Manuskripte von Marx und Engels photographiert, die im British Museum, in der New York Public Library, in der Preußischen Staatsbibliothek, im Historischen Archiv Köln, im Friedrich-Wilhelm-Gymnasium Trier, im Archiv der Universität Jena etc. aufbewahrt sind; desgleichen viel anderes Material, das in unmittelbarer Beziehung zur Tätigkeit der beiden Männer steht und aus den verschiedenen deutschen Archiven stammt. Zwar ist noch nicht alles beigebracht, zwar sind noch nicht alle Hindernisse beseitigt, die einer vollständigen Sammlung des gedruckten und ungedruckten literarischen Nachlasses von Marx und Engels im Wege stehen, aber wir hoffen, daß es uns im Laufe unserer Arbeit noch gelingen wird, auch dasjenige Material, das uns bis jetzt noch nicht zugänglich, dessen Fundstellen uns aber bekannt sind, zur Auswertung zu erhalten. Zwar tauchen auch jetzt noch von Zeit zu Zeit Briefe von Marx oder Engels auf dem Markte auf, aber die Zahl dieser bei einzelnen Personen verborgenen Materialien ist verschwindend im Vergleich zu jenem Grundstock, der von mir schon erfaßt werden konnte.

Unsere Ausgabe will vor allem die objektive *Grundlage* für jede Marx- und Engels-Forschung bieten, d. h. die gesamte geistige Hinterlassenschaft Marxens und Engels' in übersichtlicher Anordnung zuverlässig reproduzieren.

Wir bringen nicht nur die Werke im engeren Sinn, nicht nur die im Druck erschienenen Artikel, sondern auch sämtliche im Manuskript hinterlassenen unveröffentlichten Arbeiten, sämtliche unveröffentlichten Artikel und Bruchstücke. Die Vorarbeiten der beiden Autoren (Stoffsammlungen, Entwürfe, Skizzen, Rohschriften, in die einzelnen Werke nicht aufgenommene Bruchstücke) werden ebenfalls in reichstem Maße verwertet und, wo dies nötig scheint, auch beigegeben werden. Wir bringen ferner außer sämtlichen Briefen von Marx und Engels selbst auch alle jene Briefe an sie, die für die Beleuchtung ihrer Persönlichkeit, insbesondere ihrer praktisch-politischen Tätigkeit, irgendein Interesse bieten können. Sämtliche Werke und Briefe werden in der Sprache des Originaltextes gegeben.

Bei der Anordnung der Werke von Marx und Engels verzichteten wir auf ein streng chronologisches Prinzip. Ebenso wenig ging es an, den Stoff nach der logischen Zusammengehörigkeit, nach einzelnen Disziplinen oder Themen zu gliedern. Eine gewisse Kombination der beiden Kriterien war geboten, wobei trotz Abweichungen von der streng chronologischen Reihenfolge der entwicklungsgeschichtliche Standpunkt in erster Linie zur Geltung gebracht wurde.

Wie die meisten Gesamtausgaben trennen auch wir die Mehrzahl der Briefe von den Schriften. Die chronologische Einordnung des Lebenswerkes von Marx, des »Kapital«, an dem er während des weit-aus größten Teils seiner Schaffensperiode gearbeitet hat, ist natürlich nicht möglich; darum mußte auch dieses Werk mit allen dazugehörigen, sehr umfangreichen Materialien von den übrigen Schriften getrennt werden.

Wir bringen also das gesamte Material in drei Abteilungen. Selbst in der ersten, auf siebzehn Bände berechneten Abteilung, der alle philosophischen, ökonomischen, historischen und politischen Werke, mit Ausnahme des »Kapital«, zugehören sollen, muß die chronologische Folge innerhalb der einzelnen Bände mitunter durchbrochen werden. Wir müssen gegebenenfalls manche Schriften und Artikel, die durch die Einheit ihres Gegenstandes oder ihrer Publikations-Bedingungen miteinander eng verbunden sind, gruppenweise zusammenfassen, auch dann, wenn dadurch die zeitliche Folge gestört wird. Im großen und ganzen bleibt jedoch in dieser Abteilung der entwicklungsgeschichtliche Standpunkt das bestimmende Prinzip der Anordnung.

Wenn wir auch nur annähernd den Zeitpunkt bestimmen können, an dem die persönliche Bekanntschaft Marxens und Engels' beginnt, ist es doch unzweifelhaft, daß ihrer gemeinsamen Arbeit eine Periode vorangeht, in der sie völlig selbständig und voneinander unabhängig am Umgestaltungsprozeß der ideellen Erbschaft der deutschen klassischen Philosophie und Literatur arbeiten, um erst von einer gewissen Etappe an ihr Werk gemeinsam fortzuführen. Wir wissen jetzt, daß Engels die literarische Laufbahn früher als Marx betreten hat; trotzdem, als sie Anfang 1844 in unmittelbaren Ideenkontakt traten, war es Marx, der als erster den Gedanken des proletarischen Kommunismus formulierte: daß, mit Engels zu sprechen, »die ausgebeutete und unterdrückte Klasse (das Proletariat) sich nicht mehr von der sie ausbeutenden und unterdrückenden Klasse (der Bourgeoisie) befreien kann, ohne zugleich die ganze Gesellschaft für immer von Ausbeutung, Unterdrückung und Klassenkämpfen zu befreien.«⁷ Aus jener Gruppe der linken Hegelianer und Feuerbachianer, der Marx und Engels gleicherweise bereits 1841/42 angehören, tritt Engels früher als alle in den Ideenbund mit Marx, um auf der von Marx gewonnenen Basis mit ihm gemeinsam die neue Weltanschauung auszuarbeiten. Mit den »Deutsch-Französischen Jahrbüchern« beginnt auch die geistige Einwirkung Engels' auf Marx.

Um das Studium jener »Anteile« zu erleichtern, die Marx und Engels zum gemeinsamen Werke beigesteuert haben, widmen wir die zwei ersten Bände unserer Gesamtausgabe der literarischen Leistung beider je gesondert, bis zu den »Deutsch Französischen Jahrbüchern« einschließlich. Als Ausnahme – um diese Periode mit den beiden Bänden ganz abzuschließen – geben wir hier auch eine Anzahl von Dokumenten und sämtliche chronologisch hierher gehörigen, übrigens verhältnismäßig nicht zahlreichen Briefe von und an Marx bei.

Vom dritten Bande ab bringen wir für jede Periode alle dahingehörigen Arbeiten Marxens und Engels' zusammen.

7 »Kommunistisches Manifest«, Engels' Vorrede vom 28. Juni 1883.

Georg Wilhelm Friedrich Hegel – 1770-1831, bedeutender Vertreter der klassischen deutschen Philosophie.

Ludwig Feuerbach – 1804-1872, Philosoph, Vertreter des Materialismus, seine Religionskritik hatte große Wirkung, trat zwei Jahre vor seinem Tode der SPD bei.

Im dritten Bande werden alle Werke und Aufsätze enthalten sein, die Marx und Engels nach den »Deutsch-Französischen Jahrbüchern« bis zum Frühling 1845 geschrieben haben. Sie gruppieren sich alle um die »Heilige Familie« und die »Lage der arbeitenden Klasse in England«. In dieser Periode basiert der Kommunismus von Marx und Engels noch immer auf der Philosophie des »realen Humanismus«; sie sind insofern noch beide Feuerbachianer.

Der vierte Band wird die 1845/46 geschriebene »Deutsche Ideologie« enthalten, die erste von Marx und Engels gemeinsam geschriebene Arbeit, worin sie, wie Marx im Vorwort »Zur Kritik der politischen Ökonomie« schreibt, »beschlossen, den Gegensatz ihrer Ansicht gegen die ideologische der deutschen Philosophie gemeinschaftlich auszuarbeiten«. Diese Schrift wurde nicht gedruckt und ist bis heute nur in Bruchstücken bekannt. Indes hat sie eine ganz außerordentliche Bedeutung nicht nur für die Geschichte der geistigen Entwicklung von Marx und Engels, sondern auch für die Geschichte der deutschen Ideologie allgemein. Nur sie ermöglicht uns, alle Abschnitte jenes Weges genau festzustellen, den Marx und Engels von Hegel über Feuerbach, über den französischen Sozialismus, über die Anschauung des sich vor ihren Augen entfaltenden proletarischen Klassenkampfes bis zum dialektischen Materialismus zurückgelegt haben.

Der fünfte Band – von der zweiten Hälfte des Jahres 1846 bis zur Revolution von 1848 – umfaßt alle Arbeiten Marxens und Engels', worin und womit sie den »wahren Sozialismus« in allen seinen Formen, die bürgerliche Demokratie und den kleinbürgerlichen Sozialismus Proudhons bekämpfen, für die neue internationale proletarische Organisation die Basis legen und diese dann auch direkt in Form des »Bundes der Kommunisten« organisieren. Diese Periode endet mit dem »Kommunistischen Manifest«.

Die Aufsätze und Broschüren aus der Revolution von 1848/49 und aus den Jahren ihrer Liquidierung bis kurz vor der Auflösung des Bundes der Kommunisten (1848-1852) bilden den Hauptinhalt des fünften, sechsten und siebenten Bandes.

Die Aufsätze, Bücher und Broschüren Marxens und Engels' aus den Jahren nach der Revolution (1852-1862) sind so zahlreich, daß ihnen nicht weniger als sieben Bände zu widmen sind.

Die von Marx und Engels stammenden Aufsätze, Manifeste und Resolutionen aus der Zeit der I. Internationale (1864-1876) werden im fünfzehnten Band enthalten sein.

Die Aufsätze und Bücher Engels' von 1876 bis zu seinem Tode werden mindestens zwei Bände ausmachen.

Die zweite Abteilung ist Marxens ökonomischer Hauptarbeit, dem »Kapital«, gewidmet. Es werden dabei auch bisher nicht berücksichtigte umfangreiche Teile des Marxschen Manuskripts mit veröffentlicht werden, ferner alle Vorarbeiten für das »Kapital«.

Die Textherstellung bietet für die Bände dieser Abteilung die größten Schwierigkeiten. Der Vergleich der letzten Autor-Ausgaben mit den früheren und mit den Manuskripten, unter denen sich mitunter mehrere Fassungen derselben Abschnitte befinden, der Nachweis der von Engels am Marxschen Text vorgenommenen Umarbeitungen, die große Masse der noch überhaupt unveröffentlichten ökonomi-

schen Arbeiten, die Verwertung der in den zahlreichen ökonomischen Exzerptheften von Marx zerstreuten eigenen Ausführungen, kritischen Anmerkungen und Literaturübersichten – all dies heischt eine Mühe, die auch bei starker Arbeitsteilung mehrere Jahre beanspruchen würde, wenn einer solchen nicht von vornherein durch den in-nigen Konnex der Materialien ziemlich enge Grenzen gesetzt wären.

Diese Abteilung wird aus nicht weniger als dreizehn Bänden bestehen.

In der dritten Abteilung werden die Briefe Marxens und Engels' gebracht werden, in erster Linie ihre gegenseitige Korrespondenz, dann ihre Briefe an Lassalle, Weydemeyer, Kugelmann, Freiligrath, Sorge, Liebknecht, Bebel, Adler, Nikolaion, Conrad Schmidt – um nur die wichtigsten Gruppen zu nennen –, ferner alle anderen Briefe, die mit den einzelnen Werken oder Lebensperioden von Marx und Engels nicht so eng verknüpft sind, daß sie den entsprechenden früheren Bänden einverleibt werden konnten.

Eine streng chronologische Anordnung war auch in dieser Abteilung nicht zu treffen, sollte – und dies ist der Hauptgrund – der *vollständige* Briefwechsel zwischen Marx und Engels möglichst schnell veröffentlicht werden. Die Bernsteinsche Ausgabe ist derart lückenhaft, daß die ausgelassenen Briefe und Briefstellen zusammen ungefähr einen weiteren Band von der Stärke der jetzigen füllen. Der Briefwechsel zwischen Marx und Engels gehört jedenfalls zu den historischen Dokumenten, deren vollständige Veröffentlichung in authentischer Form eine dringende wissenschaftliche Notwendigkeit ist.⁸ Durch die gesondert Gruppierung dieser Korrespondenz, die den übrigen Briefen vorangeht, wird also auch hier das streng chronologische Prinzip durchbrochen.

Als vierte Abteilung werden wir in den beiden letzten Bänden ein ausführliches Sach- und Namenregister zu allen Bänden der Gesamtausgabe der Werke K. Marx' und F. Engels' bringen. Wir beabsichtigen, dieses Register zu einem Handwörterbuch zu gestalten, in dem alle in den Werken von Marx und Engels erwähnten und behandelten Gegenstände, Termini, Grundbegriffe und Probleme aufgeführt werden sollen, und zwar so, daß alles zu einem Stichwort Gehörige jeweils an einer Stelle in chronologischer Reihenfolge gebracht wird. Im Namenregister werden alle historischen Persönlichkeiten und die von Marx und Engels zitierten Autoren angeführt werden, um so von der Entwicklung ihres Urteils über einzelne Personen ein Bild zu geben und für die Feststellung des Grades ihrer Beeinflussung durch andere Denker das Material zu liefern. Das Register wird sicherlich jedem Forscher, der sich mit der Geschichte und Theorie des Marxismus befassen will, die Arbeit wesentlich erleichtern und zu immer intensiverer Bearbeitung der Werke von Marx und Engels weitere Anregungen geben.

Diese Register-Abteilung kann natürlich erst nach Abschluß der gesamten eigentlichen Editionstätigkeit erscheinen. Bis dahin wird jedem Einzelbande der Gesamtausgabe ein knappes orientierendes Register beigegeben werden.

Die Einleitungen zu den einzelnen Bänden werden im allgemeinen Anlaß und Entstehungsgeschichte der einzelnen Schriften beleuchten, über den Stand der Forschung Bericht geben und über das bei

Conrad Schmidt – 1863-1932, Ökonom und Philosoph, Redakteur des »Vorwärts« und später der »Sozialistischen Monatshefte«.

8 Die exzeptionelle Bedeutung des Marx-Engels-Briefwechsels – die beim Erscheinen der Bernsteinschen Ausgabe auch von H. Oncken und G. Schmoller anerkannt wurde – hat vor kurzem der Direktor des Reichsarchivs in Potsdam, Ernst Müsebeck, in einem Vortrag hervorgehoben, worin er im übrigen gerade ausführte, daß in Hinsicht auf die große Masse des vorhandenen Materials der Wert der Quellenpublikationen zur neuesten Geschichte im allgemeinen immer problematischer werde. (Archiv f. Politik u. Geschichte. Jg. IV, 1926. S. 816.)

der Edition befolgte Verfahren Rechenschaft ablegen. Historische und theoretische Einführungen und Untersuchungen, ausführliche Kommentare fallen aus dem Rahmen dieser Aufgabe: ihre vornehmste Bestimmung, wie schon betont, besteht ja darin, die erste und wichtigste objektive *Grundlage* für die Zwecke einer allseitigen Marx- und Engels-Forschung zu schaffen, d. h. das literarische Gesamtwerk der beiden Klassiker in wissenschaftlich einwandfreier Form und Ordnung wiederzugeben. Auch die Anmerkungen und sonstigen Beigaben, mit denen die Bände der ersten Abteilung ausgestattet werden, sollen sich demnach im großen und ganzen darauf beschränken, aus dem mit den Texten unmittelbar zusammenhängenden zeitgenössischen Material das wichtigste – falls nicht mühelos zugänglich – mitzuteilen und durch reichliche Quellen- und Literaturnachweise die Auffindung näherer Angaben über Personen, Zustände und Ereignisse zu erleichtern.

Da der Hauptzweck unserer Ausgabe darin besteht, den vollständigen Ideenkomplex von Marx und Engels in seiner ganzen Eigenart der wissenschaftlichen Forschung zur Verfügung zu stellen, legen wir bei der Wiedergabe der Texte das Hauptgewicht darauf, sie dem Sinne nach exakt zu bringen – frei von jeder subjektiven Einmischung und Deutung. Wir wählten als Schriftsatz die Antiqua. Die Rechtschreibung der Vorlagen buchstäblich zu reproduzieren, hielten wir für überflüssig; bei den gedruckten Vorlagen haben wir es übrigens gar nicht mit der Rechtschreibung von Marx und Engels selbst zu tun. Wir zogen es vor, die Orthographie tunlichst zu modernisieren. Wo wir – bei handschriftlichen Vorlagen – manchmal davon abweichen, geben wir in den Einleitungen oder in den Anmerkungen Rechenschaft. Um aber dem Leser und dem Forscher einen Begriff von der jeweiligen Schreibung und den verschiedenen Eigentümlichkeiten der Handschriften von Marx und Engels zu geben, werden wir für verschiedene Perioden faksimilierte Seiten aus entsprechenden Manuskripten beifügen.

Offenbare Druck- und Schreibfehler, wie sie vor allem die aus deutschen, englischen und französischen Zeitschriften und Zeitungen entnommenen Artikel in Menge aufweisen, werden von uns stillschweigend korrigiert. In allen zweifelhaften Fällen wird über die Korrektur in den textkritischen Fußnoten oder in den Anmerkungen berichtet.

Luise Kautsky – 1860-1950, österreichische Sozialistin, seit 1890 die Sekretärin von Friedrich Engels.

Rudolf Hilferding – 1877-1941, Arzt, Ökonom und Politiker österreichischer Herkunft, entwickelte die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus, in der Weimarer Republik zwei Mal Finanzminister, emigrierte 1933.

Adolf Braun – 1862-1929, österreichischer Sozialdemokrat, Redakteur der Wiener Zeitung »Gleichheit«, ab 1920 im Parteivor-

Zum Schluß erfülle ich die angenehme Pflicht, all derer zu gedenken, die den Beginn dieses Unternehmens ermöglicht haben.

Für die Marx-Engels-Gesamtausgabe hat Eduard *Bernstein* unter Verzicht auf eigene Herausgeberpläne die bei ihm aufbewahrten Teile des Marx-Engels-Nachlasses dem Archiv der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Berlin übergeben, und durch Vermittlung von Frau Luise *Kautsky*, Dr. Rudolf *Hilferding* und Dr. Adolf *Braun*, dem Vorsteher des Archivs, ist der weitaus größte Teil des Nachlasses dem Herausgeber zugänglich gemacht worden. Prof. Dr. Joseph *Hansen* stellte uns das im Historischen Archiv der Stadt Köln befindliche Material bereitwilligst zur Verfügung und förderte unsere Arbeit auch sonst durch wertvolle Aufschlüsse. Prof. S. *Perlman* (Madison, Wisconsin) danken wir für die Vermittlung der rei-

chen Materialien zur Geschichte der Internationalen Arbeiter-Assoziation, die in der State Historical Society of Wisconsin, Madison, aus dem Nachlaß von F. A. Sorge aufbewahrt sind. H. M. Lydenberg, Oberbibliothekar der New York Public Library, gestattete die photographische Aufnahme der Originale der im »Sorge-Briefwechsel«⁹ mit nicht wenigen Lücken veröffentlichten Briefsammlung. Dr. Wilhelm Pappenheim – Wien schulden wir Dank für Dokumente zur Familiengeschichte von Marx und für die Briefe von Bruno Bauer an Marx und Ruge. Durch die Bemühungen von Prof. Dr. J. Schaxel – Jena um die Auffindung der Originalhandschrift der Dissertation Marxens kam zwar die Dissertation selbst nicht zum Vorschein, doch gelang es ihm, manche interessante Universitätsdokumente von Marx ausfindig zu machen. Der Direktor des Instituts für Sozialforschung an der Universität Frankfurt a. M. Prof. Dr. Carl Grünberg, und sein nächster Mitarbeiter, Dr. Friedrich Pollock, ferner Dr. Felix Weil, Vorstand der Gesellschaft für Sozialforschung, Frankfurt a. M., haben unserem Unternehmen fortwährend vielerlei Förderung, auch bei der Beschaffung der Texte, zukommen lassen.

Aber die Erfassung des Materials ist nur eine der vielen Vorbedingungen einer kritischen Ausgabe des literarischen Gesamtwerkes von Marx und Engels. Was die Bearbeitung des Materials betrifft, so ist zwar ein sehr starkes Interesse für den Marxismus vorhanden, aber es gibt verhältnismäßig sehr wenige Wissenschaftler, die sich ganz dem Marxstudium widmen, und es gibt wenig Arbeiten, welche dem noch unveröffentlichten Nachlaß gewidmet wären. Jede objektive Kritik an unserem Unternehmen muß diesen Umstand berücksichtigen. Ohne das Marx-Engels-Institut in Moskau, ohne seine Einrichtungen, seinen Apparat, seinen Mitarbeiterstab unter der bewährten Leitung von E. Czobel, wäre auch an die Ausführung der die Arbeitskraft eines einzelnen weit übersteigenden Aufgabe überhaupt nicht zu denken gewesen. Die Veranstaltung einer Marx-Engels-Gesamtausgabe erheischte die Schaffung einer großen wissenschaftlichen Organisation. Die Kommunistische Partei der Sowjetunion, indem sie sich zu jeglicher Unterstützung und Förderung des Werkes verpflichtet hielt, war sich bewußt, was sie dem Geist von Karl Marx und Friedrich Engels schuldet.

Moskau, im April 1927

stand der SPD und Abgeordneter des Reichstages.

9 Briefe und Auszüge aus Briefen von Joh. Phil. Becker, Jos. Dietzgen, Friedrich Engels, Karl Marx u. a. an F. A. Sorge u. a. Stuttgart, Dietz 1906.

Bruno Bauer – 1809-1882, Philosoph und Religionskritiker, Junghegelianer, nach 1848 Mitarbeit an der reaktionären »Neuen Preußischen Zeitung«.

Carl Grünberg – geb. 1860, Friedrich Pollock – 1891-1970, Felix Weil – 1898-1975, Ökonomen und Sozialwissenschaftler, Mitbegründer des Instituts für Sozialforschung in Frankfurt a. M., Weil hat es weitgehend finanziert, Grünberg war 1924 bis 1931 sein erster Direktor, Pollock und Weil wurden 1924 Geschäftsführer der Marx-Engels-Archiv Verlagsgesellschaft m. b. H., die in Deutschland die MEGA herausgab.

ISABEL RAUBER

Die demokratisch-kulturelle Revolution

Betrachtungen aus Lateinamerika

Isabel Rauber – Jg. 1953, Dr. phil., Herausgeberin der in Santo Domingo erscheinenden Zeitschrift »Pasado y Presente XXI« (Vergangenheit und Gegenwart XXI), ist eine argentinische Philosophin und Forscherin am Zentrum für Studien über Amerika in Kuba, wo sie seit der Zeit der Militärdiktatur in Argentinien viele Jahre im Exil lebte. Sie arbeitete u. a. als Dozentin für Philosophie am der Universität Havanna und als Mitglied des wissenschaftlichen Beirats der kubanischen Gewerkschaftszentrale CTC.

1 Bis jetzt als unmittelbarer Übergang zum Sozialismus (Marx) oder als Übergang zum Sozialismus nach einer Zwischenetappe, die an Sozialismus heranführt (Lenin) aufgefasst.

Die Problematik

Die soziopolitischen, ökonomischen und Umwelt-Bedingungen, die in der kapitalistischen Welt heute vorherrschen, stellen der Menschheit, wenn sie überleben will, zwingend die Aufgabe, die Zivilisation unter neuen Leitmustern neu zu begründen, sie im Prozess des Suchens selbst neu zu schaffen und aufzubauen. Das schließt verschiedene tiefe und neuartige Prozesse der sozialen Transformation ein, die unaufschiebbar sind. Diese Prozesse setzen unterschiedliche, komplizierte und lange Wege zum Neuen voraus. Im Ganzen bilden sie eine lange Periode, die dadurch gekennzeichnet ist, dass der Weg über Gewissheiten und Ungewissheiten, über Veränderungen, Vorstöße und Gegenvorstöße, über Suchprozesse und Arbeit am Aufbau des Neuen – in seiner umfassendsten Weise – führt. Diese Periode wird traditionell als Übergang definiert, aber um was für einen Übergang handelt es sich? Übergang wohin? Wie und von wem soll er durchgeführt werden?

Die Option für die Transformation der Gesellschaft (Macht) von unten – jene konkrete politische Dimension, in die ich diese Betrachtungen stelle – wirft die Frage nach den Inhalten, den Aufgaben und den Wegen des *Übergangs* zum Neuen auf.¹ Die historischen Erfahrungen der Errichtung einer Gesellschaft, die die Übel des Kapitalismus überwindet, das Bewusstsein, dass es notwendig ist, neue Paradigmen der Entwicklung herauszubilden, die auf soziale Gerechtigkeit und Gleichheit, Achtung und Erhaltung der Natur, den Aufbau solidarischer und brüderlicher Beziehungen zwischen den Menschen gerichtet sind, dazu die wachsenden und permanenten sozialen Kämpfe gegen den gegenwärtigen neoliberalen Kapitalismus, die in den verschiedenen Gegenden der Erde geführt werden, hat gründliche Überlegungen aufkeimen lassen, wie diese Problematik anzugehen sei. Sich ihnen zuzuwenden, das ist eine vorrangige und notwendige Arbeit.

Es geht um eine radikale Aktualisierung der Paradigmen, die bis vor kurzem das revolutionäre Denken und die revolutionäre Aktion für die Umgestaltung der Gesellschaft leiteten. Da klar ist, dass es sich um einen Wandel handelt, der sich weder automatisch noch mechanisch herstellen wird, bedeutet diese Herausforderung für unsere Generation, theoretisch und praktisch zu definieren, wie der Übergang zum Neuen zu bewerkstelligen ist. Ohne dem Schöpferum des gesellschaftlichen Lebens den Weg versperren zu wollen, drängt sich auf, die Debatte über die ersten Schritte, die verschiedenen Formen

und Modalitäten, die sich in der Realität zeigen, vor allem in Lateinamerika, und über die Protagonisten, das heißt über den Sinn und die Zielrichtung jener Veränderungen zu führen. Im Weiteren führe ich Elemente aus, die ich als zentral ansehe, um die kollektive Reflexion darüber anzuregen.

Nach Marx schaffe der entwickelte Kapitalismus die Grundvoraussetzungen für den Sozialismus. Im Zuge der kapitalistischen Entwicklung formiere sich eine umfangreiche und starke Arbeiterklasse, die sich in großen Industriezentren konzentriere und organisiere. Deshalb würde im entwickelten Kapitalismus mit einer politisch reifen, klassenbewussten, das heißt ihrer historischen Befreiungsmission bewussten Arbeiterklasse, die sozialistische Revolution nur die Dinge vom Kopf auf die Füße zu stellen haben: die Kapitalisten hinauswerfen und die Betriebe in die Hände der Produzenten geben, dann auf dieser Basis den revolutionären Staat und die revolutionäre Regierung errichten. Im Weiteren würde sich ein Prozess der ununterbrochenen Revolution zum Kommunismus eröffnen. Nach der Überwindung der partikularen Interessen des Kapitals würden die besonderen Interessen der Arbeiterklasse als hegemoniale Klasse und damit der Staat und sein ganzer Kontroll- und Zwangsapparat zunehmend unnötig.

Marx hat aber die Reife des Kapitalismus in seinem imperialistischen Stadium nicht mehr erlebt. So konnte er die Polarisierung des Reichtums auf Weltebene wie *Samir Amin* nicht berücksichtigen und setzte voraus, dass die europäische Entwicklung sich in den anderen Teilen der Welt wiederholen würde, was er als eine allgemeine Bedingung für den revolutionären sozialistischen Wandel betrachtete. Seine Konzeption der Entwicklung, zusammen mit dem Glauben, die Naturressourcen seien unerschöpflich, veranlasste Marx, den Reichtum und den Überfluss als Bedingung für die menschliche Befreiung anzusehen.

Aber zu Beginn des 20. Jahrhunderts modifizierten sich mit dem Aufkommen des Imperialismus die sozialen und politischen Bedingungen in Europa. Lenin hatte die Marxsche Vorstellung des sozialen Wandels zu überdenken, besonders im Hinblick auf die oben erwähnten Voraussetzungen.

Es waren konkrete Wege für den revolutionären Wandel zu finden in einer Gesellschaft, in der der Kapitalismus noch nicht seine höchste Entwicklungsstufe erlangt hatte, in der die materiellen und geistigen Bedingungen für den Sozialismus deshalb noch nicht »reif« waren. Eine dem Sozialismus vorgelagerte Etappe war für Lenin zwingend, um die materiellen Voraussetzungen für den Sozialismus zu schaffen.

So begründete er, dass der revolutionäre Wandel eine *Periode des Übergangs zum Sozialismus* einleiten müsse: eine Periode, die durch eine ökonomische Entwicklung kapitalistischer Art ohne Kapitalisten gekennzeichnet sein (im Wettbewerb mit dem Kapitalismus) und, unter Führung einer revolutionären Partei, in die sozialistische Entwicklung münden würde.

Damit begab sich Lenin nicht in Widerspruch zu Marx, im Gegenteil, er akzeptierte dessen Prämissen für eine sozialistische Revolution: 1. dass die kapitalistische Entwicklung die Bedingungen

für den Sozialismus vorbereite; 2. dass es innerhalb des Kapitalismus unmöglich sei, die Transformation der Gesellschaft zum Sozialismus zu beginnen.

Lenins Position in Bezug auf die Macht war eine Schlüsselfrage, die den Bolschewismus von den reformistischen Positionen der Sozialdemokratie der II. Internationale unterschied. Diese wollte nur graduelle Veränderungen mittels Reformen, ohne die Macht des Kapitals und seiner Vertreter in Frage zu stellen, wobei auf jede Möglichkeit (und Notwendigkeit) seiner Überwindung verzichtet wurde.

Das 21. Jahrhundert fällt mit dem Beginn einer neuen historischen Epoche zusammen, die sich mit dem Zusammenbruch des sozialistischen Weltlagers und dem Verschwinden der Ost-West-Konfrontation aufatmet. Die neue Situation, die mit der technologischen Revolution zusammenfällt, ist charakterisiert durch die globale Offensive des Kapitals unter Hegemonie des USA-Imperialismus.

Angesichts der Realität und Existenzweise des Kapitals erhebt sich eine Frage: Ist es wirklich möglich, eine andere Welt zu errichten? Wie soll man sich die gesellschaftliche Transformation vorstellen? Welcher *Typ von Macht* muss aufgebaut werden, um den demokratischen partizipativen und emanzipatorischen Bedürfnissen der Unterdrückten Rechnung zu tragen? Welche Rolle kommt den sozialen Bewegungen, den Völkern und ihren Organisationen bei der Verwirklichung dieser strategischen Option zu?

Eine neue Art sozialer Transformation: von unten und aus dem Innern des Kapitalismus heraus

Die Einführung des neoliberalen Modells und die Anwendung seiner »strukturellen Anpassungspläne« entfesselten in Lateinamerika heftige Aktionen des Volkswiderstandes, in denen soziale Akteure an der Spitze standen, die die Situation, in die das System sie brachte, entlarvten und anklagten. Zahlreiche neuartige und unterschiedliche soziale Bewegungen nahmen den Kampf auf, darunter die Bewegung der Landlosen in Brasilien, die der Kokabauern des Chapare, die der Indigenen in Chiapas, Ekuador, Bolivien und anderen Ländern, die Bewegung der Arbeitslosen und Rentner in Argentinien, Wohngebietsbewegungen der armen Stadtviertel in der Dominikanischen Republik, Kolumbien, Brasilien, Mexiko. Die sozialen Bewegungen, die sich als autonom betrachteten, stellten, wenn auch in unterschiedlichen Dimensionen und unterschiedlichem Schrittmaß je nach den Akteuren, die sie zusammenführten, die Vertiefung der umfassenden Partizipation der organisierten Volksschichten und die Verknüpfung der Widerstandsprozesse und sozialen Kämpfe sektoriellen Charakters mit übergreifenden Prozessen für die Umgestaltung der Gesellschaft auf die Tagesordnung.

Die Volksrebellionen auf dem Kontinent, getragen von sozialen Bewegungen, die sich untereinander vernetzten, stimulierten die Diskussionen unter den sozialen Akteuren über die Möglichkeit, die Realität in der sie lebten, zu verändern, über die Richtung und die Tragweite solcher Veränderungen (das alternative Projekt) und darüber, wer die Subjekte sein würden, die sie voranbrachten. Das schloss ein, dass Überlegungen zum Problem der Macht angestellt wurden: *Worin* besteht sie, *wie* bildet sie sich heraus, *welche* Me-

chanismen stellen sie her und reproduzieren sie, *wie* wird sie transformiert und *durch welche* Mittel?²

So schufen und entwickelten in langen Widerstandsprozessen und sozialen Kämpfen während der letzten 30 oder 40 Jahre die sozialen Bewegungen Schlüsselemente dessen, was sich heute bereits als eine neue strategische Konzeption der sozialen Transformation, des Aufbaus eigener Macht, des Aufbaus der sozial-kulturellen Kraft der Befreiung abzeichnet. Diese strategische Konzeption, die für den Beginn des gesellschaftsumgestaltenden Prozesses nicht die *Übernahme der Macht* als Voraussetzung ansieht, die nicht die Veränderung der sozialen Beziehungen zwischen Männern und Frauen von Direktiven abhängig macht, die vom staatlichen Überbau, von der Regierung mittels der Aktionen einer Partei (als Avantgarde) ausgehen, ist das, was ich den *Aufbau der Macht von unten* nenne. Diese Konzeption beinhaltet eine neue Weise, die soziale Transformation im 21. Jahrhundert zu begreifen und zu verwirklichen. Sie schließt deshalb neue Wege und Modalitäten des Übergangs zum Neuen ein.

Notwendige konzeptionelle Präzisierungen

Der Ausdruck »unten« verweist unmittelbar auf einen Bereich, der *unten* angesiedelt ist im Verhältnis zu seiner Entsprechung »oben«, oder auf eine politische, soziale und kulturelle Situation, die traditionell dem, was »oben« ist, untergeordnet ist. Der Begriff *von unten* gibt eine politisch-soziale Positionierung an, von der aus die Umgestaltung stattfindet, in dem die bewusste und freiwillige Beteiligung »derer von unten« einen wichtigen zentralen Platz einnimmt. Der Begriff verweist direkt auf diese Logik, die ein spezifisches *Wie* einschließt, unterschieden von dem, was man oben, auf der Ebene des Überbaus und der Apparate denkt und tut.

Von unten aufbauen ist deshalb als praktisch-methodologische Positionierung für die Analyse und die praktische Politik der sozialen und politischen Bewegungen des Kontinents sehr wertvoll. Das fasst eine Konzeption und eine Logik zusammen, *wie* man der Macht des Kapitals Widerstand leisten, sie zerstören oder umgestalten will und *wie* die eigene Macht zu errichten ist. Die organisierende institutionelle Rolle, die in dem Umgestaltungsprozess zum Ausdruck kommt, kann oben, unten oder in der Mitte angesiedelt sein; von unten aufbauen zeigt immer und jederzeit einen logisch-methodischen Weg an, wie etwas gemacht wird, welche Kräfte es denken, entscheiden und realisieren und schließt daher immer eine kollektive Herausforderung an seine Verwirklichung ein.

Unter den Hauptachsen dieser Transformation möchte ich die folgenden herausstellen:

- Die Überwindung der menschlichen Entfremdung, die individuelle und kollektive Befreiung stellt den ersten und letzten Sinn der sozialen Transformation dar.

- Die Transformation der Gesellschaft (ihrer Männer und Frauen) ist Teil eines gleichzeitigen Prozesses der Partizipation, Aneignung und kollektiven Ermächtigung, ausgehend von der aktiven Rolle jedes der sozialen Akteure.

- Es gibt nicht Subjekte a priori in den historisch-konkreten Momenten und Praktiken. Das (soziale, politische, historische) Subjekt

2 Die politische Macht ist keineswegs das Zentrum der sozialen Transformation, sondern eines ihrer Instrumente. Die Diskussion auf die Frage zu konzentrieren, ob die Macht übernommen oder aufgebaut werden soll, heißt das Denken zu verarmen und die Flügel derer zu beschneiden, die kämpfen und das Aufbauwerk leisten, inspiriert von der Möglichkeit, die Träume von einem besseren Morgen Wirklichkeit werden zu lassen. Die Positionen zum Thema der Macht und der sozialen Transformation unter den sozialen und politischen Bewegungen des Kontinents haben sich polarisiert durch den Einfluss des dogmatischen Denkens bei Sektoren des politischen und intellektuellen Lagers der lateinamerikanischen Linken, die in der politischen Kultur der Mitgliedschaft noch vorherrschend sind. Dieses Denken identifiziert nach wie vor die Möglichkeit, die Gesellschaft umzugestalten mit der »Machtübernahme« und stellt diese Auffassung der praktischen konkreten Suche der sozialen Bewegungen gegenüber, die ausgehend von ihren täglichen Widerstandsaktionen und Kämpfen darauf abzielen, die Gesellschaft im permanenten Prozess des Aufbaus und des Abbaus von Macht, Bewusstsein, Organisation und Kultur umzugestalten. Diese Gegenüberstellung wirkt wie eine Barriere, die die Fähigkeiten blockiert, die komplizierte und unterschiedliche, vielfarbige und vielfältige soziale Realität von heute neu zu erkennen, um von ihr ausgehend zu denken und zu handeln, zusammen mit dem Überdenken und der kritischen Neuaneignung der Erfahrungen der

Befreiungskämpfe auf unserem Kontinent und derer, die sich aus dem Sozialismus, der im 20. Jahrhundert existierte, ableiten.

des Wandels (der kollektive Akteur) bildet sich als solches im Transformationsprozess selbst heraus.

- Die demokratische Partizipation ist ein Merkmal sine qua non der Transformation und der neuen Gesellschaft. Ihr Kern verbindet die Partizipation von unten des bewussten und organisierten Volkes, den Pluralismus (die Akzeptanz von und das Zusammenleben mit Unterschieden und Unterschiedlichen) und die Horizontalität.

- Sie vertieft die soziokulturelle Dimension der Demokratie, indem sie in diese das notwendige Streben nach der Gleichheit der Geschlechter integriert und auf dieser Basis die Kritik an der herrschenden hegemonialen Macht radikal vertieft, zu ihrer sozialen, historischen und kulturellen Demontage, ihrer Transformation und zum Aufbau neuer demokratischer partizipativer Entwicklungspfade beiträgt.

- Sie basiert auf einer anderen Logik der Verbindung der sozialen Kämpfe und ihrer Akteure, der Wege zur Reife des politischen Bewusstseins, der Definition und Organisation des politischen Instruments und der Errichtung und Akkumulation eigener Macht: Zielstellung ist die Überwindung der kapitalistischen Gesellschaft, indem sie aus ihrem Inneren heraus umgestaltet wird, im gleichen Maße, wie Fragmente dessen aufgebaut werden, was eines Tages eine neue Gesellschaft sein wird. Zusammen damit, in diesem Prozess, (auto)konstituieren sich auch die Subjekte, die diese neue Gesellschaft entwerfen und für ihre Verwirklichung kämpfen, in ihren täglichen Errungenschaften, mit denen sie den herrschenden Kreisen die Hegemonie und Macht streitig machen, territorial, aus ihren Gemeinden heraus, Macht gewinnen und akkumulieren, in Richtung auf den strategischen Kurs, den sie kollektiv definieren.

- Das alternative strategische Projekt ist das Glied, das die sozialen Widerstandsaktionen, die Kämpfe der einzelnen Sektoren und ihre unmittelbaren Forderungen verbindet und zusammenhält und ihnen einen revolutionären kritisch-transformatorischen Sinn verleiht, indem es sie auf das lenkt, was eines Tages die neue Zivilisation sein wird.

- Die Prozesse und Wege beim Aufbau des Projekts, bei der Errichtung eigener Macht, bei der (Auto)Konstituierung sozialer Akteure in Subjekte der Transformation sind strukturell interdependent und durchdringen sich gegenseitig. Die Hauptachse wurzelt in den Akteuren-Subjekten, in ihrer Fähigkeit, sich zum kollektiven Akteur des Wandels (Volkssubjekt) zu entwickeln und (selbst) zu konstituieren, und damit in ihrer Fähigkeit, das Projekt zu entwerfen und zu definieren, ihre Macht aufzubauen und gleichzeitig sich die organisatorischen Formen zu schaffen, die der Prozess erfordert.

- Für eine tiefgehenden Neuerschaffung der Gesamtheit der sozialen Beziehungen und Machtverhältnisse einer gegebenen Gesellschaft im Sinne des Aufbaus eines neuen (alternativen) sozialen Projekts, das den Kapitalismus und seine Übel überwindet, muss diese Transformation die gegenwärtigen Geschlechterverhältnisse in Frage stellen, bis an die Fundamente der Kultur der patriarchalen Macht vorstoßen und sie umwälzen. Zu versuchen, das Wesen und die Dimension der Macht zu analysieren, ohne die Geschlechterverhältnisse einzubeziehen, die sie stützen, heißt den theoretischen und

praktischen Wert der Schlussfolgerungen und Vorschläge zu schmälern. Und ebenso umgekehrt, wenn man die Geschlechterfrage behandelt, ohne sie mit der Infragestellung der (ökonomischen, kulturellen, sozialen, familiären usw.) Machtverhältnisse zu verbinden.

- Eine neue menschliche Zivilisation zu begründen und aufzubauen bedeutet eine neue Lebensweise zu begründen und aufzubauen. Das schließt ein, dass die Prozesse der Transformation der Gesellschaft, ihrer Produktions- und Reproduktionsweisen, der Transformation und Autotransformation der Männer und Frauen, die diese Umgestaltungen verwirklichen, und der sozialen (öffentlichen und privaten) Wechselbeziehungen zwischen ihnen nebeneinander, gleichzeitig und miteinander verbunden vor sich gehen.³

Neue Wege und Formen des Übergangs

Wenn man die gegenwärtige internationale globale Situation berücksichtigt und im Besonderen unsere Lage in Lateinamerika, die durch ein fortdauernde und wachsende abhängige Unterentwicklung gekennzeichnet ist, kann man nicht davon ausgehen, dass die Feststellungen von Marx über die objektiven und subjektiven, ökonomischen, sozialen und politischen Bedingungen für eine soziale Revolution, die den Kapitalismus überwindet (die sozialistische Revolution) unter diesen Verhältnissen Gültigkeit besitzen. Ebenso wenig ist es möglich, die Vorstellungen Lenins über die »zurückgebliebenen« Länder unkritisch zu übernehmen – für die er, den Gedanken von Marx folgend, vorschlug, die Machtergreifung zu einem politischen Instrument für die *Beschleunigung* der Herausbildung oder Reife jener Voraussetzungen zu machen. Es erwies sich, dass die »Machtergreifung« per se nicht die Probleme löst, dass die bisher gültigen Paradigmen der Entwicklung, des Wohlstandes und des Fortschritts von den Völkern schöpferisch umgestülpt und erneuert werden müssen im Einklang mit den gegenwärtigen Bedingungen des Planeten Erde und den Erfordernissen des Überlebens der Menschheit. Dafür gibt es keine Rezepte. Es geht darum, kollektiv und von unten die Alternativen aufzubauen, unter den unterschiedlichen Bedingungen, sie im Prozess ihres Aufbaus selbst zu schaffen und zu entwerfen, wie auch die konkreten Wege, auf denen die Transformation vor sich gehen wird.

Die kapitalistische Entwicklung, die im Norden erreicht ist, kann nicht, weder theoretisch noch praktisch, als Bedingung oder paradigmatische Voraussetzung für den Wandel und den sozialen Fortschritt aufrechterhalten werden. Das ist heute für die peripheren Regionen unerreichbar und auch nicht wünschenswert. Folglich gilt es unter unseren Bedingungen nicht auf ein sogenanntes »Modell« der *nationalen* (nicht abhängigen) kapitalistischen Entwicklung zu hoffen; worum es sich handelt, ist, die neuen Gesellschaften auf der Grundlage neuer Konzeptionen der Entwicklung, des Wohlstandes und des Fortschritts zu schaffen und aufzubauen, zu beachten, dass alles das mit der sozialen Gerechtigkeit und Gleichheit und der Bewahrung der Menschheit verknüpft wird.

Es gilt auch nicht darauf zu warten, dass die Arbeiterklasse wächst und sich entwickelt, bis sie sich als das *einzig*e revolutionäre Subjekt des Wandels konstituiert, weil die Arbeiterklasse heute in heteroge-

3 Die strukturelle Abhängigkeit der Länder des Südens, der Peripherie oder der Dritten Welt, die durch die Plünderung vonseiten der sogenannten Ersten Welt verursacht wird, die Erschöpfung der Naturressourcen, die sozialen Übel wie Hunger, Analphabetismus, heilbare Krankheiten sind Plagen, die durch die schrankenlose kapitalistische Entwicklung hervorgebracht wurden und die wir heute angehen und lösen müssen, indem ein Universum des Menschen mit der Natur zurückgewonnen wird und die zerstörerische Ambition der großen transnationalen Gesellschaften, die imperialistische Kriegsbereitschaft im Streben nach Überleben auf Kosten der Annexion von Territorien und Naturschätzen zum Scheitern gebracht werden, damit das Gleichgewicht, der Ausgleich, die Ethik, der Frieden und die kollektive Sicherheit und der demokratische Pluralismus die Vorherrschaft gewinnen. Zu diesen Zielen muss man sich auf den Weg machen, das ist der Kurs der gegenwärtigen Transformationen im Übergang zu dem, was in der Zukunft eine neue menschliche Zivilisation sein wird.

ner, atomisierter und verstreuter Form existiert (die Beschäftigten und Arbeitslosen, die formal und informell Beschäftigten, die Zeitarbeiter, die Schwarzarbeiter u. a.). Die Ausgebeuteten in der Stadt und auf dem Lande unterscheiden sich nach allen Seiten hin. Die Urvölker fordern ihren Platz im gegenwärtigen Gang der Geschichte ein. Die Verbindung aller dieser sozialen Akteure mit ihren unterschiedlichen Existenz- und Organisationsweisen, Identitäten, Problemen und Interessen drängt sich immer mehr als der einzige Weg auf, zu dem kollektiven Akteur zu gelangen, der in der Lage ist, die politischen Veränderungen der Gegenwart zu planen und zu verwirklichen und den Prozess zu größeren Umgestaltungen voranzustößen. Die neuen Akteure, die sich in den letzten Jahrzehnten herausgebildet haben, erweisen sich zusammen mit der Arbeiterklasse, wie sie heute existiert, als die potenziellen Subjekte der sozialen Veränderungen mit gleichen Rechten und Fähigkeiten. Es zeichnet sich deutlich ab, dass es ein plurales Subjekt ist, konstituiert auf der Grundlage der horizontalen, freiwilligen und bewussten Verknüpfung der verschiedenen Akteure, die als Vorkämpfer der Transformationsprozesse zu einer neuen Gesellschaft in einem historisch bestimmten Moment auftreten. Einen wichtigen Schritt dahin stellt die *Herausbildung des kollektiven Akteurs* dar, der politisch-sozialen Kraft, die fähig ist, den Prozess der Veränderungen im Übergang zum Neuen, der angestrebten Utopie, zu planen, zu nähren und voranzubringen.

Der kollektive Akteur des sozialen Wandels wird sich nicht spontan als solcher konstituieren, ihn zusammenzufügen ist ein bewusstes, systematisches und kollektives politisch-organisatorisches Werk. In den Widerstandsaktionen und Kämpfen gegen die Grausamkeiten und Diskriminierungen des Kapitalismus stehen unterschiedliche soziale Akteure und Akteurinnen an der Spitze, und das erfordert, an den Übereinstimmungen und gemeinsamen Verbindungen zu ihrer (Selbst)Konstituierung als kollektiver Akteur zu arbeiten.

So entstehen eine Reihe von Aufgaben und Herausforderungen auf politischem, kulturellem und organisatorischem Gebiet, deren Lösung bewusst in Angriff genommen werden muss. Die Suche nach konkreten Antworten auf diese Aufgaben und Herausforderungen charakterisiert die gegenwärtigen alternativen politischen Prozesse in Lateinamerika in Form der politischen Konfrontation mit den Interessenvertretern des transnationalen Kapitals auf lokaler Ebene, sei es aus der Opposition heraus oder, wie in einigen Ländern, aus der nationalen Regierung, was den Prozessen der sozialen Kräfteakkumulation für den Wandel immer größere Kraft und neue Möglichkeiten verleiht und Impulse gibt für den Aufbau eigener Volksmacht (die kollektive Ermächtigung) von unten.

In Regierungsbereiche vorzudringen und zur Regierung selbst zu gelangen, kann ein Schritt vorwärts von unschätzbarem Wert sein, um soziale Prozesse der kollektiven Ermächtigung auszulösen. In der Strategie der sozialen Transformation von unten ist die Regierung ein Schlüsselinstrument, um auf diesem Weg und durch die Öffnung und/oder Erweiterung demokratischer partizipativer Prozesse die Herausbildung des kollektiven Akteurs für den Wandel zu aktivieren und damit – von unten – die Umgestaltung der Regierung

selbst und ihrer institutionellen Tätigkeit und sozialen Kontrolle und der Kontrolle der Macht oder, besser gesagt, der Mächte, die das Kapital instituiert hat, zu fördern.

Das schließt eine Modifizierung der Konzeption des Staates und seiner Rolle in den Prozessen des gesellschaftlichen Wandels, in seinem Verhältnis zur sogenannten Zivilgesellschaft und umgekehrt, zu den zentralen und bundesstaatlichen, Provinz-, Departementsregierungen usw., auf juristisch-institutionellem und demokratisch-partizipativem Gebiet ein. Deshalb ist ein zentrales Vorhaben in den gegenwärtigen Prozessen des demokratischen Neuaufbaus die Einberufung und Durchführung von verfassungsgebenden Versammlungen als Grundlage der neuen Institutionalität, die durch die sozialen Prozesse des Widerstandes, des Drucks und der historischen Forderungen der Völker Lateinamerikas (und ihrer sozialen und politischen Organisationen) hervorgebracht worden ist.

Die Regierung, ein mögliches Instrument der gesellschaftlichen Umgestaltung

Nach dem, was heute in Venezuela und Bolivien geschieht, gibt es keine Berechtigung zu behaupten, es sei unmöglich, strategische Umgestaltungen durchzuführen, wenn man an der Regierung ist, weil der Staat in den Händen von feindlichen Sektoren sei und man noch nicht die notwendigen Kräfte habe, um die vorgesehenen Veränderungen anzustoßen. Wenn auch das Gewicht des bürokratischen und oligarchischen Staates zunächst überwiegt, so lehren die Erfahrungen, dass es möglich ist, sich darüber hinwegzusetzen und das zu tun, was getan werden muss, um die eigenen Kräfte aufzubauen, zu entwickeln und zu stärken: die Beteiligung des Volkes als Protagonist in diesem Prozess und damit den Aufbau der Macht des Volkes, was zugleich das Erwachen des kollektiven Akteurs ist, seiner revolutionären Bewusstheit und Organisation. Genau deshalb nötigt die Praxis in Venezuela und Bolivien heute zu einer großen kulturellen und politischen (praktisch-erzieherischen) Umgestaltung; diese bildet die ständige und unerlässliche Basis und Plattform für die Veränderungen. Die Errungenschaften liegen auf der Hand, ebenso die Herausforderungen.

Das alles bestätigt eine Hypothese: Unter den gegenwärtigen Bedingungen in Lateinamerika wird der Kampf um die Regierung auf wahlpolitischer Ebene eine Schlüsselfrage für den Veränderungsprozess. Sich der Teilnahme an solchen Kampagnen zu verweigern, kommt der Negation aller Politik gleich und nimmt dem Klassenkampf, den Prozessen der Kräfteakkumulation, der sozialpolitischen Aufbauarbeit den Sinn, da ihnen ja von vornherein eine Grenze gesetzt wird, die man ausdrücklich nicht zu überschreiten beabsichtigt. »Die Bedeutung des politischen Feldes zu verkennen, ... ist reiner Selbstbetrug. Bestenfalls können wir von Utopismus im schlimmsten Sinne sprechen. Schlimmstenfalls entspricht es dem neoliberalen Projekt: die Macht des Staates zu verringern, um ihn gegenüber dem Markt zu entwerten und damit die Gesellschaften zu entpolitisieren. Wir können weder die politischen Mächte noch die Parteien ignorieren, um die wesentlichen sozialen Transformationen zu erreichen. Wie sollte man sonst eine Agrarreform durchführen, wie die Umset-

4 François Houtart: *Convergencia de movimientos sociales: un ensayo de análisis*, texto presentado a la Conferencia Internacional »La obra de Carlos Marx y los desafíos para el Siglo XXI«, La Habana 2003. (Konvergenz der sozialen Bewegungen: ein Analyseversuch, span., Beitrag auf der Internationalen Konferenz »Das Werk von Karl Marx und die Herausforderungen für das 21. Jahrhundert«, Havanna 2003), S. 3.

5 Ebenda, S. 3.

zung der Freihandelsverträge verhindern? Wie sollte man zu einer Erdölpolitik kommen ohne die Ausübung der politischen Macht?«⁴

Das Problem ist einerseits, wie man das tiefverwurzelte Misstrauen bei der Mehrheit des Volkes gegenüber den politischen Parteien, den Politikern und der Staatspolitik überwinden kann, und damit verbunden zum anderen: wie kann man Politik in einer Art und mit einem Inhalt machen, die sich vom Traditionellen unterscheidet. Denn Politik zu machen ist unverzichtbar und grundlegend, sowohl um einen positiven Ausweg für die Kämpfe um soziale Forderungen zu finden, als auch für die politische Entwicklung der Protagonisten. »Es reicht nicht aus, gegen die Ungerechtigkeiten zu protestieren. Es ist nicht genug, zu proklamieren, dass eine andere Welt möglich ist. Es geht darum, die Lage zu verändern und wirkungsvolle Beschlüsse zu fassen. Und daraus ergibt sich die Frage der Macht.«⁵

Aus dieser Sicht ist die Beteiligung an Parlamenten und Provinz-, bundesstaatlichen und nationalen Regierungen eine zentrale Aufgabe. Was man als *Weg der Wahlen* zur Verwirklichung der gesellschaftlichen Umgestaltungen verstehen könnte, erweist sich heute als ein Hauptweg für den Aufbau, die Kräfteakkumulation und das Anwachsen von Bewusstsein. Das ist eine grundlegende und erstrangige strategische Definition. An Wahlen teilzunehmen, an die Regierung eines Landes zu gelangen, mit allen Herausforderungen, die das einschließt, ist Teil eines Weges, der dazu beitragen kann, der sozialen Transformation für weiter gesteckte Ziele enorme Anstöße zu geben. In der Regierung zu sein, das gibt den transformatorischen sozialen Kräften ein politisches Instrument ersten Ranges in die Hand, das zusammen mit dem Einsatz der außerparlamentarisch aktiven sozialen Volkskräfte Türen für größere Umgestaltungen öffnen kann. Weder die Wahlbeteiligung noch die Beteiligung an einer Provinz- oder der Zentralregierung bilden jedoch den letzten Zweck der politischen Aktion.

Einerseits definiert das die Methoden und/oder die Instrumente, die anzuwenden, zu schaffen usw. sind. Zum anderen zeigt es den Beginn eines langen Prozesses von Veränderungen an, der genau das ist, was die gesellschaftlichen Umgestaltungen in der gegenwärtigen Epoche charakterisiert, denn der Übergang zu einer anderen Gesellschaft setzt notwendigerweise die Verknüpfung der lokalen, nationalen und/oder regionalen Prozesse mit dem globalen Übergang zu einer anderen Welt (und die Herausbildung des globalen revolutionären Subjekts) voraus.

Man kann voranschreiten – tatsächlich geschieht das auch – im Rahmen eines Landes, aber es ist notwendig, gleichzeitig regionale und internationale Konsense zu schaffen, sich mit anderen sozialtransformatorischen Prozessen ähnlicher Orientierung zu verbinden. In Lateinamerika eröffnen sich heute große Möglichkeiten dafür, da eine historische Übereinstimmung von Regierungen gegeben ist, die zumindest kritisch dem globalen neoliberalen System gegenüberstehen. Es ist eine Situation, die als Resultat der Akkumulation von Widerstand und Kämpfen des Volkes entsteht, die das Vorherrschen der Tendenz zu Umgestaltungen kennzeichnet, die sich inmitten (und mittels) von Zufälligkeit den Weg bahnt.

Die Herausforderung besteht in diesem Sinne darin, das Überraschungsmoment zu überwinden und konkrete Projekte in Gang zu setzen, die auf der einen Seite ermöglichen, die sozialen Volksorganisationen zu stärken und zu vernetzen, und auf der anderen Seite die Prozesse zu vertiefen, die die regressiven Maßnahmen des Neoliberalismus in Frage stellen, ihre Durchsetzung bremsen und sie möglichst annullieren. Auf dieser Grundlage und gleichzeitig damit ist das Ziel, konkrete Alternativen, Regierungsprogramme zu entwickeln, die unter Berücksichtigung des bestehenden Kräfteverhältnisses und der Möglichkeiten seiner günstigen Modifizierung im größtmöglichen Maße die sozialtransformatorischen Prozesse vorantreiben.

Die Hauptherausforderung läuft darauf hinaus, eine breite sozialpolitische Bewegung aufzubauen, die die parlamentarischen und außerparlamentarischen Kräfte der Werktätigen und des Volkes verbindet, im Gegensatz und in der Auseinandersetzung mit den parlamentarischen und außerparlamentarischen Kräften der Herrschaft des (lokalen/globalen) Kapitals. Im ersten Augenblick kann sich diese Kraft formieren durch die Verständigung verschiedener Akteure darüber, was sie nicht wollen: den Kapitalismus. Allmählich wird man von der negativen Identität abkommen, und der Antikapitalismus wird – im Ergebnis der Arbeit der politisch-kulturellen Erziehung der soziopolitischen Organisationen – dem Aufbau des alternativen Projekts von unten zur Überwindung des Kapitalismus Platz machen, das heißt: dem Aufbau des patriotischen, indo-afro-lateinamerikanischen und mit den Völkern der Welt verbundenen solidarischen Befreiungsprojekts. Darin wurzelt das revolutionäre Wesen dieser strategischen Option.

Es ist nicht zu rechtfertigen, wenn die Beteiligung der Linken an lokalen oder nationalen Regierungen damit endet, dass sie die Politik des Neoliberalismus akzeptieren oder sogar selbst betreiben. Das führt nicht nur zum Verlust des transformatorischen strategischen politischen Sinns, den die Regierungsbeteiligung für die Linke hat, sondern endet auch im allgemeinen damit, den sozialen Prozess um persönlicher Positionsvorteile willen aufzugeben. Die augenscheinlichsten Fälle sind jene von Parlamentariern der Linken, die im Auftrag von sozialen Bewegungen und politischen Organisationen in ihr Amt gelangen und dann alle Verbindungen abrechnen und sich nur noch der Aufgabe widmen, aus dem Parlamentssitz ein Feld für ihre persönlichen Ambitionen und einen lukrativen Arbeitsplatz zu machen. Und das kann auch mit Linksparteien geschehen, die an die Regierung gelangen.

In solchem Falle, mögen auch noch so gute Absichten dahinter stehen, werden die Wahlen dazu führen, dass die Perspektive der gesellschaftlichen Umgestaltung bei denen, die in der Regierung sind, verloren geht. Beispiele dafür gibt es übergenug in Lateinamerika und in der Welt, im einen wie im anderen Sinne. Es ist das Spiel der Macht; eben deshalb stellt die Entscheidung für diesen Weg eine immense Herausforderung für die sozialen und politischen Volksorganisationen dar. In jedem Moment des Prozesses gilt es zu entscheiden und zu bestätigen (oder zu berichtigen), zu wessen Gunsten und mit welcher Politik man handelt, und das ist immer eine bewusste in-

dividuelle und kollektive Entscheidung. Um zu ihr zu gelangen oder sie aufrechtzuerhalten, muss man sie täglich von unten aufbauen.

Es ist daher von grundlegender Bedeutung, dass die Wahlbeteiligung in Verbindung mit einem politischen Prozess größerer Reichweite diskutiert, aufgebaut und im Prozess des Aufbaus einer breiten außerparlamentarischen sozialen Kraft entwickelt wird, die sich Umgestaltungen zum Ziel stellt, welche über den Kapitalismus hinausführen, zu einer nationalen – und zugleich kontinentalen – Alternative der Befreiung der Werktätigen und des Volkes; einer Alternative, die auf einen neuen Sozialismus gerichtet ist, der kollektiv – von unten und Tag für Tag – geschaffen und aufgebaut wird.

Das ist der Sinn und die zentrale politische Bedeutung des Aufbaus einer politisch-sozialen Bewegung als horizontal verbindender Kern einer breiten parlamentarischen und außerparlamentarischen sozialen Kraft der Werktätigen und des Volkes. »Ohne eine außerparlamentarische Herausforderung, die strategisch ausgerichtet und gestützt ist, können die Parteien, die sich an der Regierung ablösen, weiter gegenüber der Arbeit als wechselseitiges nützliches Alibi für das strukturelle Scheitern des Systems funktionieren und so wirksam der Arbeiterbewegung die Rolle als zweitrangige, unbequeme, aber zu vernachlässigende Größe im parlamentarischen System des Kapitals zuweisen. Folglich ist in Beziehung auf das Gebiet der materiellen Reproduktion und des Politischen die Konstituierung einer außerparlamentarischen sozialistischen Massenbewegung mit strategisch realistischer Orientierung – in Verbindung mit den traditionellen Formen der politischen Organisation der Arbeit, die in der Gegenwart heillos vom Wege abgekommen sind und dringend des Drucks und der Unterstützung der außerparlamentarischen Kräfte zu ihrer Radikalisierung bedürfen – eine vitale Bedingung, um der ungeheuren außerparlamentarischen Macht des Kapitals Widerstand zu leisten.«⁶

6 István Mészáros: La teoría de la enajenación en Marx. (Die Theorie der Entfremdung bei Marx, span.) Ediciones Era, México 1978, S. 849.

Neue Grundlagen und Voraussetzungen des Übergangs

Wenn man akzeptiert, dass der Gesellschaftstyp, den man aufbauen will, eine tiefgehende Neuschöpfung erfordert, dann umfasst das einerseits eine radikale Veränderung der Konzeption der ökonomischen Entwicklung und des Wohlstandes, die auf solidarischen, gleichen und nachhaltigen Grundlagen neu gedacht und entworfen werden müssen, und gleichzeitig andererseits eine radikale Veränderung des politischen, sozialen und kulturellen Modells, das bisher von der Menschheit verfolgt wurde, zusammen mit der Schaffung neuer Maßstäbe des Wohlstandes und des Fortschritts, die sich auf die organisierte und bewusste demokratische soziale Teilhabe der Mehrheiten gründen. Wenn man akzeptiert, dass sich die Herausbildung des kollektiven sozialen Akteurs des Wandels und die Auseinandersetzung um die Macht und die Hegemonie heute in den demokratisch-parlamentarischen Prozessen entwickelt, wird man damit übereinstimmen, dass die Suche nach neuen Parametern – gestärkt durch die neuen politischen Wege und Horizonte, die heute auf dem Kontinent existieren – dazu auffordert, den *Übergang* zur neuen Gesellschaft mit neuen Ausgangspunkten und Voraussetzungen zu überdenken: ausgehend vom Aufbau der Macht, der Subjekte und des

alternativen Projekts von unten, der umfassenden demokratischen Beteiligung der Bürgerschaft in allen Bereichen des sozialen Lebens, die vom Heutigen aus in ihrer weiteren Entwicklung zu sehen ist, und unter Vorantreiben der kulturellen Transformation der Völker auf ihre (Selbst)Konstituierung als revolutionäres Subjekt hin.

Es geht dabei nicht mehr um eine Etappe, die mit der »Machtübernahme« beginnt; ihre Aufgaben bestehen auch nicht darin, die »materiellen Grundlagen« für den Sozialismus zu errichten, das sozialökonomische System, das angeblich im historischen Prozess auf den Kapitalismus folgt. Tatsächlich können der konkrete Inhalt und die Entwicklungswege dieses Prozesses nicht im Voraus definiert werden. Von der sozialistischen Orientierung eines sozialen Wandlungsprozesses kann man ausgehen, wenn man den Sozialismus als Ideal der Gesellschaft versteht, die die Übel des Kapitalismus und seine Irrationalität überwinden wird. Aber die konkrete Definition und die spezifischen Charakteristika, die dieser Sozialismus in jeder Gesellschaft annehmen wird, werden kollektiv von jedem Volk geschaffen und entschieden, indem es zum Schöpfer seiner Geschichte heranreift, oder das, was aufgebaut wird, wird nicht in Wahrheit ein befreiendes Werk sein.

Es ist klar, dass es im Kapitalismus nicht nur keine Lösungen für die sozialen und Umweltprobleme geben wird, sondern dass diese sich ständig verschlimmern werden. Es besteht kein Zweifel, dass es alternative Wege zu suchen gilt, und auch nicht daran, dass die Lösungen nicht auf magische Weise von »irgendeiner« Seite außerhalb unserer täglichen Praxis und unseres Schaffens kommen werden. Heute mehr denn je erweist sich die Transformation der Gesellschaft als ein permanenter Prozess, in dem sich Transformation und Schöpfung des Neuen (der neuen Macht) verbinden, des Neuen, das sich von unten und aus dem Innern der kapitalistischen Gesellschaften entwickelt und das in erster Linie das Werk der Männer und Frauen ist, die, ob auf dem Lande oder in der Stadt, von ihrer Arbeit leben. Sie sind und bleiben es – die kulturelle Transformation und die Herausbildung des kollektiven revolutionären Akteurs vorausgesetzt –, die in jeder Gesellschaft Inhalt und Orientierung des Transformationsprozesses prägen in dem Maße, wie sie fähig sind, ihn vorwärtszudrängen. Ihnen diese Möglichkeit aus den Händen zu nehmen, gleich unter welcher politischen oder ideologischen Begründung, bedeutet den Kampf für die Aufhebung der Entfremdung der Unterdrückten und Diskriminierten, nach Marx Wesen und Sinn der gigantischen Befreiungsaufgabe, zu verraten.

Die Überwindung des Kapitalismus, die, wenn man seine Übel beseitigen will, die Überwindung der Kapitallogik erfordert, bedingt, dass die soziale Transformation einen *langen Übergang* notwendig macht. Dieser beginnt im Innern der Gesellschaften des Kapitals, aber nicht von sich aus, in dem Sinne, dass er sich weder spontan noch durch die »notwendige« Reife von Bedingungen herstellt; er erfordert Organisation und bewusste politische Aktion. Er zeichnet sich aus durch den »Aufbau von politisch-kultureller Macht von unten« als Schlüssel und gleichzeitig als Weg für die Herausbildung des kollektiven Akteurs (der revolutionären sozialen Kraft) des Wandels und seiner politischen Organisation, die durch die demokrati-

sche Partizipation Impulse erhalten. Den Zusammenhalt stellen anfangs strategische programmatische Definitionen her, die die Entwicklung auf lokaler Ebene leiten und gleichzeitig dazu beitragen, das Zusammenfließen dieser Kampfprozesse mit denen in anderen Bereichen zu lenken und zu organisieren.

Die Aufgabe besteht darin, kollektiv ein alternatives Projekt zu definieren, das den unterschiedlichen Widerstandsprozessen, Kämpfen und Überlebensstrategien in den verschiedenen Sektoren, die sich scheinbar isoliert voneinander entwickeln, eine gemeinsame Ausrichtung verleihen kann. Das nährt den Prozess der (Selbst)Konstituierung der soziopolitischen Akteure zum kollektiven Akteur des Wandels (historisches Subjekt) als Erbauer seiner Hegemonie (seiner politischen, kulturellen und sozialen Macht) auf neuen Grundlagen. Er verkörpert die Gesellschaft, die den Kapitalismus überwindet, und ihre Funktionsweise, in dem Maße, wie er daran geht, sie in der alternativen Praxis der Gegenwart zu errichten. Die Reife dieses Prozesses, der Moment, in dem eine solche Kraft entstanden ist, die für diese umfassendste Transformation der Gesamtheit des Sozialen ausreicht, kann nicht a priori definiert werden und wird auch nicht der gleiche sein in allen Gesellschaften und historischen Momenten. In diesem Bemühen ist das wichtigste definitorische Element die Entwicklung der demokratischen und bewussten Partizipation aller sozialen und politischen Akteure und Akteurinnen und die Entfaltung der Schlacht auf kulturellem Gebiet, die diese möglich und wirklich macht, das heißt die Entfremdung aufhebt. Den gesellschaftlichen Wandel erreicht man nicht automatisch, indem man die Eigentumsverhältnisse, die Strukturen, die Gesetze und die Institutionen verändert; von grundlegender Bedeutung ist, von der Veränderung der Menschen auszugehen. Daher ist es unverzichtbar, den gesellschaftsumgestaltenden Prozess in seiner Integralität und Vielsimensionalität aufzufassen.

Die politische Organisation: ein Schlüsselinstrument

Nichts von alledem erreicht man spontan, man braucht eine politische Organisation, die fähig ist, die notwendigen politischen Aufgaben zu erfüllen, das heißt den sozialen und politischen Akteuren zu ermöglichen, die notwendigen und möglichen Übereinstimmungen und Verknüpfungen der verschiedenen Elemente der politisch-kulturellen Auseinandersetzung mit der herrschenden Hegemonie aufzubauen.

Die Neukonzipierung der sozialen Transformation und damit auch des Übergangs, den diese erfordert, verlangt auch eine Neudefinition des Typs der politischen Organisation, die dafür notwendig ist, und ihrer politisch-sozialen Rolle, wobei man ihren Charakter als *politisches Instrument* der Völker betonen muss, das dazu bestimmt ist, ihre eigenschöpferische Rolle und ihre politische Partizipation für die bestmögliche Verwirklichung der gestellten Ziele zu organisieren und zu lenken, nicht als ein Apparat des Überbaus, der sie ersetzen soll.

Die politische Organisation ist nicht das »politische Subjekt« des Wandels, sondern das politische Instrument der Völker, um die von ihnen definierten Ziele zu erreichen. Übereinstimmend damit er-

scheint es zumindest beschränkt, sich die organisatorischen Alternativen zu denken, indem man die Politik und das Politische der Aktion der Parteien zuschreibt, ob sie sich nun als »Avantgarde« betrachten oder nicht. Die soziale und politische Situation, die den Kontinent in Bewegung bringt, fordert eine Erneuerung der Sicht und der Überlegungen über die sozialtransformatorischen Prozesse, ihre Perspektiven, die Dimension des politischen Handelns unterschiedlicher sozialer Akteure, das Verhältnis zwischen den sozialen Volksbewegungen und den linken Parteien, die noch überlebt haben. Ebenso wie seine Akteure ergibt sich auch der Weg des politischen Handelns aus der Verkettung der sektoriellen und intersektoriellen politischen Kämpfe für nächstliegende Forderungen. Alles das steht in direkter Beziehung zu der Ausarbeitung alternativer Vorschläge, der Praxis, die sie verwirklicht, und dem Denken, das sie kritisch reflektiert und ihnen die Richtung weist.

Es geht nicht darum, die vorhandene Macht zu übernehmen

Im Prozess der Konfrontation mit der herrschenden hegemonialen Macht des Kapitals entfalten die Volkssektoren zugleich ihre Fähigkeiten zum Aufbau von Macht (Wissen, Organisation, Bewusstsein), zur Sammlung und territorialen Positionierung der Kräfte, zur Entwicklung ihrer Kultur, politischen Organisation und eigenen Projekte. Sie entwickeln in diesen Prozessen ihre Fähigkeiten zur Handhabung und Verwaltung des Eigenen (Regierung), bauen eigene Macht auf und beginnen sie im gleichen Maße auszuüben. Das heißt: Die Macht wird in dem Maße übernommen, wie sie aufgebaut wird; *man übernimmt das, was man aufbaut*. Es handelt sich, kurz gesagt, um einen *Prozess der kollektiven Ermächtigung* und zugleich der des Einzelnen.

Aus dieser Sicht erscheinen Aufbau der Macht oder Übernahme der Macht nicht als einander ausschließende Wege. Es ist freilich eine in Windungen verlaufende und komplizierte Vorwärtsbewegung, in der die Macht aufgebaut und in diesem Sinne erobert wird, indem man so viel Macht ausübt, wie man ausüben kann, und alles verändert, was möglich ist: Gesetzgebung, Institutionen, Funktionsweise und Entscheidungsübernahme, wobei neue demokratische Formen und demokratische, partizipative Inhalte entwickelt werden, die es ermöglichen, kollektiv und bewusst zum Neuen zu gelangen, in dem Maße, wie es aufgebaut wird.⁷

Das setzt die Herausbildung eines sozialen Prozesses voraus, der untereinander verbunden und auf die Überwindung des Kapitalismus gerichtet ist und der sich auf eine (neue) eigene alternative Logik gründet, die ebenfalls aufgebaut werden muss. Er erfordert den organisierten Willen und die bewusste Beteiligung aller sozialen Akteure. Erstens, weil ihre kritische und umgestaltende Tätigkeit den Prozess selbst ausmacht, und zweitens, weil die angestrebte Gesellschaft *mit der schöpferischen Partizipation* des ganzen Volkes, das sich als kollektiver Akteur, als Protagonist des Prozesses (Subjekt) konstituiert, entworfen und errichtet werden muss.

Daraus ergibt sich der revolutionäre Inhalt und die Reichweite der Konzeption für die Transformation der Gesellschaft und den Aufbau der (neuen) Macht, der neuen Gesellschaft von unten und vom Heute

7 Im Kapitalismus ist die Macht eine Art makrosoziale Wechselbeziehung (Wechselbeziehung von Wechselbeziehungen), die politisch und sozial die gesellschaftlichen Beziehungen, die sich aus der strukturellen Gegenüberstellung Kapital-Arbeit ergeben, zugunsten der Interessen des Kapitals synthetisiert. Diese Gegenüberstellung bestimmt von Grund auf den Klassencharakter der Wechselbeziehungen zwischen den Polen, die diesen Widerspruch bilden, der Kämpfe um die Hegemonie und die Herrschaft wie auch des Widerstandes und der Opposition dagegen. In diesem konkreten Antagonismus entwickeln sich Dynamiken, die in jedem Moment ein bestimmtes Kräfteverhältnis zugunsten des einen oder des anderen Pols darstellen und definieren, ein Kräfteverhältnis, das in der gesamten Gesellschaft wirkt (empfunden wird).

aus: Es gibt kein Nachher in Bezug auf die Aufgaben, Herangehensweisen und Haltungen. Das Neue, wenn auch noch in bruchstückhafter und keimhafter Form, wird vom Heute aus in Angriff genommen und aufgebaut, in jeder Widerstandsaktion und jedem sozialen Kampf, mit dem man sich dem Kapital entgegenstellt, und es entwickelt und vertieft sich im ganzen Prozess der Transformation. Dabei spielt das Beispiel die zentrale politisch-pädagogische Rolle. Es ist entscheidend, dass diejenigen, die politische und soziale Führungsverantwortung übernehmen, nicht vergessen: Ihre politische und soziale Handlungs- und Verhaltensweise wiegt mehr als tausend Worte.

Eine neue politische Kultur ist notwendig

Ein Punkt ist klarzustellen: Es geht weder darum, die Macht, die existiert, zu übernehmen noch sich darauf zu beschränken, sie auszuüben, durch Wahlen in ihre parlamentarischen und Regierungsbereiche auf nationaler oder lokaler Ebene zu gelangen; der gesellschaftliche Wandel erfordert, mit der Kapitalmacht und ihrer Funktionslogik, ihren Mechanismen der Hegemonie und Beherrschung Schluss zu machen. Und diese Möglichkeiten schafft man sich, wenn man eine neue Kultur, neue soziale, kollektive, kommunale Wechselbeziehungen herausbildet und auf dieser Basis eigene Macht heranwächst, die mit der Beteiligung aller geschaffen und entwickelt wird, so dass sich ihre Unabhängigkeit im Denken und Handeln entfalten kann, die so zur individuellen und kollektiven Befreiung führt.

Wenn man mit der gleichen Kultur, die das Kapital charakterisiert, zur Macht gelangt, dann reproduzieren sich über kurz oder lang seine Funktionsweisen, seine vertikalistische, autoritäre, ausbeuterische, diskriminierende, ausschließende und entfremdende Logik. Es ist daher lebenswichtig, zu verstehen, dass *der Aufbau eigener Macht die Schaffung und den Aufbau einer neuen Kultur* bedingt; die neue Macht kann sich nicht darauf beschränken, eine »Gegenmacht« darzustellen. Es ist ein Weg des Heranreifens neuer und in diesem Sinne befreiender Werte und Beziehungen. Daraus ergibt sich der zentrale Stellenwert, den in diesem Prozess die gleichzeitige und ständige Austragung der politisch-kulturellen Auseinandersetzung besitzt. Diese stellt einen komplexen Prozess der Transformation-Schöpfung-Reifung-Herausbildung der neuen Volksmacht (der verschiedenen Erscheinungsformen von Volksmacht) dar. Und genau deshalb, neben anderen Gründen, umfasst die Überwindung des Kapitalismus einen langen Prozess des Übergangs zum Neuen.

Es handelt sich um einen umfassenden Transformationsprozess: auf sozialer, ökonomischer, politischer, kultureller, ethischer, juristischer Ebene usw., alles wird untereinander verbunden umgestaltet in einem Prozess, der durch die bewusste Haltung und Aktivität des kollektiven Akteurs gekennzeichnet ist, der diesen Wandel vorantreibt. Es geht nicht darum, zuerst eine Etappe zu planen (und zu durchschreiten), die dazu bestimmt ist, die ökonomischen Grundlagen aufzubauen, dann eine andere, die dem kulturellen Wandel gewidmet ist. Es gibt keine voneinander getrennten Etappen, die nach ihrem Durchschreiten – in zeitlicher Reihenfolge – als Ergebnis die

neue Gesellschaft ergeben; im Sozialen ist das Ganze nicht die Summe der Teile, außer wenn man es in dialektischer Weise als untereinander verbunden versteht, als gegenseitig bedingt, wechselseitig voneinander abhängig, wechselseitig bestimmt.

Nur auf einem integralen Wege wird man vorankommen können (in integraler Weise) zu einer befreienden, die Entfremdung aufhebenden Gesellschaft – die das nur sein kann, wenn sie die Selbstentfremdung aufhebt –, eine Gesellschaft, die neue Männer und Frauen formt, die die angestrebte Utopie entwerfen und aufbauen.

Literatur

- Samir Amin: *Miradas a un medio siglo, 1945-1990*. (Blick auf ein halbes Jahrhundert, 1945-1990, span.), Plural-Iepala, La Paz 1999.
- Antonio Gramsci: *Cuadernos de la cárcel*. Edición crítica completa a cargo de Valentino Gerratana. (Gefängnishefte, vollst. Ausgabe, kritisch hrsg. v. Valentino Gerratana, span.), Ediciones ERA-Universidad Autónoma de Puebla, México 2001.
- Carlos Marx y Federico Engels: *La ideología alemana*. Obras Escogidas en tres Tomos, Tomo I. Editorial Progreso, Moscú (1976). (Marx/Engels, Die deutsche Ideologie, Ausgew. Werke in 3 Bd., Bd. 1, span., Verlag Progreso, Moskau 1976)
- István Mészáros: *Más allá del capital*. (Über das Kapital hinaus, span.) Vadell Hermanos Editores, Caracas 2001.
- Isabel Rauber: *Sujetos Políticos*. (Politische Subjekte, span.) Desde Abajo, Bogotá 2006.
- Dieselbe: *Movimientos sociales, género y alternativas populares en Latinoamérica y El Caribe* (Soziale Bewegungen, Geschlecht und Volksalternativen in Lateinamerika und der Karibik, span.), in: *Itinéraires*, No. 77, 2005, IUED, Ginebra.
- Dieselbe: *Movimientos sociales y representación política*. Articulaciones. Ciencias Sociales, La Habana 2004.
- Dieselbe: *Caminos de la transformación, pensarlos y construirlos desde abajo* (Wege der Transformation denken und von unten aufbauen, span.), in: *Archivo de Pasado y Presente XXI*, Santo Domingo 2004.
- Dieselbe: *Actores sociales, luchas reivindicativas y política popular* (Soziale Akteure, Kämpfe für Tagesforderungen und Politik für das Volk, span.), Ediciones UMA, Buenos Aires 1997.

WINFRIED ROTH

»So können wir nicht länger leben!«

Zum 100. Jahrestag der demokratischen Revolution in Russland 1905-1907

Die gescheiterte demokratische Revolution in Russland von 1905 bis 1907 gehört zu den dramatischsten und folgenreichsten Ereignissen zu Beginn des 20. Jahrhunderts. In den Jahren zuvor hatten sich im Zarenreich die innenpolitischen Gegensätze immer weiter verschärft. Der Versuch des Regimes, 1904 durch einen Krieg gegen Japan von ihnen abzulenken, endete überraschend mit einer russischen Niederlage. Am 9. Januar 1905 wurden in der Hauptstadt mehrere hundert unbewaffnete Demonstranten vom Militär erschossen. Daraufhin begann die Revolution. Auf die Welle von Kundgebungen, Streiks, Landbesetzungen und Meutereien reagierte der Staat schließlich mit dem Versprechen freier Wahlen. Die Revolution scheiterte an der Uneinigkeit der Opposition und an der militärischen Überlegenheit der Regierung. Es folgte eine Zeit blutiger Unterdrückung. Die Tragödie der Jahre 1905-1907 hatte wesentliche Bedeutung für Russlands Weg in den Ersten Weltkrieg und für die Oktoberrevolution von 1917.

Winfried Roth – Jg. 1952; studierte Volkswirtschaft und Soziologie, freier Publizist in Berlin; Arbeitsschwerpunkte: Sozialgeschichte, Wirtschaftspolitik, Stadtentwicklung; zahlreiche Veröffentlichungen (vor allem im Radio) zur russischen und sowjetischen Geschichte. e-mail: roth.ayamonte@web.de

Risse in den Fundamenten

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts war das russische Zarenreich der despotischste Staat Europas – ohne Verfassung, ohne Parlament, ohne unabhängige Justiz. Nikolai II. aus der Dynastie Romanow regierte von 1894 bis 1917 mit unumschränkter Macht. Der Herrscher war eine Persönlichkeit ohne Ausstrahlung, träge und überfordert. Starken Einfluss auf ihn hatten reaktionär gestimmte Berater wie der Großfürst Sergej Aleksandrowitsch oder der General Dmitri Trepow. Auch in der zaristischen Elite gab es vor 1905 einzelne »Modernisierer«, die von vorsichtigen Reformen eine Stabilisierung des Regimes erhofften. Der bekannteste: der Finanzminister Sergej Witte. Ihr Einfluss blieb aber gering.

Die Zaren stützten sich auf die adligen Großgrundbesitzer, auf die orthodoxe Staatskirche und auf eine Elite aus Bürokratie und Militär. Der Landadel verlor zwar langsam seine wirtschaftliche Macht, hielt aber verbissen an seiner politischen Vorrangstellung fest.

Mit beträchtlicher Verspätung gegenüber den anderen Großmächten hatte nach 1870 auch zwischen Weichsel und Ural die Industrialisierung begonnen. In rascher Folge entstanden Kohlengruben, Webereien, Werften und Maschinenfabriken. Das städtische Bürgertum – Rechtsanwälte, Professoren, Kaufleute, Industrielle, Bankiers – erlebte im Lauf weniger Jahrzehnte einen imposanten wirtschaftlichen Aufstieg. Dieses selbstbewusste Bürgertum verlangte immer energischer politische Mitspracherechte.¹

1 Im Lauf des 19. Jahrhunderts waren in Russland wiederholt kleine liberale oder sozialistische Oppositionsgruppen entstanden – vor allem unter der Intelligenz. Aber sie waren von der breiten Bevölkerung isoliert. 1881 wurde Zar Aleksandr II. bei einem Attentat getötet. Auch eine Reihe weiterer Anschläge gegen Verantwortliche des Regimes schwächten dieses kaum und änderten an der politischen Apathie der Bevölkerung nichts. Die bau-

Die große Mehrheit der russischen Bevölkerung – Bauern und Arbeiter – lebte am Anfang des 20. Jahrhunderts in Armut. Die Lebenserwartung war niedrig. Die meisten waren Analphabeten. Besondere Rechtlosigkeit traf die Frauen. Ein zentrales Problem waren die Konflikte zwischen den wenigen zehntausend Großgrundbesitzern und den achtzig Millionen überwiegend armen Bauern. Erst 1861 war die Leibeigenschaft aufgehoben worden und die Bauern hatten ihre persönliche Freiheit erhalten. Die Erinnerung an die Zeit der Leibeigenschaft steckte noch tief – damals konnten die Adligen »ihre« Bauern verkaufen wie Vieh. Es gab nur eine kleine Schicht von wohlhabenden Bauern. Das Ende der Leibeigenschaft hatte keineswegs zu einer Beseitigung der Armut geführt, die Mehrzahl der Bauern musste hohe »Ablösezahlungen« aufbringen, ihr Grundeigentum reichte kaum für die Selbstversorgung der Familien. Besonders schlecht war die Situation der vielen Landarbeiter, die ihren Besitz verloren hatten und nur zeitweilig Beschäftigung auf den großen Gütern fanden. Um 1900 wurde das Dorf zunehmend rebellisch.

In den rasch wachsenden Industriezentren sahen sich die Stahlwerker, Textilarbeiterinnen und Bergleute erbärmlichen Löhnen, gefährlichen Arbeitsbedingungen und diktatorischer Disziplin ausgeliefert. Der 12-Stunden-Tag war ebenso selbstverständlich wie Kinderarbeit.

Eine massive Wirtschaftskrise ließ die schon lange schwelenden sozialen und politischen Konflikte aufbrechen. In den Jahren nach 1895 erlebte das Reich Nikolais II. den teilweisen Zusammenbruch der Agrarmärkte, zahlreiche Unternehmensbankrotte und Massenarbeitslosigkeit. Bereits das Versagen der Regierung während einer Hungersnot 1891, die eine halbe Million Tote forderte, hatte Hass ausgelöst.

Eine demokratische Opposition entstand im Zarenreich erst spät. In Westeuropa waren das städtische Bürgertum und die Industriearbeiterschaft Vorkämpfer der liberalen Revolutionen für Menschenrechte, Volkssouveränität und demokratische Regierungsform gewesen. In Sankt Petersburg oder Moskau erschienen sie viel später in der politischen Arena als in Paris oder Berlin.²

Als durch den wirtschaftlichen Einbruch in den neunziger Jahren sich die ohnehin erbärmlichen Lebensbedingungen weiter verschlechterten, kam es zu größeren Streiks in den Industriezentren und zu Besetzungen von Großgrundbesitz durch Kleinbauern und Landarbeiter. Auch die Unzufriedenheit des Bürgertums und der Intelligenz wuchs – nicht nur wegen der Unterdrückungspolitik der Regierung, sondern auch wegen ihrer Wirtschaftspolitik, die die Interessen der Großagrarien bevorzugte.

In der Illegalität formierten sich neue oppositionelle Strömungen von rechtsliberal bis weit links sowie Gewerkschaften und eine kritische Presse. Vor 1905 gab es außer den illegalen, mehr oder weniger linksorientierten, auch christlich orientierte legale Gewerkschaften. Sie beschränkten sich auf bescheidene Forderungen nach höheren Löhnen und versicherten gleichzeitig ihre Loyalität zum Regime – das sie teilweise förderte. Diese gemäßigten Gewerkschaften sollten den sozialen Protest auffangen. Allerdings gerieten sie allmählich selbst unter den Einfluss der Radikalen.

erliche Mehrheit lebte in patriarchalischen Traditionen. In dieser hoffnungslosen Welt flackerten zwar immer wieder lokale Revolten auf, die das Militär in Blut erstickte. Aber die Bauern sahen ihre Gegner nur in den Großgrundbesitzern oder Gouverneuren. Der Zar in Sankt Petersburg dagegen war für sie eine fast mythische Gestalt – Gerechtigkeit erwarteten sie, wenn überhaupt, dann von ihm. Diese Haltung war sogar noch unter Teilen der Industriearbeiter verbreitet.

2 In der überaus rohstoffreichen, noch kaum erschlossenen Region von Nordchina bis zum Polarmeer gab es eine massive Interessenkollision zwischen Russland und Japan. Das »Reich der aufgehenden Sonne« hatte seit 1870 eine beispiellose Modernisierung erlebt. Der reaktionäre Militärstaat Japan verfolgte nun einen ähnlich expansiven Kurs wie Russland in Sibirien schon seit Jahrhunderten. Beide Mächte hofften auch auf eine koloniale Aufteilung des langsam zerfallenden Chinesischen Reiches.

Das industrielle Bürgertum und der überwiegende Teil der Intelligenz unterstützten liberale Ideen – liberale Parteien entstanden jedoch erst im Lauf der Revolution von 1905.

Schon 1898 wurde die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Russlands gegründet, 1901 die Sozialrevolutionäre Partei. Einflussreichste Partei unter den städtischen Industriearbeitern wurden – ungeachtet ihrer geringen Mitgliederzahl – die marxistischen Sozialdemokraten, die sich bald in die Fraktionen der eher reformistischen Menschewiki und der radikaleren Bolschewiki spalteten. Auch manche Intellektuelle schlossen sich den Sozialdemokraten an. Zu den Wortführern gehörten Wladimir Iljitsch Lenin bei den Bolschewiki, Fjodor Dan und Julij Martow bei den Menschewiki. Die »alternative Elite« gerade der Bolschewiki war strikt autoritär organisiert – Ausdruck der Erfahrungen von Illegalität und Konspiration. Bauern und Landarbeiter unterstützten eher die nichtmarxistische Linke, vor allem die von Michail Goz und Wiktor Tschernow geführte »Partei der Sozialrevolutionäre«. Ihre zentrale Forderung lautete »Das Land dem, der es bearbeitet«. Mit den Liberalen war die Linke sich einig in der Forderung nach politischer Demokratie. Ihren Vorstellungen nach sollte aber auf längere Sicht eine sozialistische Umwälzung folgen – mit der Vergesellschaftung des Großgrundbesitzes, der Industrie und der Banken.

Krieg als Ausweg

Um von der innenpolitischen Krise abzulenken, suchte das Regime schließlich den Konflikt mit dem Kaiserreich Japan, dem Rivalen um die Vorherrschaft in Ostasien.³ Der Krieg begann am 26. Januar 1904. Er verlief für das Zarenreich von Anfang an ungünstig und endete in einer militärischen Katastrophe. Es war die bis dahin wichtigste Niederlage einer europäischen Macht gegenüber einem nicht-europäischen modernen Staat.

Auch die Hoffnung auf ein Vergessen der innenpolitischen Konflikte in einem »nationalen Rausch« erwies sich als Illusion. Weite Teile der Bevölkerung empfanden den Krieg als imperialistisches Abenteuer. Er verstärkte die revolutionäre Stimmung noch. Die Ablehnung des Krieges verschmolz mit weiteren politischen und sozialen Forderungen – nach dem Achtstundentag, Versammlungs- und Organisationsfreiheit und freien Wahlen.

Die politische Mitte in Sankt Petersburg, Moskau oder Kiew war gegen und zugleich für den Krieg. Einerseits hielt man ihn für mehr oder weniger unausweichlich. Wie der Zar behauptete auch die gemäßigte Opposition »lebenswichtige wirtschaftliche und strategische Interessen« Russlands in der Pazifikregion. Auch die Liberalen propagierten eine »Verteidigung der europäischen Zivilisation gegen die asiatische Gefahr«. Andererseits kritisierten sie die unzulängliche Vorbereitung des Krieges und die militärische Inkompetenz der Regierung. Eine überlebte Staatsform, so hieß es, gefährde Russlands Zukunft als Großmacht. Die Linke lehnte den Krieg aus anderen Gründen ab. Er sei eine Auseinandersetzung zwischen den Großgrundbesitzern und Industriellen Russlands und Japans zu Lasten der breiten Bevölkerung beider Länder. Seit dem Sommer 1904 kam es in Russland zu Meutereien und ausgedehnten Streiks.

3 Nach westlicher Zeitrechnung war es der 8. Februar – in Russland galt bis 1918 ein um zwei Wochen abweichender Kalender.

Im August 1905 stimmte das Zarenregime einem Waffenstillstand zu. Es musste kohle- und erdölbreiche Gebiete in Ostsibirien an Japan abtreten. Dafür konnte es die Armee ungehindert gegen die mittlerweile losgebrochene Revolution einsetzen.

Der »Blutsonntag«

Anfang 1905 hatten sich die Unruhen zu einer Revolution ausgeweitet. Am 9. Januar – nach westlichem Kalender dem 22. Januar – schossen Soldaten Demonstranten in Sankt Petersburg nieder. Über einhunderttausend Menschen waren auf die Straße gegangen. Ähnlich wie in Paris 1789 oder in Berlin, Mailand und Wien 1848 betrat in der russischen Hauptstadt »das Volk« die historische Bühne.⁴

Die Initiative zu der Aktion hatten die christlichen Gewerkschaften ergriffen. Nikolai II. sollte eine Art Manifest überreicht werden – ein anklagender und zugleich seltsam vertrauensvoller Text mit der Forderung nach sozialen Reformen und der Einberufung einer Verfassunggebenden Versammlung. An der Spitze der Demonstration ging der orthodoxe Priester Georgij Gapon.⁵ Hinter ihm trugen Arbeiter ein großes Porträt Nikolais II. und ein Transparent »Soldaten, schießt nicht !«

Als sich in der Mittagszeit des 9. Januar immer mehr Demonstranten auf dem Platz vor dem Winterpalast versammelten, gaben Offiziere Feuerbefehl. Die Soldaten schossen zuerst in die Luft, kurz danach zielten sie auf die unbewaffnete Menge. Hunderte, auch Frauen und Kinder, stürzten getroffen in den Schnee. Auch in anderen Stadtteilen Sankt Petersburgs kam es zu Zusammenstößen. Insgesamt gab es am »Blutsonntag« mehrere hundert Tote und Tausende von Verletzten – die genauen Zahlen sind nicht bekannt. Nikolai II. hatte die Hauptstadt schon am Vortag verlassen. Aber er rechtfertigte danach das Handeln seiner Armee.⁶

Russland in der Revolte

Der Petersburger »Blutsonntag« war die Initialzündung der Revolution. Dem Schock folgte im ganzen Land eine Welle von Demonstrationen und Streiks, mit immer radikaleren Forderungen. Bei den Protesten kam es zu Zusammenstößen mit Polizei und Militär, manchmal zu bürgerkriegsähnlichen Kämpfen – mit Tausenden von Opfern.⁷

Aufstände brachen auch in den von anderen Nationalitäten bewohnten Randgebieten des Reiches los – etwa im russisch besetzten Teil Polens, in Lettland, in Finnland und im Kaukasus. Dort gerieten weite Teile Georgiens über ein Jahr lang unter die Kontrolle der sozialdemokratisch geführten Opposition. In diesen Gebieten vermischten sich nicht selten Forderungen nach Demokratie und sozialer Gerechtigkeit mit einem militanten »Nationalismus der Unterdrückten«. Ihr Hass richtete sich nicht allein gegen die Zarenregierung, sondern gegen »die Russen« allgemein.

Es gab sogar Meutereien in den Streitkräften. Die Revolte der Matrosen auf dem Panzerkreuzer »Fürst Potjomkin« im Schwarzen Meer im Juni 1905 wurde durch Sergej Eisensteins 1925/26 gedrehten Spielfilm zum Mythos. Die erhoffte Ausweitung der Meuterei von der »Potjomkin« auf die gesamte Schwarzmeerflotte blieb allerdings aus.⁸

4 Es war eine friedliche Demonstration. Gekommen waren an diesem Sonntag vor allem die Arbeiter Sankt Petersburgs. Viele hatten ihre Frauen und Kinder mitgebracht. Manche trugen Heiligenbilder in den Händen. Noch immer war der Mythos vom »guten Zaren« lebendig.

5 Dieser Petersburger »Arbeiterpriester«, der eine zentrale Rolle in der christlichen Gewerkschaftsbewegung spielte, war eine farbige, undurchschaubare Persönlichkeit, ein charismatischer Redner. Er wurde zum populärsten Führer der beginnenden Revolution.

6 Georgij Gapon blieb unverletzt. Unmittelbar nach dem Massaker sagte er fassungslos immer wieder: »Es gibt keinen Gott mehr. Es gibt keinen Zaren.«

7 Aufsehen erregte auch eine von der Sozialrevolutionären Partei organisierte Terrorkampagne. Ihr fielen Dutzende Vertreter des Regimes zum Opfer. Unter ihnen waren Polizeioffiziere und Gouverneure, Minister und Generäle. Die Terroristen stießen in der Öffentlichkeit weithin auf Sympathie, selbst in Teilen des liberalen Bürgertums. Man sah in ihrem Vorgehen eine legitime Antwort auf den Terror des Staates.

8 Während die revolutionäre Bewegung in den Großstädten überwiegend diszipliniert verlief, entwickelte sie sich auf dem Land oft chaotisch. Hier existierten kaum oppositionelle Organisationen, das politische Bewusstsein der Bauern war gering. Die Revolution hatte auch eine schmutzige Seite. Die Bau-

ern besetzten nicht nur das Land der Großgrundbesitzer und teilten es auf. Die Grausamkeit, mit der die »Herrschaften« jahrhundertlang die Bauern unterdrückt hatten, schlug nun auf sie zurück. Es kam zu Morden, zu bestialischen Misshandlungen, zu Vergewaltigungen. Gutshöfe wurden verwüstet, landwirtschaftliche Maschinen zerstört, Bibliotheken begeistert verbrannt. Es gab aber auch »konstruktives« Handeln auf dem Land. Die Initiative ging gewöhnlich von jüngeren Bauern aus, die eine Zeitlang in der Stadt gearbeitet hatten. In vielen Dörfern entstanden Erste-Hilfe-Stützpunkte, Schulen und Genossenschaften, die moderne Agrartechnik einführten. In einigen Regionen Südrusslands, den sogenannten Bauernrepubliken, löste sich die zaristische Verwaltung völlig auf. Ein folgenschweres Defizit: die Aktionen in den Städten und auf dem flachen Land waren kaum koordiniert.

9 Viele bekannte Künstler solidarisierten sich mit der Opposition, so die Schriftsteller Maksim Gorki und Leonid Andrejew oder der Komponist Nikolai Rimski-Korsakow.

10 Am einflussreichsten war der Petersburger Sowjet. Dabei existierte er nicht einmal drei Monate lang. An den Wahlen im Oktober 1905 beteiligte sich etwa die Hälfte der Arbeiter und Arbeiterinnen der Hauptstadt. Unter den 562 Delegierten waren gerade sechs Frauen. Von den fünfzig Mitgliedern des Exekutivkomitees waren je sieben Menschewiki, Bolschewiki und Sozialrevolutionäre, die Mehrheit war parteilos. Die herausragende Persönlich-

Erst mit Verzögerung erfasste die Revolution auch das flache Land, wo die Mehrheit der Bevölkerung lebte. Der Sommer 1905 brachte die massenhafte Verweigerung von Pachtzahlungen und die Besetzung von Großgrundbesitz durch Kleinbauern und Landarbeiter.

Die russische Gesellschaft veränderte ihr Gesicht. Im Lauf des Jahres 1905 erfasste die revolutionäre Stimmung selbst Kellner, Bankangestellte oder Schauspieler. Es gab militante Aktionen von Studenten, zeitweise schloss die Regierung die Universitäten.⁹

»So können wir nicht länger leben !« – dieser immer wieder zu hörende Slogan fasste die Unzufriedenheit in der Bevölkerung zusammen. Innerhalb weniger Monate entstand in Russland eine demokratische Öffentlichkeit, eine einflussreiche oppositionelle Presse. Hunderttausende engagierten sich in Gewerkschaften und Parteien, die neu entstanden oder – wie Sozialdemokraten und Sozialrevolutionäre – erstmals offen auftreten konnten.

Die liberale Strömung der russischen Gesellschaft formierte sich zum ersten Mal im Lauf des Jahres 1905 zu Parteien. Am wichtigsten waren die linksliberalen »Konstitutionellen Demokraten« – nach der Abkürzung »KD« auch »kadety« – »Kadetten« genannt. Bei ihnen engagierten sich viele Angehörige der städtischen Intelligenz – Lehrer, Rechtsanwälte oder Ingenieure. Zu den bekanntesten Persönlichkeiten der »Kadetten« gehörten Pawel Miljukow und Iwan Petrunkewitsch. Rechtsliberal eingestellt war die »Zentrumspartei« – unter ihren Wortführern waren Industrielle, Großkaufleute und Bankiers.

Die von der gesamten Opposition vertretenen politischen Forderungen waren: Organisations- und Pressefreiheit, Amnestie für die politischen Gefangenen, Wahlen zu einer Verfassungsgebenden Versammlung. Über die notwendigen sozialen Reformen gab es zwischen Liberalen und Linken allerdings ganz unterschiedliche Vorstellungen. Sie waren zerstritten über die Zukunft des Großgrundbesitzes und die Einführung des Achtstundentags, erst recht mit Blick auf die Entscheidung zwischen einem kapitalistischen und einem sozialistischen Wirtschaftssystem.

Unabhängig von den Parteien entwickelte sich 1905 in Russland eine neue politische Organisationsform – die »Sowjets«. Zwölf Jahre später, im Revolutionsjahr 1917, gewannen sie – die »Räte der Arbeiter, Bauern und Soldaten« – zentrale Bedeutung. Der erste Sowjet entstand im Mai 1905 in der Stadt Iwanowo-Wosnessensk in der Region Moskau, als sich Streikkomitees verschiedener Betriebe zusammenschlossen. Ende 1905 gab es in etwa fünfzig Städten solche »Sowjets«. Sie wurden gewissermaßen lokale Gegenregierungen, sie stellten bewaffnete Einheiten auf, kontrollierten Lebensmittelpreise und Mieten, gingen gegen Plünderungen vor, führten den Achtstundentag in den Fabriken ein.¹⁰ Die Sowjets stützten sich in erster Linie auf Industriearbeiter und Eisenbahner, sie waren nicht repräsentativ. Dennoch waren sie ein wichtiger Teil der Demokratiebewegung, solange es keine gewählten Vertretungen der gesamten Bevölkerung gab.

Ihren Höhepunkt erreichte die Revolution im September/Oktober 1905 mit einem politischen Generalstreik. Der Regierung Niko-lais II. verlor allmählich die Kontrolle über das Land, der Weg zur Demokratie schien offen.

Das »Freiheitsmanifest« des Zaren

Nach dem »Blutsonntag« setzte die Regierung lange vor allem auf Gewalt.¹¹ Erst während des wochenlangen Generalstreiks im Herbst ging Nikolai II. zu einer flexibleren Politik über. Am 9. Oktober suchte der langjährige Finanzminister Graf Sergej Witte, ein kluger und weitblickender Politiker, den Zaren auf und warnte ihn vor einer möglichen Katastrophe für das Regime. Witte hatte ein Manifest entworfen: es versprach bürgerliche Freiheiten, freie Wahlen, ein Parlament und eine Verfassung. Er glaubte, nur durch teilweises Nachgeben lasse sich ein Umsturz noch verhindern. Er hielt einen Kompromiss mit den liberalen Parteien für möglich. Er überzeugte den Zaren nur mit Mühe von der Notwendigkeit des »Freiheitsmanifests«.¹²

Am 17. Oktober 1905 wurde die Deklaration mit der Unterschrift des Zaren veröffentlicht. Nicht nur Parlamentswahlen wurden versprochen. Die Regierung lockerte auch die Zensur und hob das weitgehende Verbot der Sprachen der ethnischen Minderheiten auf. Große Teile der Öffentlichkeit nahmen dieses Manifest mit Begeisterung auf, der Generalstreik wurde abgebrochen. Die rechtsliberale Zentrumspartei sah mit der Erklärung des Zaren ihre Ziele schon erreicht und scherte aus der Opposition aus. Die Partei erhielt den populären Namen »Oktobristen«. Für Nikolai II. oder General Trepow war das Manifest nur ein Manöver, um Zeit zu gewinnen und die Opposition zu spalten. Sie wollten die Zugeständnisse möglichst rasch wieder rückgängig machen. Die radikale Opposition warnte vergeblich vor Illusionen.

Am 20. Oktober 1905 ernannte Nikolai II. Sergej Witte zum Ministerpräsidenten. Witte – niederländischer Herkunft, ursprünglich Eisenbahnfachmann – war ein Vertreter des aufstrebenden Bürgertums. Viele sahen in ihm einen »heimlichen Liberalen«. War der von Witte proklamierte Kurswechsel nur ein Täuschungsversuch? Der Zar konnte nur überleben, indem er ein Manifest versprach und Witte formulierte es. Dennoch sah er deutlich die Notwendigkeit, dass die zaristische Machtbasis verbreitert werden müsste.

Staatsterror

Seit dem Oktober 1905 kam es zu einer verhängnisvollen Spaltung von liberaler und sozialistischer Opposition. Auch nach der Ankündigung der Reformen blieben die linksliberalen Konstitutionellen Demokraten in der Opposition – anders als die kleinere rechtsliberale Partei der Oktobristen. Die »Kadetten« gingen aber zunehmend auf Distanz zur Linken, sie hielten einen friedlichen Übergang zur Demokratie für möglich, sie glaubten an die Kompromissbereitschaft der Regierung Witte. Über die Absichten Nikolais II., General Trepows und der meisten anderen Vertreter der zaristischen Elite täuschten sie sich zweifellos.

Den Sozialdemokraten und Sozialrevolutionären war eine demokratische Verfassung nicht genug. Sie wollten auf lange Sicht mehr: eine sozialistische Umgestaltung Russlands – mit der Vergesellschaftung von Grund und Boden, von Fabriken und Banken. Die Liberalen vertraten gerade auch die Interessen des modernen industriellen Unternehmertums. Sie sahen daher mit Misstrauen die zunehmende Radikalisierung der Arbeiterbewegung.

keit dieses Sowjets war ein Intellektueller, der erst 26jährige Sozialdemokrat Lew Trotzki – ein dynamischer, etwas arroganter Journalist, ein mitreißender Redner.

11 Angesichts der zunehmenden Unruhen hieß es im Mai 1905, die Wahl einer »Beratenden Versammlung« sei denkbar. Nur eine wohlhabende Elite, wenige Prozente der Bevölkerung sollten an dieser »Wahl« teilnehmen dürfen. Die Öffentlichkeit reagierte mit Spott. Eine populäre Karikatur zeigte einen ausgemergelten angeketteten Hund, vor und nach der Wahl – danach war seine Kette ein Stück länger.

12 Unterstützung erhielt er von einigen führenden Militärs – sogar von dem als »Die Bestie« bekannten General Trepow, der nüchtern sah, dass im Augenblick eine gewaltsame Lösung aussichtslos war.

Nicht nur die Spaltung zwischen Liberalen und Linken spielte der Regierung in die Hände. Nach dem Oktober-Manifest kam es zu einem Ausbruch rechter Gewalt »von unten«. In den Monaten zuvor hatten sich in Russland erstmals reaktionäre Massenorganisationen formiert. Am einflussreichsten wurde der »Bund des russischen Volkes« – allgemein »die Schwarzhunderter« genannt, da ihre Aktivisten schwarze Kleidung bevorzugten. Ihre Anführer waren gewöhnlich Intellektuelle, Beamte oder Offiziere. Die Mehrzahl der Mitglieder kam aus dem städtischen Kleinbürgertum – Händler, Gastwirte, Hausmeister. Andere waren Gelegenheitsarbeiter oder Kleinkriminelle. Das Auftreten der Schwarzhunderter war auch eine Misstrauenserklärung reaktionärer Kräfte an dem »zu liberalen« Witte.

Das Regime hatte bis dahin auf eine eigene »Massenorganisation« verzichtet. Die Schwarzhunderter – halb Bewegung, halb Partei – wurden nun vom Adel finanziell unterstützt, auch von Nikolai II. persönlich. Von der Polizei erhielten sie Informationen und Waffen. Ihr Hass richtete sich gegen Liberale und Sozialisten, besonders aber gegen die jüdische Minderheit – die »Christusmörder« seien die Drahtzieher der Revolution.¹³

Gleichzeitig begannen die Schwarzhunderter eine demagogische Kampagne gegen jüdische Unternehmer – gegen »gewissenlose Ausbeuter«, wie es hieß. Sie versuchten so, den sozialen Protest in eine neue Richtung zu lenken. Vom Herbst 1905 an organisierten diese Rechtsradikalen unzählige Übergriffe auf Oppositionelle und auf Angehörige nichtrussischer Minderheiten. Vor allem waren sie verantwortlich für antijüdische Pogrome mit etwa viertausend Opfern.¹⁴

Die Schwarzhunderter waren antiliberal, antisozialistisch und vertraten einen militanten Nationalismus und Antisemitismus. Unter den zahlreichen Vorläufern der faschistischen Bewegungen in Europa vor 1918 waren sie wahrscheinlich am einflussreichsten. Ende 1906 hatten die Schwarzhunderter etwa dreihunderttausend Mitglieder – mehr als jede andere Partei in Russland.

Die Gegenrevolution kam in Gang, während die Regierung sich nach der Veröffentlichung des »Freiheitsmanifests« noch zurückhaltend gab. Die Linke blieb misstrauisch. Am 3. Dezember gelang es der Regierung jedoch, die führenden Vertreter der Linken Sankt Petersburgs zu verhaften. In der Hauptstadt gab es überraschend wenig Widerstand. In Moskau dagegen brachen Unruhen aus, die Arbeiter der großen Fabriken bewaffneten sich. Am 12. Dezember kontrollierten die Aufständischen unter Führung von Sozialdemokraten und Sozialrevolutionären den größten Teil der Metropole.

Der Aufstand endete mit einer Niederlage. Die Liberalen lehnten ihn ab, es gab kaum Unterstützung außerhalb der Stadt, einige Meutereien im Militär brachen zusammen. Die Linksparteien hatten ihre Stärke folgeschwer überschätzt. Die Armee setzte Artillerie gegen die Barrikaden ein, deren Verteidiger nur mit Gewehren und improvisierten Sprengladungen bewaffnet waren. Schon am 18. Dezember war die Revolte niedergeschlagen.¹⁵

Das war der Wendepunkt der Revolution. Keine drei Monate nach dem »Freiheitsmanifest« ging die Regierung zur Gegenoffensive

13 In der russischen Opposition um 1905 spielten einige Juden eine herausragende Rolle – etwa Maksim Winawer bei den »Kadetten«, Michail Goz bei den Sozialrevolutionären und Lew Trotzki bei den Sozialdemokraten. Allerdings war die jüdische Minderheit im Zarenreich kaum revolutionärer eingestellt als die Bevölkerungsmehrheit.

14 Eine bedeutende Rolle in ihrer Propaganda spielten die »Protokolle der Weisen von Zion« – eine Fälschung, die die These von einer »jüdischen Weltverschwörung« aufstellte. Das Buch war bereits einige Jahre zuvor im Umfeld des zaristischen Geheimdienstes entstanden, wurde jetzt aber in Massenaufgabe verbreitet.

15 Es gab über tausend Tote, darunter viele unbeteiligte Zivilisten. Hunderte Aufständische wurden unmittelbar nach ihrer Gefangennahme auf Fabrikhöfen und Straßen erschossen.

über – zunächst nur gegen die linke Opposition. Es folgten Massenverhaftungen, Hinrichtungen, das Verbot sozialistischer Organisationen. Viele Aktivisten gingen in den Untergrund oder ins Exil. Eine absurde Situation: all das geschah, während der Wahlkampf für das erste russische Parlament anlief, das im April 1906 zusammentreten sollte. Witte versuchte die Hardliner zu mäßigen, war aber für den Staatsterror mitverantwortlich.

Das Scheitern der Revolution

Noch vor dem ersten Jahrestag des »Blutsonntags« war die demokratische Revolution in Russland gescheitert. Hauptgründe waren die eindeutige militärische Überlegenheit des Regimes und die Zersplitterung der Opposition. Es gelang der Demokratiebewegung nicht, größere Teile der Streitkräfte auf ihre Seite zu ziehen.

Nicht nur Liberale und Linke gingen getrennte Wege. Auch zwischen den Aktionen der Industriearbeiter und der städtischen Intelligenz einerseits und den Revolten auf den Dörfern andererseits gab es kaum eine Koordination – ebensowenig zwischen den Sowjets der verschiedenen Städte. Die nationalistische Opposition in der Ukraine, Polen oder Aserbaidshan handelte »auf eigene Rechnung«, da sie auch mit einem demokratischen Russland nichts mehr zu tun haben wollte. All das sicherte das Überleben des Zarenregimes.

Es dauerte nach dem Moskauer Aufstand noch anderthalb Jahre, bis die Revolution im Sommer 1907 endgültig niedergeworfen war. Die Regierung nahm die demokratischen Zugeständnisse nach und nach zurück. Die Liberalen wurden an den Rand der Illegalität gedrängt, die linken Parteien, die Gewerkschaften und die Bauernbewegung brutal unterdrückt. Es kam zu zahlreichen Massakern »von Staats wegen«.

In der Zeit der beginnenden Gegenrevolution konstituierte sich im Frühjahr 1906 das erste russische Parlament. Das war nicht so sehr ein Erfolg der Demokratiebewegung, eher ein Versuch des Regimes, die Opposition für eine Weile abzulenken. In allen wesentlichen Fragen behielt der Zar sich das »letzte Wort« vor, er ernannte und entließ die Regierung. Dennoch war dieses Parlament, die »Duma« – deutsch »Ratsversammlung« – in den ersten anderthalb Jahren eine Tribüne der Opposition.

Bis 1914 gab es vier Mal Parlamentswahlen. Aber allein schon das – immer weiter verschärfte – ungleiche Wahlverfahren machte die Duma zum Zerrbild einer Volksvertretung und garantierte ab Mitte 1907 loyale Mehrheiten.¹⁶

Der Ministerpräsident Sergej Witte befürchtete bereits Ende 1905, vom Zaren nur als Strohmann benutzt zu werden. Im April 1906 drängte Nikolai II. ihn zum Rücktritt und ersetzte ihn durch den betont reaktionären Politiker Iwan Goremykin.

Angesichts der Gegenoffensive des Regimes gingen die Liberalen wieder auf Distanz zur Regierung.¹⁷ Mehr und mehr setzte sich aber bei den »Konstitutionellen Demokraten« eine rechtsliberale Strömung durch. Vor allem unter dem Eindruck des Moskauer Aufstandes lehnten die »Kadetten« jede Zusammenarbeit mit den Sozialisten ab.

Die Gegenrevolution verlief mühsam. Protestkundgebungen, Meutereien, Streiks und Bauernrevolten gingen auch noch 1906 und

16 Bei der Wahl zur ersten Duma zählte die Stimme eines Gutsbesitzers so viel wie die Stimmen von 45 Arbeitern. Frauen durften nicht wählen.

17 Mit besonderem Misstrauen beobachteten die Parteien der Mitte auch die zunehmend irrationalen Züge der Zarenherrschaft – so den Einfluss verschiedener Okkultisten auf Nikolai II. Spektakulär war der Fall des Mönchs Grigorij Rasputin.

1907 weiter. Dieser Widerstand war zuletzt völlig zersplittert. Nicht nur Organisations- und Pressefreiheit, auch die meisten sozialen Erregenschaften aus der Revolutionszeit wurden rückgängig gemacht – wie der Achtstundentag in der Industrie. Mit außergewöhnlicher Grausamkeit ging der Staat gegen die rebellischen Bauern vor. Überall nahmen die Gutsbesitzer das Land wieder in Besitz. 1906 kam es zu einer neuen Welle von Judenpogromen. Bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs 1914 waren Willkürurteile gegen Oppositionelle und außergesetzliche Hinrichtungen an der Tagesordnung. Der Terror von Polizei, Militär und Schwarzhundertern forderte seit 1906 mindestens sechzigtausend Tote¹⁸. Die meisten Führer der Revolution allerdings entkamen ins Ausland.

18 Auch die Anführer der Meuterei auf dem Panzerkreuzer »Potjomkin« wurden erschossen.

Eine erfolgreiche Strategie war auch die Unterwanderung der oppositionellen Parteien durch den Geheimdienst. Das trug erheblich zur Demoralisierung der Revolutionäre bei. Besonderes Aufsehen erregte die »Affäre Gapon«. Der Arbeiterpriester Georgij Gapon, zu Anfang der populärste Führer der Revolution, hatte sich der Sozialrevolutionären Partei angeschlossen. Ende 1906 stellte sich heraus, dass er informeller Mitarbeiter des Geheimdienstes war und viele seiner »Mitkämpfer« verraten hatte. Eine Gruppe aufgebrachter Arbeiter lynchte ihn.

1908 war – vorerst – »alles vorbei«. In der russischen Gesellschaft breitete sich eine Stimmung der Resignation aus. Erst in den letzten zwei Jahren vor dem Ersten Weltkrieg wurde die Unzufriedenheit in der Bevölkerung wieder deutlicher spürbar. Oppositionsparteien und Gewerkschaften fanden zu offensivem Handeln zurück. Im Frühsommer 1914 kam es in Sankt Petersburg zu einem Generalstreik und zu Straßenkämpfen.

Drei russische Revolutionen

1906 und 1907 erstickte das Regime die demokratische Revolution – aber die tiefen Widersprüche in der russischen Gesellschaft blieben ungelöst. Im Februar 1917, mitten im Ersten Weltkrieg, wurde Nikolai II. schließlich gestürzt.

Nach 1907 war das Regime wieder zu einer aggressiven Außenpolitik übergegangen, mit der Zielrichtung Balkan. Diese Politik trug zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs im August 1914 bei. Der neue Krieg – wie der gegen Japan 1904 – sollte auch von den innenpolitischen Konflikten ablenken. Der Krieg brachte der alten Elite aber den Untergang. Angesichts katastrophaler Niederlagen an der Front und Hunger in der Heimat nahm bis Anfang 1917 der Widerstand gegen die Regierung unaufhaltsam zu. Im Februar 1917 brach die Herrschaft Nikolais II. innerhalb weniger Tage zusammen. Anders als 1905 arbeiteten diesmal die Parteien der Mitte und der Linken zuverlässig zusammen – vor allem konnten sie auf die Unterstützung von Soldaten und Matrosen zählen.

Die neue »Provisorische Regierung« unter den Ministerpräsidenten Lwow von den Liberalen bzw. Kerenski von den Rechtssozialisten führte allerdings den Krieg mit noch gesteigerter Intensität fort und schob auch die erwartete Agrarreform auf. Nur die Bolschewiki um Lenin und Trotzki forderten einen Waffenstillstand und die sofortige Aufteilung des Großgrundbesitzes. So wuchs ihr Einfluss in der Bevölkerung rasch, gerade auch unter den Soldaten.

Die Provisorische Regierung hatte Parlamentswahlen erst für Ende 1917 angekündigt. Schon seit dem Februar formierten sich wieder Sowjets, »Räte der Arbeiter und Soldaten« – viel zahlreicher als 1905. Seit dem Spätsommer 1917 unterstützten sie mehrheitlich die Bolschewiki.

Im Oktober 1917 stürzten die Bolschewiki die Regierung Kerenski. Russland schied als erster Staat aus dem Weltkrieg aus. Die Bauern erhielten das Land der Großgrundbesitzer. In dem im Frühjahr 1918 beginnenden Bürgerkrieg konnten die »Roten« sich gegen die Koalition aller übrigen Parteien behaupten. Nur: das Versprechen, ein für allemal Schluss mit politischer Rechtlosigkeit, ethnischer Diskriminierung und wirtschaftlicher Ausplünderung zu machen, erwies sich rasch als Betrug – der neue Staat wurde zur Karikatur seiner eigenen Ideale. Im Oktober 1917 begann die blutbefleckte Geschichte des sowjetischen Imperiums, die das 20. Jahrhundert entscheidend bestimmte.

Das Scheitern der ersten russischen Revolution hatte fatale Bedeutung. Bei einem Sieg der Demokratie 1905 wäre womöglich Russlands Weg in den Ersten Weltkrieg vermeidbar gewesen – und 1917/18 wäre vielleicht das autoritäre Politikmodell der Bolschewiki nicht als mögliche Alternative erschienen.

Ich danke Dr. Gert Meyer, Marburg, für wichtige Hinweise.

Literatur

- Abraham Ascher: *The Revolution of 1905: a short history*, Stanford 2004.
Autorenkollektiv: *Die Revolution 1905-1907 in Russland*, Berlin 1980.
Orlando Figes: *Die Tragödie eines Volkes. Die Epoche der russischen Revolution 1891 bis 1924*, Berlin 1998.
Carsten Goehrke u. a.: *Rußland*, Fischer Weltgeschichte, Band 31, Frankfurt am Main 1972.
Günter Radczun: *Es begann an einem Sonntag: zur Revolution von 1905 bis 1907 in Russland*, Berlin 1974.
Leo Trotzki: *Mein Leben. Versuch einer Autobiographie*, Berlin 1990.
Sergej Witte: *Erinnerungen*, Berlin 1923.

JÜRGEN MEIER

Scientology ist weder Kirche noch Sekte!

Scientology¹, eine spätbürgerliche Science-Fiction-Ideologie

Der CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla schimpfte: »Es ist unerträglich, dass sich Scientology in der Hauptstadt breitmacht.« Wolfgang Huber, Ratsvorsitzender der Evangelischen Kirche Deutschlands, warnte: »Im Namen einer Religionsgemeinschaft werden Menschen bedrängt und Geschäfte gemacht.« Ursula Caberta, Leiterin der Arbeitsgruppe »Scientology« in der Hamburger Innenbehörde glaubt in der Eröffnung des Berliner Bürohauses ein weiteres Etappenziel einer »generalstabsmäßigen Gesamtplanung namens ›Kreuzzug Europa« zu erkennen. Aufgabe der Scientologen sei es, so Caberta, »die nötigen Zufahrtsstraßen in das deutsche Parlament zu bauen. Die Organisation führe Krieg gegen das demokratische System«. Die Zentrale in den USA habe die Parole ausgegeben: »Jetzt ist Europa dran.« In Madrid, London und Brüssel sind Scientology-Zentren bereits am Werk. Für Scientology werben Hollywoodstars wie Tom Cruise, der Jazzpianist Chick Corea, John Travolta und Ann Archer. Cruise und seine dritte Ehefrau Katie Holmes ließen sich in Italien in der ehemaligen Villa Mussolinis von Scientology-Führer David Miscavige (46) trauen. Travoltas Ehefrau Kelly Preston erscheint auf der Internetseite des eigens für prominente Unterstützer eingerichteten Celebrity Centres in Hollywood mit dem australischen Popstar Kate Ceberano und den Schauspielern Anoush NeVart (»Kissing Cousins«), Marisol Nichols (»Delta Farce«) oder Vincent Caso (»American Fork«). Die Strategie, über Leinwand- und Bildschirm-Idole in die Hirne der Menschen zu finden, stammt von Scientology-Gründer Ron Hubbard (1911-1986): »Eine Kultur ist nur so groß wie ihre Träume«, schrieb der Autor von Science-Fiction-Romanen 1951, »und diese Träume werden von Künstlern geträumt.« Deshalb sollen weitere »Celebrity Centres« für Berühmtheiten aus dem Showgeschäft als »Kunst- und Kulturzweig« entstehen, wie sie bereits in New York, dem Country-Mekka Nashville (Tennessee), London, Paris, Wien und Florenz existieren. Eine Reihe von Schauspielern, ausnahmslos Scientology-Mitglieder, spendierten Hillary Clinton für ihren Senatswahlkampf über 70 000 Dollar, Tom Cruise überreichte Albert Gore 5 000 Dollar, und John Travolta veranstaltete gemeinsam mit anderen Scientologen ein Gala-Diner zugunsten der Demokratischen Partei (Eintrittspreis: 25 000 Dollar).

Die Mun-Sekte und die Scientology-Organisation gehen in den USA gemeinsame Wege. Beide koordinieren seit Mitte der neunziger Jahre ihren Einsatz für Religionsfreiheit in den USA und in Europa. Die Demokratin Hillary Clinton darf in der auflagenstarken

Jürgen Meier – Jg. 1950, studierte »Intermedia« in Bielefeld (Kunst, Philosophie, Foto, Film), war viele Jahre PR-Berater, Werbekonzepter und -texter für Theater, Krankenhäuser, Industriebetriebe, betätigt sich als Dokumentarfilmer und freier Publizist; jüngste Buchveröffentlichungen »Eiszeit« in Deutschland, Münster 2005. Zuletzt In UTOPIE kreativ: »Für alle ist irgendwo ein Lächeln...«. Dmitri Schostakowitsch zum 100., Heft 196 (Februar 2007).

1 Bericht des Verfassungsschutzes 2006: Scientology-Organisation gegründet; 1954 in den USA, erste Niederlassung in Deutschland 1970. Sitz: Los Angeles (»Church of Scientology International«, CSI) Mitglieder: in Deutschland, nach eigenen Angaben 30 000. Publikationen: u. a. »FREI-

»Washington Time«, die der Mun-Sekte gehört, regelmäßig eine Glosse schreiben. Auf einer Veranstaltung hatte der ehemalige Präsident Clinton Travolta öffentlich versprochen, die Verbreitung der Scientology-Ideologie auch in Deutschland zu unterstützen.

Scientology, von vielen Kritikern als Sekte beschimpft, ist bei genauerer Betrachtung aber keine Sekte oder Religionsgemeinschaft, sondern sie ist aggressiver Teil einer spätbürgerlichen Ideologie, die um Vorherrschaft in der Welt kämpft.

Die bürgerliche Tradition, die mit der Französischen Revolution und ihrem Ruf nach »Freiheit! Gleichheit! Brüderlichkeit!« begann, ist den Führern dieser, sich wissenschaftlich nennenden Ideologie, ein Dorn im Auge. »Wir kennen unsere Feinde, ehe sie zuschlagen. Wir halten sie von wichtigen Positionen fern. Wenn wir einen zufälligerweise in eine Schlüsselposition bringen und er anfängt, Fehler zu machen, dann schießen wir schnell und sprechen später Recht. Und wir zählen dann zusammen, wer seine Freunde und Genossen waren«² Wie sie zuschlagen, zeigt sich nicht nur in der bekannten Verfolgung von Mitgliedern, die aus der Organisation aussteigen wollen, sondern wer und wie zuschlägt, erwies sich am 27. Januar 1997. An diesem Tag verurteilte die Regierung in Washington die Maßnahmen Deutschlands gegen die Scientology-Organisation. Einige Tage später veröffentlichte das dem US-Außenministerium angegliederte »Bureau for Democracy, Human Rights and Labor« (BDHRL) seinen Jahresbericht zur Situation der Menschenrechte in der Welt. Darin wird Deutschland heftig angegriffen und in der Liste der Länder, welche die Religionsfreiheit missachteten, gleich hinter China eingestuft. Der Bericht erschien zeitgleich mit einer Öffentlichkeitskampagne der Scientology-Organisation, die in verschiedenen Ländern mit Anzeigen gegen die Nichtanerkennung als Kirche protestierte. Auch die EU-Menschenrechtskommission wurde zu diesem Zweck eingeschaltet. Scientology verglich sich mit den verfolgten Juden im Faschismus³. Dabei dient der ganze Zirkus »Spiritualisierung der Welt«, den Scientology weltweit organisiert, nur dem Zweck, die amerikanische Vorherrschaft auch in den Köpfen der Menschen abzusichern. Dass in diesem Zirkus berühmte Schauspieler und Politiker gläubig und erleuchtet niederknien, ändert an diesem Fakt nichts. Die Globalisierung der Märkte und der amerikanischen Werte, so das »Institute on Religion and Democracy«, das vom US-Außenministerium protegiert wird, sei den Vereinigten Staaten von der Bibel aufgetragen. Jede Bombe im Irak ist also eine Gottes- und keine Imperialistentat. Diese Weltsicht teilen alle fundamentalistischen Gruppen in den USA. John R. Bolton, Mitglied der US-Kommission für Religionsfreiheit, war zuvor Vizepräsident des ultraliberalen »American Enterprise Institute for Policy Research«. In der alten Bush-Regierung diente Bolton im Präsidentenamts als Berater für internationale Handelsfragen⁴. Nina Shea, ebenfalls Mitglied dieser Kommission, verkündet: »Unser Hauptziel besteht in der weltweiten Durchsetzung der neuen liberalen Ordnung.« Scientology soll auch helfen, die europäischen Köpfe zu reinigen, um den Marsch durch die europäischen Aufsichtsräte und Institutionen lockerer und mit glänzend verstrahltem Blick, der Scientologen nun einmal zu eigen ist, nehmen zu können. Die Europäer sollen nicht

HEIT«, »IMPACT«, »SOURCE«, »INTERNATIONAL SCIENTOLOGY NEWS«. 214 Teilorganisationen: in Deutschland zehn »Kirchen« und elf »Missionen«.

2 Ron Hubbard: Handbuch des Rechts, Kopenhagen, 1979, S. 2 f.

3 Edward Tashji, Sprecher des Dachverbandes türkisch-amerikanischer Verbände in den USA, war des Lobes voll: »Auch im Namen unseres Präsidenten Dr. Sevket Karaduman« bedankte er sich bei der Scientology Church für deren »tatsachengetreue Beschreibung des Geistes von Faschismus und Rassismus in Deutschland«. Verbreitet wurden die Thesen der Scientologen in ganzseitigen Anzeigen. In der »New York Times« vom 11. Januar stand unter der Titelseite »Menschenrechte in Gefahr«: »Deutschlands Gegenwart ähnelt auf erschreckende Weise seiner Vergangenheit. In den 30er und 40er Jahren schloss die Welt die Augen, während das Klima für den Holocaust geschaffen wurde. Niemand tat etwas. Heute können Sie handeln.«

4 Präsident George W. Bush versteht sich als »born-again« Christ.

länger Voltaire, Hegel oder Marx studieren, sondern ihren »Thetan« (Geistwesen), den sie in Scientology-Kursen für den Kampf um Ansehen, Macht und vor allem Geld trainieren sollen. Dass die Scientologen für diese Kurse viel Geld kassieren, ist nur ein Nebenaspekt ihrer Aktivitäten. Da dieser bislang allerdings im Vordergrund der europäischen Kritik steht, prallte diese Kritik am Willen der Scientology-Anhänger ab. Denn die oft sensible und orientierungslose Anhängerschaft will mit diesen Kursen ja etwas für sich erreichen. Das darf ruhig Geld kosten, sagen sie. Sie wollen schließlich ihre Ängstlichkeit überwinden und selbst Elite werden. Sie wollen etwas bewegen, wollen Anerkennung und große Geschäfte managen. Ihnen wird versprochen, dass sie selbst viel Geld kassieren werden, ohne dabei das Gefühl zu haben, viel Geld zu besitzen sei unmoralisch. »Jeder in einer Gesellschaft sollte zwar bedingungslos das Recht haben, soviel zu verdienen, wie er kann,« schrieb Hubbard, »da dies ein grober Maßstab seines Wertes für die Gesellschaft ist (und man sollte nie den Fehler machen, etwas anderes zu glauben); aber durch Erbschaften und seltsame Möglichkeiten, die sich aus Geld herausholen lassen, kann es als Maßstab stark verfälscht werden. Wenn es verfälscht wird, so werden die Reichen von einer Gesellschaft verurteilt und zum Sündenbock für alle Krankheiten der Gesellschaft gestempelt, obschon ein recht großer Prozentsatz dieser Menschen die eigentlichen Grundpfeiler sind, auf die sich das Leben der Gesellschaft stützt.«⁵ Hubbard, der an der Menge des angehäuften Geldbesitzes eines Menschen dessen Wert bemessen will, zeigt sich hier ganz als Stratege. Er ermuntert die nach Anerkennung und Sinn hechelnden Mitglieder nicht nur geldgierig zu werden, sondern erkennt die Gefahr für die Reichen, wenn sie zu schnell und ohne eigenen Einsatz reich werden. Dann treten nicht nur die »Sozialneider« auf den Plan, dann beherrscht, wie er schreibt, auch die Langlewile die Köpfe dieser Reichen. Das aber gefährdet das System des Kapitalismus. Hubbard zeichnet sich in seinen Schriften als moderner Ideologe der Spätbourgeoisie aus, der keinen Hehl daraus macht, wie sehr er den Kapitalismus schätzt, für dessen Expansion er eine unglaublich gestelzte Theorie entwickelt hat, mit der er die Köpfe der vielen, von den großen Religionen enttäuschten und nach Orientierung suchenden vereinzelt Menschen gewinnen will. Ihnen allen verspricht die Scientology-Ideologie Glück, Erfolg und viel Geld.

Doch anders als die Buddhisten, aus deren Reihen viele zu den Scientologen wechseln, verspricht Scientology, das ewige Leben durch wissenschaftliche Analyse und Methode erreichen zu können, wenn man denn genügend für seinen »Thetan« tut. Scheinbar steht nur das Glück des einzelnen Menschen im Vordergrund dieser Ideologie. Dabei ist es nur der Köder, mit dem die Menschen für einen aggressiven Kapitalismus gewonnen werden sollen. Hubbard, der seine Bücher zur Zeit der McCarthy-Ära⁶ schrieb, erkannte sehr wohl in dem »dialektischen Materialismus«⁷, für den der Mensch ein gesellschaftliches Wesen ist, seinen Gegner, den er ernst nehmen musste, wenn er den Kampf um die Köpfe der Menschen für den Kapitalismus gewinnen wollte. »Der ganze Kult des Antikapitalismus«, schrieb er, »ist durchaus keine brauchbare philosophische Grundannahme, aber doch um einiges mehr als nur ein plumpes Ansprechen

5 Ron Hubbard: Die Wissenschaft des Überlebens, Kopenhagen 1983, S. 139.

6 Die McCarthy-Ära, (benannt nach dem Senator McCarthy) wurde von einem extremen Antikommunismus geprägt. Sie dauerte von 1948 bis etwa 1956. Während dieser Zeit verfolgte die US-Regierung die Kommunistische Partei der USA, ihre Führung, ihre Mitglieder und Sympathisanten.

7 »Die Scientology lehrt keinen dialektischen Materialismus mit der Überschrift ›Psychologie‹.« »Sie ist eine präzise und exakte Wissenschaft, die für ein Zeitalter der exakten Wissenschaften entworfen wurde.« Ron Hubbard: Scientology – Die Grundlagen des Denkens, Kopenhagen 1974, S. 12.

jener, die keinen Besitz und keine Aussicht haben, irgendwelchen Besitz zu erlangen.«⁸ Also wird so getan, als hätte man selbst mit dem Kapitalismus der US-Regierung und überhaupt mit keiner Regierung etwas zu tun, sondern wolle lediglich den einzelnen Menschen helfen, sich selbst wieder zu finden. »Scientology ist nicht politisch.« Vielmehr komme es darauf an, »Politik zu vergessen und die Vernunft zu suchen«⁹.

Daher die Idee, sich als Kirche staatlich anerkennen zu lassen, um unverdächtig die Strategie der Eroberung des Bildungs- und Kommunikationsmarktes umsetzen zu können.

In den USA ist Scientology längst als Kirche anerkannt. Dort zählt Scientology zu den großen Anbietern auf dem Bildungsmarkt und unterhält zudem Lehrerfortbildungsinstitute, die von sehr vielen Pädagogen aufgesucht werden. In Deutschland gibt es bereits mehr als dreißig Nachhilfeeinrichtungen für Schüler (Schwerpunkt Hamburg)¹⁰. Da die Kommunikation und die Kommunikationsfähigkeit im Mittelpunkt der Scientology-Strategie steht, ist sie nicht nur für Computerexperten, Verkäufer, Vertriebschefs, Personalberater interessant, sondern auch für Gerätehersteller sowie für Produzenten von Programmen/Inhalten der Computer- und der Filmindustrie. »Will man ein Volk regierbar machen,« so Ron Hubbard, »ist es notwendig, Erziehung und Ausbildung mit Wohlwollen zu betrachten sowie Erzieher und Erziehungsmethoden zu respektieren. Ein Land mit Waffengewalt zu erobern, ist nicht notwendigerweise ausreichend.« Hier zeigt sich Scientology von seiner Wesenseite ganz im Bündnis mit den imperialistischen Kriegsattacken der USA. Doch Ron Hubbard weiß, dass militärische Intervention nicht reicht, um ein Land ausbeuten und unterdrücken zu können. »Nach der Einnahme,« setzt er seinen Gedanken fort, »müsste eine Bildungskampagne starten, um sowohl unter den Leuten selbst als auch zwischen ihnen und den Eroberern irgendeine Art von Einverständnis zu erzielen. Nur dann kann man eine Gesellschaft oder Zivilisation schaffen oder – wie wir in Scientology sagen – ein reibungslos funktionierendes Spiel erzeugen.«¹¹ Der Krieg, die Eroberung, der Kapitalismus, der Faschismus, die menschlichen Beziehungen überhaupt sind für die Scientologen ein »Spiel«. Damit degradieren sie nicht nur das Spiel, von dem Schiller einmal sagte, »der Mensch ist nur da ganz Mensch, wo er spielt«, sondern sie verachten all die Menschen, die für ihr »Überleben« hart arbeiten müssen.

Der erste Biograf von Bill Gates¹², David Ichbia, ist Scientologe, dasselbe gilt für Guy Jensen, einen seiner engsten Mitarbeiter. »Executive Software«, ein Schlüsselunternehmen des Microsoft-Imperiums, bezeichnet sich offen als scientologisch orientiert. Die Scientology-Ideologie wird von vielen Organisationen aktiv gelebt, die Scientology-Kirche ist nur die Spitze eines imperialistischen Eisbergs.¹³

In den achtziger Jahren spalteten sich von der amerikanischen Mutterorganisation Scientology-Kirche einige führende Mitglieder ab, um sogenannte »freie« Gruppen (»Freundeskreis«, »Ron.org« etc.) zu gründen. Es entstanden eigene Scientology-»Firmen«, mit der Begründung, die Lehren des Meisters Hubbard wieder vom kirchlichen Machtdenken reinigen zu wollen. »Die Technologie wird in der

8 Ron Hubbard: Die Wissenschaft des Überlebens, S. 139.

9 Ron Hubbard: Scientology – Die Grundlagen des Denkens, S. 11.

10 »Bis heute haben weltweit mehr als 3 Millionen Menschen an Applied-Scholastics-Programmen teilgenommen. Das Netzwerk von Applied-Scholastics-Schulen, -Gruppen und örtlichen Hilfsprogrammen ist auf 94 Schulen und 489 Gruppen in 57 Ländern angewachsen. Applied Scholastics hat bisher über 66 000 Pädagogen trainiert, die nun ihrerseits diese funktionierende Methodik an Millionen von Schülern weitergeben. Auch in Berlin kümmern sich Scientologen um versetzungsgefährdete Schüler. Um der in Pädagogenkreisen wachsenden Anerkennung der wichtigen Rolle der Study Technology in der beruflichen Entwicklung und bei der Verwendung im Klassenzimmer gerecht zu werden, hat Applied Scholastics International im Jahre 2003 einen 40 Hektar großen Campus in St. Louis im amerikanischen Bundesstaat Missouri eingerichtet. Dieser Campus ist praktisch eine »Universität für Study Technology«, gleichzeitig aber auch der internationale Verwaltungssitz von Applied Scholastics. Dort studieren Pädagogen und Erzieher aus der ganzen Welt, um dann in ihrer Heimat Ron Hubbards Lernwerkzeuge einzuführen.« (Aus »Scientology-Kirche Berlin« Januar 2007).

11 Ebenda, S. 95.

12 In Deutschland wurde Windows 2000 vom Bundesamt für die Sicherheit in

der Informationstechnik (BSI) geprüft, weil das integrierte Defragmentierungsprogramm von einer Firma der Scientology-Organisation stammt. Das BSI wollte untersuchen, ob Daten von der Festplatte an Dritte weitergeleitet werden können.

13 Scientology Unterorganisationen in Deutschland: ACADEME – Initiative zur Förderung selbständigen Lernens, Aktionskomitee für freie religiöse Entfaltung, München, ALV- Arbeitskreis für Liberale Bildungsinformation der Verbraucher e.V., Darmstadt, CFAF – College für angewandte Philosophie, in mehreren Städten, Communication Center, Ulm, Dianetic-College, Frankfurt, Studierkreis angewandter Philosophie, Gelsenkirchen, Deutsche Liga für Menschenrechte, e.V., München, Patientenhilfe e.V., München, Komitee Wahres Christentum, Kommission für Verstöße der Psychiatrie gegen Menschenrechte e.V. (KVPM), Kommission für Verstöße des Bürgers gegen Datenmißbrauch, München, Kommission für Polizeireform, München, Institut für angewandte Philosophie, München, Gesellschaft zur Förderung religiöser Toleranz und zwischenmenschlicher Beziehungen e.V., München, Aktion Sauberes Ministerium, München, ZIEL – Zentrum für Individuelles und effektives Lernen e.V., München.

14 Rons Org – Die alternative Scientology-Bewegung, Bern 2006, S. 8.

15 Ron Hubbard: Scientology: Die Grundlagen des Denkens, S. 18.

Scientology-Kirche gegen die Menschen verwendet, um Macht über sie zu erlangen und möglichst viel Geld aus ihnen herauszuholen. Das eigentliche Ziel wurde aus den Augen verloren.«¹⁴ Diese »freien« Gruppen lehren und arbeiten wie die »Mutterorganisation«. Getrennt marschieren, vereint zuschlagen, könnte diesen Neugründungen durchaus auch zugrunde gelegen haben. »Alternative« Scientologen gibt es nicht, es gibt nur Scientologen. Also werden sie eines Tages, wenn die Angebote von der Mutterorganisation denn passend sind, sich dieser wieder anschließen, oder sie werden als Kleinunternehmer von den Wurzeln Hubbards gekappt. Hubbards Theorie ist nämlich keine für Kleinbürger, sondern sie ist für »Geister« geschaffen, die sich den Zielen der imperialen Strategen als Kompanien zu fügen verstehen. Scientology »wird sowohl von Geschäftsleuten und führenden Regierungsbeamten zur Verbesserung ihrer Organisation angewendet wie auch von Privatpersonen«. »Scientology wird von einigen der größten Firmen der Welt angewandt.«¹⁵

Ron Hubbard lernte während seines Kriegseinsatzes für die US-Navy in Asien den Buddhismus kennen. Geübt als Autor von Science-Fiction-Romanen und durch Vorlesungen im Bauingenieurwesen, modernste Technik mit buddhistischer Welterklärung zu verbinden, entwickelte er einen scheinbar viel wissenschaftlicheren Buddhismus. Was man als »Selbst« erlebe, so der buddhistische Glaube, sei in Wirklichkeit nichts anderes als ein unzerstörbarer und unbegrenzter Strom von Bewusstsein. Im Moment des Todes verlasse das Bewusstsein den sterbenden Körper, um sich – gesteuert durch unbewusste Eindrücke im Geist, also Karma – nach einer bestimmten Zeit wieder mit einem neuen Körper zu verbinden. Daher ist Sterben für einen Buddhisten in letzter Konsequenz etwas Ähnliches wie das Wechseln der Kleidung. Karma bedeutet im Buddhismus nicht Schicksal, sondern das Zusammenwirken von Ursache und Wirkung, wobei sich Ursache und Wirkung allein auf das einzelne Bewusstsein beschränken. Ron Hubbard nannte das Karma »Thetan« und, anders als im Buddhismus denkbar, behauptet Scientology, diesen »Thetan« elektronisch mit einem Gerät¹⁶, das Bestandteil vieler Sitzung der Scientologen ist, messen zu können. Ziel sei dabei die »Erlangung der Freiheit als geistiges Wesen«. Das solle »dem Individuum helfen, volles Bewusstsein seiner selbst als ein unsterbliches Wesen und seiner Beziehung zum höchsten Wesen zu erlangen.« Scientology richtet sich »ausschließlich an den ›Thetan‹ (geistiges Wesen)«. Der Mensch sei nicht sein Körper oder sein Name, er sei »Thetan«. Der Mensch ist demzufolge kein gegenständliches Wesen, er ist ungegenständlich. Aber ein ungegenständliches Wesen ist, wie Marx sagt, ein Unwesen. In diesem Zwiespalt von Erscheinung und Wesen, das allerdings zu unserer objektiven Wirklichkeit gehört, schwadroniert Scientology hin und her. Einerseits soll in diesem »Universum« »Wirkung« erzielt werden, sprich Rendite, Umsätze, Geld gescheffelt werden, andererseits löst sich das Wesen des Menschen von diesen Erscheinungen bürgerlichen Seins völlig los. Der »Thetan« ist ein ewiger Geist, der kümmert sich nicht um Politik, sondern nur um die »Vernunft«, und was Vernunft ist, bestimmt der »Thetan«. Deshalb »greifen Scientologen nicht in

die Souveränität eines Staates ein, lehren sie den Menschen anstelle dessen, das zu benutzen, was er besitzt und was er weiß, um unter jedem beliebigen politischen System zum ersten Mal eine wirkliche Zivilisation auf Erden zu schaffen.« Es geht ihnen in erster Linie um Besitz und um die Vermehrung von Besitz. Ihr »Tun und Wirken« dient allein der Stabilisierung des Kapitalismus. Dieser Handlungszyklus sei »eine Erscheinungsform, die folgendermaßen dargestellt wird: erschaffe, dann überlebe, dann zerstöre; oder erschaffen, überleben (Fortbestehen), Zerstören. Zuerst gibt es das Erschaffen, dann folgt das Überleben (Fortbestehen), worauf die Zerstörung folgt.« Das soll sich dialektisch, ganz im Sinne frühbürgerlich hegelschen Denkens anhören. »Das Wahre ist das Ganze,« schrieb Hegel, »das Ganze aber ist nur das durch seine Entwicklung sich vollendende Wesen.«¹⁷ Nicht die Entwicklung des Ganzen ist für die Scientology wichtig, um das vollendete Wesen einer Gesellschaft oder eines Naturprozesses zu begreifen, sondern sie zerstückeln das Ganze, um stets den »Thetan« als den großen Regisseur darstellen zu können, der alle Teile in Gänge zusammenhält. Das menschliche Sein und Bewusstsein zerstückelt Scientology in acht »Dynamiken«, »Axiome«, eine »Tonskala«, die von A-V reicht, in »Daseinsbestimmungen«, einem »ARK-Dreieck« und noch etliche andere Differenzierungen. Diese Zerstücklung des Seins und Bewusstseins, das im hegelschen Sinne nur als Ganzes erkannt, begriffen und vom Menschen verändert werden kann, soll die vielen Suchenden, die aus den Kirchen flüchteten oder einfach mühsam den »Sinn des Lebens« erkunden wollen, trunken machen. Sie sollen sich zunächst dumm fühlen, um dann Schritt für Schritt, von »Grad zu Grad« die »Brücke« der ewigen Freiheit als Geistwesen erlangen zu können. Diese Zerstücklung des Seins, die schroffe und mechanische Trennung von Körper und Denken, von Natur und Mensch, hat aber einen ganz bestimmten Zweck. Der »Thetan« soll als übermenschliche Lichtgestalt aufgeplustert werden, die den Menschen allerdings ganz im Sinne der Spätbourgeoisie leitet. »Ein Mann hat eine Beschäftigung,« schreibt Hubbard, »der er nachgeht. Das heißt, er erschafft ununterbrochen (erschaffen-erschaffen-erschafft) seinen Arbeitsplatz, und zwar Tage, Wochen und Jahre hindurch. Der Arbeitsplatz existiert für ihn, solange er ihn ständig erschafft. Eines Tages hält er seinen Arbeitsplatz für GESICHERT (sieht ihn als selbstverständlich an). Er schafft ihn nicht mehr, worauf dieser aufhört zu existieren. Der Mann verliert seine Stellung. Die ERSCHEINUNGSFORM des Sachverhaltes stellt sich folgendermaßen dar: Er bummelte, wurde faul, und es wurde ihm gekündigt. Tatsächlich erschuf er aber die Arbeitsstelle nicht mehr neu und hatte dadurch keine mehr.«¹⁸ Hubbard dreht die Hegelschen Begriffe einfach auf den Kopf. Es erscheint vielmehr nicht nur so, dass der arbeitende Mann faul und ausgebrannt ist vom täglichen Kampf um seinen Lohn und der Erhaltung seines Arbeitsplatzes, er ist auch tatsächlich verbraucht und kaputt und kann eine Rente, die ihm erst mit 67 gezahlt werden soll, nicht mehr erreichen. Erscheinung und Wesen stimmen bei diesem Mann überein. Dieser arbeitende Mann lebt nur, um für Kapital- und Aktionärseigentümer Tag für Tag zu schufteten. Diesen Mann prägt die Angst, ihn treiben die Fragen: Wozu lebt der Mensch? Und genau an

16 »Das Hubbard-Elektrometer ist ein religiöses Hilfsmittel, das während der kirchlichen Beichte benutzt wird.« Ron Hubbard: Scientology – Die Grundlagen des Denkens, S. 11.

17 Hegel-Werke, Bd. 3, Suhrkamp Frankfurt 1979, S. 24.

18 Ron Hubbard: Scientology – Die Grundlagen des Denkens, S. 28-29.

19 »Die Einschränkungen, die einem Menschen durch eine Regierung oder eine Arbeitsstelle auferlegt werden, geben ihm gleichzeitig seine Freiheit. Ohne bekannte Schranken ist der Betreffende ein Sklave, der bei all seinen Handlungen zu angstvoller Ungewissheit verurteilt ist.« Ebenda, S. 53.

20 Hegel-Werke, Bd. 3, Suhrkamp Frankfurt 1979, S. 46.

21 »... ein Thetan, der – was die Erste Dynamik (das eigene Überleben) betrifft – wissentlich und willentlich Ursache über mentale Masse, mentale Energie, mentalen Raum und mentale Zeit sein kann. Der Zustand Clear steht über den Befreiungs-Graden (die alle Vorbedingungen für das Clearwerden sind). Er wird durch den Abschluss des Clearing-Kurses an einer Avancierten Organisten erreicht.« Ron Hubbard: Scientology – Die Grundlagen des Denkens, S. 144.

22 Ebenda, S. 23.

23 Ebenda, S. 131.

24 Ebenda, S. 38

diesem Punkt tritt Scientology in Erscheinung und sagt, bück dich, beug dich, mach deinen Rücken krumm! Der »Thetan« will es so. Dafür kannst du ewig leben!¹⁹

Erscheinung und Wesen stimmen bei Scientology nicht immer so klar überein, wie in diesem Beispiel. Die Erscheinung von Scientology spielt meistens Heiligkeit, sein Wesen ist aber ignorant dem wirklichen Leben gegenüber, brutal und diktatorisch. Die Begriffe Erscheinung und Wesen, wie Sein, haben die Scientologen bei dem frühbürgerlichen Revolutionär Hegel abgeschaut, um sie, wie kann es bei einer imperialistischen Spätbourgeoisie anders sein, zu missbrauchen. »Die Erscheinung ist das Entstehen und Vergehen,« schreibt Hegel, »das selbst nicht entsteht und vergeht, sondern an sich ist und die Wirklichkeit und Bewegung des Lebens der Wahrheit ausmacht.«²⁰ Doch die Wirklichkeit und Bewegung des Lebens, die entsprechende Erscheinungen hervorbringt, interessiert Scientology nicht, für sie ist die Wurzel des Menschen nicht der Mensch selbst, sondern der »Thetan« oder, was das Wesen dieses »Geistes« deutlicher charakterisiert, die spätbürgerliche Ideologie. Die Wirklichkeit stellt sich für den leibhaftigen und gegenständlichen Menschen nämlich so dar, dass er entweder von eigener Arbeit lebt oder von der Arbeit anderer. So simpel ist das und gilt selbst für Päpste, Bischöfe und Clears²¹ der Scientologen. Die Wirklichkeit, schreibt Hubbard, »ist das, was unabhängig von der Erscheinungsform vorhanden ist, das, was der Erscheinungsform von Dingen zugrunde liegt, wie die Dinge in Wahrheit sind.«²² Das hat mit Hegel nun überhaupt nichts mehr zu tun. Bei Hubbard gibt es eine Wirklichkeit, ohne dass diese erscheint. Sie geistert vielmehr in seinem Kopfe oder besser über seinem Kopfe als »Thetan«. Wahrheit, die nicht als solche auch zu erscheinen vermag, gibt es genauso wenig, wie es ungegenständliche Wesen gibt. Selbst das Atom erscheint, sonst könnte es keine Kernspaltung geben. Die Verhinderung dieser Kernspaltung in Gestalt einer Atombombe fürchtet der Scientologen-Gründer so sehr, dass er behauptet: Heute gäbe es »kein Wettrennen mehr zwischen den einzelnen Nationen. Das einzige entscheidende Wettrennen findet heute zwischen der Scientology und der Atombombe statt.«²³ Nun ist bekannt, dass die Regierung der USA nur schwer von einem Krieg gegen Nordkorea und den Iran abzuhalten ist, da diese Länder angeblich durch die Produktion eigener Atombomben den Weltfrieden bedrohen würden.

Scientology zeigt als Ideologie durchaus Wirkung in der US-Administration. Wirkung ist schließlich alles. »Das Axiom 10 der Scientology besagt,« so Ron Hubbard, »dass das Schaffen einer Wirkung das höchste Ziel in diesem Universum ist. Folglich, wenn jemand keine Wirkung erzeugen kann, hat er kein Ziel. Und genau so sieht das auch im Leben aus.«²⁴ Wirkung ist bei Hubbard eine von den drei Daseinsbedingungen. Diese sind Sein, Tun (Wirkung), Haben. Da die Kommunikationsbranche mit ihren Schauspielern, Präsidenten, Politikern und Sternchen ganz auf Wirkung zielt, ist es kein Wunder, dass die Menschen dieser »geistigen« Kunststücke besonders für Hubbards Theorien empfänglich sind. Die Kommunikation nimmt in einem seiner erkenntnistheoretischen Zauberstücke denn auch die zentrale Rolle ein. »Ohne Kommunikation,« schreibt Hub-

bard, »und ohne einen gewissen grundsätzlichen Widerhall kann es keine Realität geben. Ohne eine gewisse Grundlage der Übereinstimmung und der Kommunikation kann es keine Affinität geben.«²⁵ Also, zuerst war weder das Huhn noch das Ei, sondern die Kommunikation über das Huhn und das Ei. Für Hubbard entsteht die Realität erst durch Kommunikation. Diese darf aber, wenn sie denn Realität erzeugen soll, keine kritische, sondern sie muss eine gegenseitig zustimmende sein. Deshalb mögen Scientologen auch keine Streitgespräche. Ron Hubbard empfiehlt seinen Anhängern sogar – in den Kursen wird das ganz deutlich gesagt –, keine Kontakte mit Freunden zu pflegen, die Scientology kritisch gegenüberstehen. Daher die Distanz junger »Preclears«²⁶ zu ihren Familien. Auch den Seinsbegriff muss Scientology natürlich »vergeistigen«, um an einer »Erkenntnisphilosophie« ohne gegenständliche Wesen festhalten zu können. »Die Bedingung ›Sein‹ wird als die Annahme oder Wahl einer Identitätsform definiert. Man könnte sagen, dass das Sein das Übernehmen einer Rolle in einem Spiel bedeutet.«²⁷ Hier wird, es ist nicht neu in der Philosophie, das Sein mit dem Bewusstsein zu einem Brei vermengt, um alles unter die Hegemonie des »Thetan«, des »Willens«, des »Geistes«, des »Gottes«, der »Rasse«, des »Führers«, stellen zu können. Alles soll so werden, wie man es sich ganz im Sinne einer »Rasse«, eines »Führer«, »Thetans«, »Astralleibes« wünscht. Das Sein ist aber, deshalb ist es das Seiende, stets unabhängig vom Bewusstsein, nämlich von dem bewussten Denken über dieses Seiende. Der Baum bleibt der Baum, das Wasser bleibt Wasser, die Amöbe bleibt Amöbe, die Echse bleibt Echse, das Atom bleibt Atom, der Stein der Stein, sie bleiben anorganische oder organische Natur auch ohne die Menschen. Sie sind als Naturseiende unabhängig von unserem Denken und von unserer menschlichen Existenz und Sprache. Wir können dieses Sein mit unserem Bewusstsein allerdings bewusst wahrnehmen, es auch in unserem menschlichen Sinne verändern, zerstören, entwickeln, ausbeuten, züchtigen. Aber wir sind nicht mit diesem Sein identisch. Es gibt das Natur-Sein und unser menschlich gesellschaftliches Sein. Sie bilden, wie Hegel sagen würde, eine widersprüchliche Einheit. Sie bilden eine Einheit der Gegensätze, verändern sich ständig und bilden so eine Totalität von vielen Totalitäten. Das Natursein war bereits lange vor uns Menschen da und das gesellschaftliche Sein haben wir durch Arbeit, Denken, Sprache, Kunst und Liebe, aber auch Krieg, Ausbeutung und Unterdrückung selbst geschaffen. Unser Bewusstsein als gesellschaftliches Wesen versuchte sich dem Natursein mehr und mehr anzupassen, bzw. es zur Verbesserung des gesellschaftlichen Lebens zu nutzen, was schließlich zur Entfremdung der menschlichen Beziehungen führen sollte, da sich partikulare Interessen gegen die Entwicklung der Gattung stellten. So entstand die Vorstellung, der Mensch sei ein vereinzelt und kein gesellschaftliches Wesen mehr, was als Individualisierung bezeichnet wurde, womit aber tatsächlich eine Vereinsamung beschrieben wird, in der jeder gegen jeden kämpft oder an seiner Unfähigkeit zu siegen verzweifelt.

Auf diese Vereinsamung stützt sich, wie viele bürgerliche Ideologien, auch Scientology. Sie teilt die Menschen in acht Dynamiken (Abteilungen) ein. »Der Zweck dieser Unterteilung ist darin zu se-

25 Ebenda, S. 48.

26 Preclear = Jemand, der durch Scientology-Auditieren zum »Clear« werden will.

27 Ron Hubbard: Scientology – Die Grundlagen des Denkens, S. 30.

28 Ebenda, S. 42-43.

29 Ebenda, S. 45.

hen, dass man durch sie das Verständnis des Lebens zu erhöhen sucht, indem man es in Abteilungen unterteilt.« Die 1. Dynamik ist »der Drang zum Dasein als Individuum (als man selbst). Hier kommt die Individualisierung zum Ausdruck«. ²⁸ Es geht in dieser Dynamik um die Befriedigung von Drive-Gefühlen, wie Essen und Trinken. Kinder sind zur Befriedigung dieser Drive-Gefühle ganz auf die Hilfe der Erwachsenen angewiesen. Diese sind gesellschaftliche Wesen, die ihre eigenen und die Drive-Gefühle ihrer Kinder nur gesellschaftlich befriedigen können. Die Milch, bei der Kuh vom Bauern gemolken, gelangt aus dessen Händen in die Molkerei, von hier in den Supermarkt, wo sie gekauft werden muss. So ist das leider noch immer. Nun muss sich, so Ron Hubbard, die 1. Dynamik beim Erwachsenen mit der 3. Dynamik, der »Gruppen-Dynamik«, verbinden, sonst sei der Mensch »nicht imstande, Mitglied eines Teams zu sein. Daraus lässt sich schließen, dass dieser Mensch zum Dasein innerhalb einer Gemeinschaft unfähig ist«. ²⁹ Er ist also »wertlos«. Die »3. Dynamik ist der Drang zum Dasein als Gruppe, die von Individuen gebildet wird. Schule, Gesellschaft, Stadt, Nation.« Das hört sich zunächst sozial an, ist aber nicht so gemeint. Denn Hubbard geht es genau um das, was in heutigen Management- und Regierungsabteilungen »Kommunikationstraining« und »Wir-Gefühl« genannt wird. »Wir sind Deutschland!« wäre so eine 3. Dynamik. Die Gruppe, das Team, soll seine »Mitte«, seinen »Thetan« finden, um in der Konkurrenzschlacht siegen zu können. Ohne dieses »Wir-Gefühl«, das wissen Sportler, Familien, Freundeskreise oder andere Gruppen, gibt es kein herzliches Mitgefühl und Miteinander. Wenn dieser Drang zum »Wir-Gefühl« aber genutzt wird, um eine Nation, eine Rasse oder einen Konzern zu stärken, die auf der Welt nur um die eigene Vorherrschaft kämpfen wollen, wird dieses »Wir-Gefühl« von seinem eigentlichen menschlichen Bedürfnis entfremdet. Da es heute in jeder Managementabteilung um Team-Arbeit und Firmen-Philosophie geht, finden auch überall Kommunikationstrainings, Personalberatungen und das Erstellen von Firmen-Leitbildern statt. Das alles unterscheidet sich nur unwesentlich von Scientology. Es ist Scientology. Deshalb verwundert es auch nicht, dass Jill Sander, Bill Gates oder die börsennotierte Finanzberatungsfirma AWD als Scientology orientiert bezeichnet werden. Scientology ist nämlich keine Sekte, in der sich Ausgeflippte bekiffen oder besaufen, um ihr Bewusstsein zu erweitern! Im Gegenteil, Scientology verurteilt Drogen jeder Art! Drogen sollen den »Thetan« beeinflussen oder anders formuliert, sie stören den »Energiefluss«. Scientology, von den mehr europäisierten »freien Gruppen« der Scientology als »Erkenntnistheorie« und nicht, wie bei Ron Hubbard, als »religiöse Philosophie« bezeichnet, ist die Ideologie des imperialistischen US-Managements, von dem deutsche Unternehmen schon immer fleißig gelernt haben. Warum nicht auch jetzt. Die »freien« Gruppen werden für eine europäisierte Scientology-Version sorgen, mit der sie sich dann wieder unter die Fittiche der Mutterorganisation begeben können. Der »Thetan« wird vielleicht durch »Energiefluss« oder einen anderen Begriff ersetzt. Auf die Bezeichnung Kirche wird man ebenfalls verzichten können. Schon dürfte in Europa das Feld frei sein für Scientology. Ist es ja ohnehin schon. Ron Hubbard zog nicht

von ungefähr nach England, wo er das in East Grinstead gelegene ehemalige Schloss des Maharadschas von Jaipur, Saint Hill Manor, kaufte. Scientology ist die Ideologie, mit der Manager Teams, Gruppen und ganze Konzerne führen können. Die Fähigkeit, kapitalistische Betriebe und bürgerliche Regierungen zu führen, besteht, so Hubbard, »also darin, fähig zu sein, das richtige Gleichgewicht zwischen Freiheit und Schranken für diejenigen, die einem unterstellt sind, zu setzen und zu halten. Freiheit und Schranken müssen hierbei sehr exakt und konsequent eingehalten werden. Wenn solch ein leitender Angestellter selbst noch Initiative und Zielstrebigkeit zeigt, wird sich seine Abteilung auch durch Initiative und Zielstrebigkeit auszeichnen.«³⁰ Diese erreichen die modernen Führer und Führerinnen, wenn sie durch Scientology-Kurse zum »Clear« aufgestiegen sind. Besuchen sie diese oder ähnlich orientierte Kurse aber nicht, so laufen sie Gefahr, Skrupel zu entwickeln, die sie daran hindern werden, Menschen auf die Straße zu setzen, Löhne zu drücken, Arbeitszeiten zu verlängern, Renten zu senken, Gammelfleisch zu verkaufen, Urlaubstage zu streichen oder Menschen mit Bombenhagel zu ihrem Glück zu zwingen. »Ein Angestellter, der nur auf Freiheit pocht und auf ihr beharrt,« stellt Hubbard fest, »wird zum Sklaven werden«. Scientology ist bei aller verschnörkelten Theorie, die mit vielen Termini hantiert, recht pragmatisch ausgerichtet. So zeigt sich, wie nützlich die Theorie von den 8 Dynamiken für die Führer der Spätbourgeoisie sein kann. »Zwei Gruppendynamiken können einander als Teams gegenüberstehen,« stellt Hubbard fest. »Die Erste Dynamik (Selbst-Dynamik) kann sich beispielsweise mit der Fünften (Lebewesen-Dynamik) gegen die Sechste (Universums-Dynamik) verbünden und so ein Spiel eröffnen. Mit anderen Worten, die Dynamiken bieten eine Übersicht über die Möglichkeiten verschiedener Team- und Spielkombinationen. Jeder ist an vielen Spielen beteiligt.« »Wenn jemand entdeckt, dass er nur auf der Ersten Dynamik spielt und dass er zu keiner anderen gehört, kann man mit Bestimmtheit sagen, dass er verlieren wird, denn er hat die übrigen sieben Dynamiken gegen sich.«³¹ Deshalb empfiehlt Hubbard den Führern von bürgerlicher Ökonomie und Politik, zum »Pandeterminismus« zu greifen. Hier werden »mehrere Seiten eines Spiels« systematisch verbunden. Die Teams im Unternehmen können entsprechend mit Menschen besetzt werden, deren Dynamikkombination für das Unternehmen von großem Vorteil sein kann. Das »Spiel« mit der richtigen Teambesetzung ist, so Hubbard, ausschlaggebend für den Erfolg eines Managements. »Übrigens ist das der Hauptgrund, weswegen Diktaturen versagen. Für einen einzigen Mann ist es fast unmöglich, über die Gesamtheit der Spiele eines Volkes allbestimmend zu sein.«³² Der moderne Kapitalismus mit seiner vielschichtigen Arbeitsteilung und Spezialisierung braucht Teams, keine Einzelkämpfer, die glauben, sie könnten das »Spiel« der spätbürgerlichen Konkurrenz allein auf dem Weltmarkt austragen³³. Auch die Französische Revolution sei an dieser Eitelkeit und übertriebenen Freiheitssucht zugrunde gegangen. »Das Volk versuchte,« so Hubbard, »sofort die Regierungsmacht zu übernehmen und, erzogen dazu und gewöhnt daran, gegen jegliche Beschränkung zu protestieren, wählte es ›Freiheit‹ zum Kampfzweck. Bald gab es keine Schranken oder keine

30 Ebenda, S. 54.

31 Ebenda, S. 55.

32 Ebenda, S. 56.

33 »Scientology ist eine Gefahr für den Wirtschaftsstandort Deutschland«, so Elmar Halbach vom Deutschen Industrie- und Handelstag. Es bestehe nicht nur die Gefahr, dass Unternehmen, die von der Organisation unterwandert seien, finanziell ausbluten. »Wir gehen auch davon aus, dass Scientologen Betriebsgeheimnisse ausspionieren und das so gewonnene Wissen zu eigenen Zwecken verwenden.« Um dieser Form der Kriminalität zu begegnen, »deren Dunkelfeld nur schwer abzuschätzen ist«, setzt sich der DIHT für ein entschlossenes und gemeinsames Vorgehen von Staat und Wirtschaft ein. »Dazu kann und darf es aber nicht sein, dass Bund und Länder Scientology weiter als Religion betrachten und die Bekämpfung bei Ministerien für Jugend oder Familie ansiedeln«, so Halbach. Der Kampf gegen Scientology müsse jetzt endlich unter der Verantwortung der Innenministerien geführt werden. Halbach weiß vom Konkurrenzfeind in Übersee, der sich hinter der Scientology-Kirche versteckt. Er weiß auch, wie sehnsüchtig seine Mitglieder nach Managementmethoden suchen, um besser auf dem Weltmarkt agieren zu können. Hier greift Scientology an.

34 Ron Hubbard: Sciencology – Die Grundlagen des Denkens, S. 57.

35 »Eine ideale Gesellschaft wäre eine Gesellschaft nichtaberrierter Menschen (»Clears«). Vielleicht werden in ferner Zukunft nur dem Nichtaberrierten die Bürgerrechte verliehen? in einem Staat der reinen Vernunft. Vielleicht erreichen wir einmal das Ziel, dass nur der Nicht-aberrierte von solcher Staatsbürgerschaft profitieren kann».

»Wenn in unseren Gruppen besseres Recht ist ... und wenn ein hoher Sinn für Befehle da ist, werden sich die Leute unter uns bewegen und eine größere Sicherheit und Gewißheit in uns finden. ...Alles, was wir tun müssen ist Expansion erreichen und die Obergewalt in der Gesellschaft.« Ron Hubbard: HCO-Führungsbrief, 18. März 1965.

36 Ron Hubbard: Sciencology – Die Grundlagen des Denkens, S. 141.

37 Ebenda, S. 57.

38 Ebenda, S. 58.

Einschränkungen mehr. Die Gesetze der Regierung wurden verworfen. Diebstahl und Räuberein traten an Stelle der Volkswirtschaft.«³⁴ Das Volk, zu denen das frühe Bürgertum, die Bauern und das Proletariat zählten, kämpften für Freiheit von der absolutistischen Herrschaft der Aristokratie, die Leibeigenschaft, Handels- und Produktionskontrolle des Bürgertums durch Zollschranken bedeutete. Die Freiheitsrufe von 1789 forderten die Freiheit der Bourgeoisie, die sich auf die Gleichheit der bürgerlichen Produktion berief, bei der allein die Ware (Produkte und Arbeitskraft) als Wertmaßstab dienen und nicht länger die Abstammung eines Menschen über dessen gesellschaftlichen Rang entscheiden sollte. Als Napoleon Bonaparte mit seinen Kriegen ganz Europa in diesen Schlachtruf zwingen wollte, scheiterte er schließlich an seiner eigenen Sucht, kaiserlich, also aristokratisch, werden zu wollen. So erlebte die bürgerliche Revolution nach Napoleon einen Rückfall in die Zeit der aristokratischen Herrschaft. Dies lag also nicht an der schrankenlosen Freiheit, sondern an der Wankelmütigkeit der frühen bürgerlichen Revolutionäre, die sich am Glanz und Gloria des Adels berauschten und sich mit diesem verbündeten. Hubbard interessiert die europäische Geschichte natürlich nicht, er will lediglich die Denker dieser Zeit (Hegel, Goethe, Schiller etc.) aus den Köpfen der Europäer vertreiben. Denn mit diesen Denkern in den Köpfen von Schülern und Studenten ist kein imperialistisches Reich der Vernunft zu vergrößern und zu stützen. Deshalb ruft Hubbard auf zur Einschränkung der Demokratie. »Wenn niemand in einem Staat die Verantwortung für Einschränkungen übernehmen will, werden diese scheinbar mehr und mehr abnehmen. In Wirklichkeit vermehren sie sich aber. Ohne jegliche Schranken wird das Leben ziellos, ist Zufälligkeiten unterworfen und wird chaotisch.« Diese Verantwortung soll natürlich nur in die Hände der »Clears«, also der »Thetans« auf Stufe 4 gelegt werden.³⁵ »Wenn auch alle Menschen mit gleichem Recht vor dem Gesetz geschaffen sind, zeigt doch eine Untersuchung der Menschen in der Gesellschaft rasch, dass nicht alle mit dem gleichen potentiellen Wert für ihre Mitmenschen geschaffen sind.«³⁶ Diese politische Leitlinie setzten seine Anhänger in ihren Kommunikationsschulungen und Eliteförderungen ganz konkret um.

»Ein guter Vorgesetzter«, sagt Hubbard, »muss imstande sein, für Einschränkungen Verantwortung zu tragen, denn Freiheit gibt es nur dort, wo es Schranken gibt.«³⁷ Mitbestimmung kürzen, Basisdemokratie verhindern, Abschaffung des Abtreibungsparagrafen verhindern, das ist ganz im Sinne Hubbards; denn »der Mensch, der bereitwillig Hindernisse und Schranken akzeptiert und sich nicht vor ihnen fürchtet, ist frei. Wer immer nur gegen Schranken und Hindernisse kämpft, wird sich gewöhnlich in ihnen verfangen. Will man einen ewigen Krieg haben, braucht man sich nur darauf zu versteifen, keinen Krieg haben zu wollen.«³⁸ Anders formuliert: Die »Clears« in den Regierungen und Konzernen wissen, was sie tun, um das System zu schützen! Kritisiert sie also nicht, auch wenn sie Bomben auf Beirut oder Kabul werfen! Die Negation ihrer Taten führt nur zur extremeren Fortsetzung ihrer Taten! Also stört sie nicht! Widerstand ist zwecklos!

Sciencology »spielt« mit der Todesfurcht der Menschen. Die politische und ökonomische Stabilisierung des Kapitalismus, unterstützt

und gefördert durch eine idealistische Philosophie mit typisch amerikanischer Prägung, bilden den Kern von Scientology. Diese Ideologie an viele einzelne Menschen zu vermitteln, ist die Aufgabe von »Auditierungen«, Berater- und Managertrainings, Zeitungen, Beichten und »Persönlichkeitstests«. Dabei nutzen sie die Angst der Menschen vor Krankheit und vor dem Tod, um ihnen mit scheinbar wissenschaftlichen Floskeln und Technologien diese Ängste zu nehmen. Anders als bei Verkündern von religiösen Lehren, ob in Kirche oder Sekte, gibt es bei Scientology keine Offenbarung. Eine Offenbarung, die geglaubt werden muss, sonst wäre sie keine Offenbarung, und die nicht auf persönlicher Ansicht, Erfahrung, Erlebnis basiert, ist aber die Grundlage jeder Kirche und Sekte. Dass Moses auf dem Berg Sinai die zehn Gebote von Gott bekam, muss geglaubt werden. Die Kirche, die in ihren Anfängen aus Sekten entstanden ist, mischt sich, anders als die Sekte, nicht in die unmittelbare Umsetzung dieser Offenbarung im Alltagsleben des einzelnen Menschen ein. Ron Hubbard hat seine Theorie zwar an die Religionsbedürfnisse vieler westlicher Buddhisten und religiösen Sektenfirmen der USA angelehnt, aber er schuf keine Offenbarung. »So wie im Buddhismus davon ausgegangen wird, dass jeder die Buddhanatur in sich trägt«, so könne durch Scientology »eine Person zu ihrer eigentlichen Natur und Stärke zurückkehren«³⁹. Zwar bezeichnet er die »Achte Dynamik« als »Unendlichkeits- oder Gott-Dynamik«, aber er weist selbst »ausdrücklich darauf hin, dass Scientology als Wissenschaft nicht in die Dynamik des höchsten Wesens eindringt«.⁴⁰ An anderer Stelle bemerkt er, man könne die Existenz »Gottes und andere geistige Erscheinungen« als »Theta-Universum klassifizieren«.⁴¹ Da mit »Theta« aber die Person selber gemeint ist, »nicht ihr Körper oder ihr Namen, das physikalische Universum, ihr Verstand oder sonst irgend etwas«⁴², hat dieses »Theta-Universum« nichts mit dem »Reich Gottes« gemeinsam. Die »Ron's Org« betont: »Scientology ist überkonfessionell, jede Person jeden Glaubens kann Scientology anwenden, um sich zu verbessern.«⁴³ Eine Offenbarung gibt es bei Scientology also nicht, folglich geht es hier, trotz vieler Kirchengebäude und liturgischer Zeremonien, nicht um eine Kirche oder Sekte. Scientology, das eben macht diese Ideologie für viele Menschen, die gewohnt sind, nur das zu glauben, was sie sehen, so interessant. Scientology will als Wissenschaft verstanden werden. Das unterscheidet Scientology von jeder Kirche und jeder Sekte, wo geglaubt wird, und wo dieser Glaube als entfremdetes Selbstbewusstsein gepredigt und in der Sekte kleinlichst gelebt wird. Dieses entfremdete Selbstbewusstsein, das ja an die Handlungen der Menschen gattungsmäßige Anforderungen stellt, ist deshalb kein wirkliches, sondern ein entfremdetes Selbstbewusstsein, weil es den Menschen nicht selbst als Schöpfer seiner Geschichte setzt, sondern ein Subjekt, das dem Menschen die gattungsmäßigen Zügel halten soll. Scientology führt seine Anhänger zu einem spätbürgerlichen Bewusstsein, das behauptet, wissenschaftlich zu sein und die Menschen als partikulare Wesen auf sich selbst fixiert. Diese auf sich selbst bezogenen »Führer« der künstlerischen, technischen und ökonomischen Elite der Spätbourgeoisie bekommen mit Scientology ein Kommunikations-Handwerkszeug für die zu Führenden geliefert.

39 Ebenda, S. 7.

40 Ebenda, S. 44.

41 Ron Hubbard: Die Wissenschaft des Überlebens, S. 68.

42 Rons Org, S. 40.

43 Ebenda, S. 11.

44 Fragen aus dem Testbogen: »45. Fühlen Sie oft, daß Leute Sie beobachten und hinter Ihrem Rücken über Sie sprechen? 46. Geraten Sie immer in Schwierigkeiten? 47. Haben Sie irgendeine bestimmte Abneigung oder Angst? ... 53. Hat ein Unfall oder ein anderes störendes Geschehnis Nachwirkungen auf Sie? ... 71. Setzen Sie sich oft hin und ›grübeln‹ über Tod, Krankheit, Schmerz und Kummer nach? ... 88. Wenn wir in ein anderes Land einmarschieren würden, hätten Sie Verständnis für die Kriegsdienstverweigerer in diesem Land?«

45 Ron Hubbard: Scientology – Die Grundlagen des Denkens, S. 63.

46 Marx-Engels-Werke (MEW), Bd. 40, S. 539.

47 Ron Hubbard: Scientology – Die Grundlagen des Denkens, S. 64.

Dieses Handwerkszeug stützt keine Offenbarung und kein Selbstbewusstsein, weder ein entfremdetes und schon gar nicht ein wirkliches. Da die Kirchen und Sekten vielen jungen Menschen den Weg zu einem wirklichen Selbstbewusstsein nicht zeigen können, Scientology aber so tut, als könnte sie dieses Ziel wissenschaftlich und in freundlich glänzender Atmosphäre vermitteln, beginnen diese suchenden Menschen, zunächst noch skeptisch, zu Beginn ihres Kontaktes zu Scientology mit den sogenannten Persönlichkeitstest⁴⁴, der genau die Fragen stellt, die jeder vereinzelte, in seiner Partikularität verhafteter, dabei sensible und kreative Mensch mit Ja beantwortet. So die Frage: »Setzen Sie sich oft hin und ›grübeln‹ über Tod, Krankheit, Schmerz und Kummer nach?« Hier ein Ja angekreuzt und schon ist man mit Scientology im Gespräch. »Ich bewies eher wissenschaftlich, als auf religiöser oder humanitärer Grundlage,« antwortet Ron Hubbard auf die Todesfurcht des modern partikularisierten Menschen eingehend, »dass sich die eigentliche Persönlichkeit vom Körper und vom Sinn willentlich, und ohne körperlichen Tod und Geistesstörung hervorzurufen, trennen lässt.«⁴⁵ Hubbard unterstreicht hier erneut, dass er nicht religiös, sondern in seinem Sinne wissenschaftlich denkt und handelt. Diese Hubbard-Wissenschaft trennt einfach den »Thetan«, also den Geist oder die Persönlichkeit des vereinzelten Menschen von dessen Körper, schon ist der Tod in Klammern gesetzt. Leben und Tod bilden keine Einheit mehr. Wird aber der Tod aus der Einheit zum Leben gelöst, so gibt es auch kein Leben, jedenfalls kein wirklich gegenständliches und sinnliches Leben mehr, das ja nur sinnlich werden kann, wenn es auf andere Menschen, auf die Gesellschaft, bezogen ist. »Das bestimmte Individuum ist nur ein *bestimmtes Gattungswesen*, als solches sterblich.«⁴⁶ Die Kontinuität des menschlichen Gattungswesens existiert, trotz der Sterblichkeit des einzelnen Menschen. Im Tod treffen sich also diese Kontinuität des gesellschaftlichen Seins, des menschlichen Gattungswesens mit der Diskontinuität des Naturseins des einzelnen Gattungsexemplars. Scientology kann diesen Schnittpunkt nur deshalb ignorieren, weil es die Kontinuität des Gattungswesens tatsächlich gibt. Diese Kontinuität wird einfach auf das einzelne Mitglied der bürgerlichen Gesellschaft übertragen, das lediglich die Kontinuität des Gattungswesens, natürlich als bürgerliche, in sich verinnerlichen muss, schon scheint die Diskontinuität der einzelmenschlichen Natürlichkeit verschwunden zu sein. Gegen seinen ideologischen Hauptfeind gerichtet, den dialektischen Materialismus, sagt Hubbard: »Der gesamte Kult des Kommunismus beruht auf der Annahme, dass man nur einmal lebt, dass nach dem Tode nichts mehr kommt, und dass das Individuum keine religiöse Bedeutung hat. Dieser Zustand liegt auf einem sehr tiefen Niveau, da er jegliche Selbsterkenntnis ausschließt.«⁴⁷ Selbsterkenntnis ist für Scientology nicht die Erkenntnis der Schnittstelle der beschriebenen Kontinuität und Diskontinuität im menschlichen Leben, sondern das »Wissen« von der eigenen Kontinuität als bürgerliche, deren »Thetan« stets in einen neuen einzelnen Körper schlüpft. Der Widerspruch von Gattung und individuellem Gattungswesen wird auf diese Weise gedanklich aufgelöst. Die Todesangst des spätbürgerlichen Subjekts ist aber keine »Kopfangelegenheit«, sondern eine des Seins selbst. Sie ent-

steht durch die Partikularisierung des gesellschaftlichen Seins im Kapitalismus, in dem Konkurrenz statt Gattungsmäßigkeit vorherrscht. Der einzelne Mensch fühlt sich im Widerspruch zum Ganzen. Er wird arbeitslos, entspricht nicht den Anforderungen des Systems, verrichtet monotone und oft menschenunwürdige Arbeit, die er nur leistet, um Geld zu verdienen. Dieses gesellschaftliche Sein produziert Todesangst des einzelnen Menschen, die Hubbard für seine Ideologie nutzt, für die das Sein aber nicht als Sein existiert. Wenn Hubbard »religiöse Bedeutung« sagt, dann meint er den »Thetan«, der ewig lebt und der nie aufhört zu existieren, wenn, ja wenn man sich nicht vom dialektischen Materialismus verleiten lässt, der das Bewusstsein in ständig sich verändernde Beziehungen zur Natur und zum gesellschaftlichen Sein setzt. Der »Thetan« erhält als gattungsmäßiges Geisterwesen »verschiedene Eindrücke, u. a. direkte Bilder des physischen Universums sowie außerdem Eindrücke früherer Aktivitäten und – was am wichtigsten ist – er empfängt, da er dem absoluten Wissen sehr nahe ist, über die Vergangenheit und Zukunft Auffassungen, die von den unmittelbar vorliegenden Reizen unabhängig sind. In seiner Gesamtheit ist der Sinn kein Reiz-Reaktions-Mechanismus, wie es uns die alte marxistische Philosophie glauben machen wollte, und wie es an Universitäten gelehrt wurde.«⁴⁸ Die menschlichen fünf Sinne, die ja organisch an den Körper gebunden sind, muss dieser Hubbard-Idealismus in seiner Bedeutung für unser Leben negieren. Die fünf Sinne, mit denen wir Menschen Ausbeutung, Trauer, Depression, Unterdrückung, Hunger, Elend und Krieg, aber auch Liebe, Lust, Freundschaft und Solidarität sehen, hören, riechen, fühlen und schmecken können, will Scientology gegen einen »Thetan« austauschen, dessen »absolutes Wissen« über Vergangenheit und Zukunft antidemokratisch, aggressiv, rassistisch und antifeministisch ist. Einen toten Menschen gibt es für Scientology nicht, denn es hat auch niemals einen lebendigen, also gegenständlichen Menschen gegeben. Ein sterbender Mensch »exteriorisiert« bei Scientology lediglich. Der »Thetan« verlässt den Körper und kehrt »zu einem Planeten zurück« und sucht sich »einen anderen Körper von der gleichen Rasse und demselben Typ wie vorher«. Sexualität ist dementsprechend keine sinnliche Beziehung zwischen zwei Menschen, sondern sie ergibt sich aus der Tatsache, dass der Mensch »ängstlich darum bemüht ist, für die Zukunft etwas zu schaffen, um etwas zu haben, zu dem der Thetan zurückkehren kann. Daraus ergibt sich auch die Besorgnis um Sex. Für das nächste Leben sollen genügend Körper da sein.«⁴⁹ Da Frauen Kinder als räumliche Hüllen für den Thetan gebären sollen, ist ihre gesellschaftliche Stellung und Aufgabe für Scientology klar definiert. Eine Frau, die es gar wagt, ihr Kind abzutreiben, rutscht auf der menschlichen Werteskala des Ron Hubbard auf die Stufe 1.1.⁵⁰ Und, so Hubbard, »leichte Geburten können nur bei Frauen erwartet werden, die relativ hoch auf der Tonskala sind.«⁵¹ »Der Historiker,« so Hubbard, könne daher »den Punkt, an dem eine Gesellschaft ihren steilsten Niedergang beginnt, genau auf den Augenblick festlegen, an dem die Frau in gleicher Position mit dem Mann an politischen und geschäftlichen Angelegenheiten teilzunehmen beginnt, denn das bedeutet, dass die Männer dekadent und die

48 Ebenda, S. 67.

49 Ebenda, S. 77.

50 » ... jede Frau die ihr Kind abtreibt, befindet sich im Bereich 1,1 oder tiefer...« Ron Hubbard: Die Wissenschaft des Überlebens, S. 131.

51 Ebenda.

52 Ebenda, S. 133.

53 Auf dieser Stufe 4: »Nahezu unfallsicher. Keine psychosomatischen Krankheiten. Nahezu immun gegen Bakterien.« Hubbards Tabelle der Einstufung des Menschen.

54 Eine Wissenschaft braucht Termini. Also schuf Hubbard ein ganzes Arsenal solcher Termini, die Kompetenz vermitteln sollen.

55 Ron Hubbard: Die Wissenschaft des Überlebens, S. 17.

56 Ron Hubbard: Scientology – Die Grundlagen des Denkens, S. 43.

57 Ron Hubbard: Die Wissenschaft des Überlebens, S. 140.

Frauen nicht mehr Frauen sind.«⁵² Der Kapitalismus ist eine von Männern dominierte Gesellschaft. So soll es in der Vorstellung der Scientology auch bleiben. In dieser Gesellschaft muss keiner sterben, wenn er denn seinen Thetan auf Stufe 4 (»Mest-Clear«⁵³) zu bringen versteht. Auf dieser »Brücke« zu Stufe 4, wo sich »MEST« (physisches Universum)⁵⁴ und Theta harmonisch gefunden haben, sollen die Auditoren ihre Preclears führen. »Theta plus MEST ist gleich Leben.« Jedoch, so Hubbard, »kommen Theta und MEST zu heftig zusammen, so geraten sie in einen Aufruhr, den wir Schmerz nennen.« Da es in der Vergangenheit eines Menschen häufig zu derartig »heftigen Zusammenstößen« kommt, besteht die Aufgabe des Auditors mit Hilfe des E-Meters darin, diese Erlebnisse ausfindig zu machen, um sie zu vernichten. Denn eine Traumatisierung, die ein Mensch erlebt hat, soll nicht geheilt werden, sie soll aus dem »Speicher« gelöscht werden. Ein »Mest-Clear« programmiert sich auf die Gegenwart, indem er sich den persönlichen Erlebnissen und den geschichtlichen Erfahrungen eines Volkes nicht mehr kritisch zuwendet. Gelingt es, durch Programmierung auf die gegenwärtigen Aufgaben (Erfolg, Umsatz, Geld, Sex etc) die Traumatisierung aus der »Festplatte« zu löschen, kann der Mensch in der Tonskala aufsteigen. »Um eine Person auf dieser Tonskala hochzubringen, muss man lediglich Theta aus Entheta (Theta, das zu stark in MEST hineingepresst wird, wird zu Entheta. MEST, das zu stark in Theta hineingepresst wird, wird zu EnMEST) zurückgewinnen oder Entheta in Theta umwandeln – mit anderen Worten, die Aufspeicherungen von Enturbulierung aus dem Leben einer Person entfernen oder dafür sorgen, dass sie nicht mehr restimuliert sind. Ein Auditor versucht nicht, irgendetwas zu heilen. Er hebt einfach die Tonstufe an.«⁵⁵ Die spätbürgerliche Gesellschaft soll sich aber nicht nur auf harte und tollkühne »Clear«-Männer stützen, sondern sie müssen von »weißer Rasse« sein! Denn, so Hubbard, »während man die weiße Rasse als Dritte Dynamik bezeichnen würde, bilden alle Rassen zusammen die Vierte Dynamik.«⁵⁶ Da für Scientology in der »Dritten Dynamik« »Schule, Gesellschaft, Stadt, Nation« gebildet werden und in der »Vierten Dynamik« der »Drang zum Dasein als Menschheit« vollzogen wird, ist klar, dass in den Augen von Scientology die »weiße Rasse« überall dort dominant sein muss, wo es um Macht und Vorherrschaft in der Welt geht. Wie hatte Hitler gesagt? »Die weiße Rasse kann (...) ihre Stellung nur dann praktisch aufrechterhalten, wenn die Verschiedenartigkeit der Lebensstandards in der Welt aufrecht erhalten bleibt.« So sieht das auch Scientology. Der Mensch, der die Tonskala 2,0 nicht erreicht, kann nur »Nörgeln und grobe Kritik« üben und ist dazu noch »unehrlich«, alles in allem ein »Unmensch«, der nur durch den scientologischen »Übermenschen« gerettet werden kann. »Der potentielle Wert jedes Menschen«, so Hubbard, »entspricht einem numerischen Faktor, der seine strukturmäßige Intelligenz und Fähigkeit, multipliziert mit seinem freien Theta in der x-ten Potenz, ausdrückt, unterhalb der Linie 2,0 liegt, einen negativen Wert für die Gesellschaft, ganz ungeachtet seines potentiellen Wertes.«⁵⁷

Bleibt zu hoffen, dass es viele »Nörgler« und »Kritiker« geben wird, die der spätbürgerlichen Weltanschauung von Scientology eine humanistische gegenüber stellen können.

MICHAEL WOLF

Sozialpolitik und Soziale Arbeit jenseits des Wohlfahrtsstaats: Leben auf eigenes Risiko¹

»Verwundbarkeit und Unsicherheit der eigenen Existenz und die Notwendigkeit, Lebensziele unter den Bedingungen akuter und nicht aufhebbarer Ungewißheit zu verfolgen, werden in einer durchschnittlichen modernen Gesellschaft dadurch verstärkt, daß alle Lebensäußerungen den Kräften des Marktes ausgesetzt sind. [...]

Der heutige Staat hat mittlerweile seine früheren programmatischen Eingriffe in die vom Markt geschaffene Unsicherheit aufgegeben oder sehr stark eingeschränkt, er hat die Fortdauer und Intensivierung der bestehenden Unsicherheit verkündet.«

Zygmunt Bauman

»Das Tolerieren einer Unterklasse ist wirtschaftlich machbar und politisch risikolos. Aber es verrät eine Bereitschaft, die Grundwerte des Bürgerstatus – gleiche Teilnahmerechte für alle – für eine Kategorie von Menschen außer Kraft zu setzen, wodurch überdies der diesen Werten immanente Anspruch auf eine universale Geltung geschwächt wird. Anders gesagt, wenn wir es zulassen, daß, sagen wir, fünf Prozent der Bevölkerung der Zugang zu unserer Bürgergemeinschaft verwehrt wird, dann sollten wir uns nicht wundern, wenn überall in der Gesellschaft Zweifel an der Gültigkeit unserer Werte aufkommen.«

Ralf Dahrendorf

I

Wir sind Zeugen eines radikalen gesellschaftlichen Umbruchs, dessen längerfristige Konsequenzen noch gar nicht so recht abzusehen sind. Gern will man uns glauben machen, daß mit dem 11. September 2001 die Welt eine andere geworden sei.² Aber es ist nicht der Terrorismus, durch den unsere Zivilisation aus dem Gleichgewicht gerät, sondern es sind die Kräfte, die in ihrem Inneren wirken, die Gesetze des Marktes, denen alles untergeordnet wird. Die gegenwärtige Metamorphose der Gesellschaft stellt sich dar als ein rücksichtsloser Bruch mit ihrer eigenen Geschichte. An die Stelle eines Individuen und Gesellschaft miteinander verbindenden *contrat social*³ tritt zunehmend ein Partikularismus, der sich allein an wirtschaftlichem Erfolg orientiert und dem die Durchsetzung ökonomischer Interessen auch mit den Mitteln »außerökonomischer Zwangsgewalt« (Blanke et al. 1975: 425, 471) als legitim erscheint. Von daher wundert es einen auch nicht, daß mit der ökonomischen Globalisierung auch die Globalisierung der Gewalt Schritt hält. Daß von diesem Gesellschaftsvertrag immer mehr Abstand genommen wird, läßt sich überall erkennen: an der Arroganz, mit der die Apologeten der fundamentalistischen Heilslehre des Neoliberalismus das Gesetz der freien Konkurrenz als das einzige Gesetz, das sie gelten lassen, verkünden und durchsetzen, an dem massenhaften Anstieg der Ar-

Michael Wolf – Prof. Dr. rer. pol., Sozialwissenschaftler, Hochschullehrer für Sozialpolitik und Sozialplanung am Fachbereich Sozialwesen der Fachhochschule Koblenz. Zuletzt in UTOPIE kreativ: Hartz IV: ausgrenzende Aktivierung oder Lehrstück über die Antastbarkeit der Würde des Menschen, Heft 194 (Dezember 2006).

Kontakt: wolf@fh-koblenz.de

1 Der Beitrag greift Überlegungen auf und vertieft und verbreitert sie, die unter dem Titel »Die neoliberale Restrukturierung personenbezogener sozialer Dienstleistungen. Kritische Notate zur Sozialen Arbeit im schumpeterianischen Workfare State« anlässlich der Fachtagung »Unsere Zukunft als Dienstleister in einem sich wandelnden Umfeld« des Berufsbildungswerkes (BBW) Neuwied am 7. April 2006 vorgetragen wurden.

2 Vgl. aus einer welt-politischen Perspektive kritisch zur These eines ›Geschichts- oder Epochenbruchs‹ bzw. einer ›Zeitenwende‹ Müller (2003).

3 Diese politische Vokabel der Aufklärung ist untrennbar mit Rousseau (1979: 16 ff.) verbunden, der sie in Opposition zu den politischen Theorien des Besitz-

bürgertums einführt und sich für eine Gesellschaftsordnung ausspricht, durch die die Individuen auf der Basis einer freiwilligen Vereinbarung sich zur prinzipiellen und unter bestimmten Umständen aufkündbaren Bereitschaft verpflichten, zum Zwecke der Selbsterhaltung sowie der Erhaltung der Freiheit aller wie auch der Sicherung des Fortbestands des Gemeinwesens, des *corps social*, auf die Durchsetzung persönlicher Freiheiten und Interessen zu verzichten.

4 Zum Kampf um den Normalarbeitstag vgl. immer noch Marx (1977: 279 ff.).

5 Der Sachverhalt, daß die Vergesellschaftung der Produktion von Wohlfahrt in unterschiedlichen Formen erfolgt, die einer je spezifischen Logik unterliegen und zueinander in einer sowohl komplementären als auch konkurrierenden Beziehung stehen können, wird in der sozialwissenschaftlichen Literatur mit den Begriffen ›Wohlfahrtsmix‹ oder ›Wohlfahrtspluralismus‹ umschrieben (vgl. Evers 1990, Evers/Olk 1996).

6 Vgl. hierzu etwa mit Bezug auf Léon Bourgeois, neben Charles Gide wichtigster Protagonist der Bewegung des Solidarismus, mit der sich in Frankreich der Wohlfahrtsstaat Bahn brach, Zoll (2000: 78 ff.) sowie fern Ewald (1993: 462 ff.).

7 Weil sie immer auch Prozesse der Reorganisation der Ökonomie sind, die in aller Regel mit einer Reallokation von Produktionsfaktoren einhergehen, verursachen gesellschaftliche Modernisierungspro-

beitslosigkeit und der Prekarität der Arbeits- und Beschäftigungsverhältnisse, an dem Ab- und Umbau der wohlfahrtsstaatlichen Sicherungs- und Unterstützungssysteme, an der wachsenden Zahl von Menschen, die aus der Gesellschaft ausgegrenzt werden und denen die Chance auf Teilhabe verwehrt wird. Zugleich wird Abschied genommen von einer Utopie, die seit über 200 Jahren das große Ziel abendländischer Politik war: von einer demokratisch verfaßten Gesellschaft autonomer Individuen, die die Art und Weise ihres Zusammenlebens selbst bestimmen. Im Gegenteil, beschränkt wird ein Weg in einen autoritären Staat, bei dem nicht nur die seit dem späten 18. und frühen 19. Jahrhundert mühsam erkämpften sozialen Errungenschaften wie etwa der Normalarbeitstag⁴ oder die Staat, Wirtschaft und Haushalt miteinander verbindenden⁵ »wohlfahrtsstaatlichen Arrangements« (Kaufmann 1977: 27 ff.) zur Sicherung der Reproduktion der Arbeitskraft bei Krankheit oder Arbeitslosigkeit zum Beispiel den Gesetzen des Marktes geopfert werden, sondern bei dem auch die Leidtragenden dieser Entwicklung, die sogenannten Modernisierungsverlierer, intensiver gesellschaftlicher Kontrolle und verschärfter staatlicher Repression ausgesetzt sind. Hierbei kommt der Sozialpolitik und der Sozialen Arbeit, gewissermaßen von ihren ursprünglich solidarischen Füßen⁶ auf den nunmehr sozialdarwinistischen neoliberalen Kopf gestellt, eine zentrale Schlüsselstellung zu, indem sie, statt die Sicherung der Existenz zu gewährleisten, fortan subjektive Unsicherheit und Verunsicherung zur Grundlage der von ihr im Einklang mit den Verfechtern der neoliberalen Heilslehre geforderten Eigenverantwortung erhebt.

Wenn wir verstehen wollen, wie dieser sich derzeit in vielen entwickelten kapitalistischen Gesellschaften zutragende Formwandel des Staates herauszubilden vermochte, der beschrieben werden kann als Übergang vom keynesianischen Welfare State zum schumpeterianischen Workfare State, und welche Konsequenzen hiermit für die Sozialpolitik und die Soziale Arbeit einerseits und die davon negativ betroffenen Individuen⁷ andererseits verbunden sind, dann ist wenigstens auf die folgenden drei Punkte etwas genauer einzugehen. *Zum ersten* (Kap. II) ist in groben Zügen zu umreißen, welches Verständnis von Sozialpolitik und Sozialer Arbeit den angestellten Überlegungen zugrunde liegt und in welchem Verhältnis beide zueinander stehen. *Zum zweiten* (Kap. III) wird sich näher mit der Entwicklungsdynamik und den Strukturveränderungen jener hier in Rede stehenden konkret-historischen Gesellschaftsformationen zu befassen sein, die im Vokabular der sogenannten französischen Regulationsschule als Übergang von der fordistischen zur postfordistischen Gesellschaftsformation analysiert und theoretisiert werden. *Zum dritten* (Kap. IV) ist nach den Konsequenzen zu fragen, die sich aus dem Formwandel des Staates vom Welfare State zum Workfare State für die Sozialpolitik allgemein und die personenbezogenen sozialen Dienstleistungen im besonderen ergeben. Verdeutlicht werden soll dies am Fall der Bundesrepublik Deutschland, die unter dem Euphemismus »aktivierender Staat« das propagiert, was im angelsächsischen Sprachraum als Workfare State bezeichnet wird. Hierbei wird die Plausibilisierung der These im Vordergrund stehen, daß an die Stelle der bisherigen politischen Programmatik der Gewährlei-

stung von Chancen gesellschaftlicher Teilhabe durch wohlfahrtsstaatliche (Re-)Integrationsmaßnahmen die neoliberale Praxis der sozialpolitischen Produktion und Verwaltung sozialer Ausgrenzung getreten ist, was letztlich für die Soziale Arbeit nichts anderes bedeutet, als selbst einem Prozeß der institutionellen Ausgrenzung unterworfen zu sein.

II

Wirft man einen Blick auf die Geschichte des Wohlfahrtsstaats, eigentlich wäre hier der Plural angezeigt, weil es wegen der nationalen Unterschiede in den politisch-sozialen Machtverhältnissen, den weltanschaulich-politischen Vorstellungen der zentralen Akteure und den jeweiligen institutionellen Arrangements »den« Wohlfahrtsstaat nicht gibt⁸, dann zeigt sich, daß dieser, und zwar ungeachtet des Plurals, entstanden ist als historisch notwendige politische Antwort auf negative Auswirkungen des Umbruchs von der feudalen, agrarisch-handwerklich geprägten Gesellschaft zur kapitalistisch-industriellen Gesellschaft. Für das Verständnis von Sozialpolitik und Sozialer Arbeit, beides ja Formen, in denen der Wohlfahrtsstaat seinen institutionellen Niederschlag gefunden hat, ist damit zwar ein erster Anhaltspunkt gegeben, der jedoch für deren analytische Durchdringung nicht hinreicht. Hierzu bedarf es eines funktionalen Referenzpunktes, von dem aus sich beide theoretisch bestimmen lassen. Aus einer gesellschaftstheoretisch fundierten Perspektive scheint ein solcher Referenzpunkt zweifellos die staatliche Bearbeitung des mit der kapitalistisch-marktwirtschaftlichen Ökonomie aufgeworfenen Dauerproblems der Sicherung der Reproduktion von Arbeitskraft zu sein. Zur Bearbeitung dieses Problems hat der Wohlfahrtsstaat ein Set von Programmen, Institutionen und Prozeduren herausgebildet, mit deren Hilfe er einerseits umfangreiche Ressourcen in Form von Steuern und Beiträgen an sich zieht und andererseits diese seiner Klientel in Form von Infrastruktur-, Geld-, Sach- und Dienstleistungen zur Verfügung stellt. Dem liegt die folgende Beobachtung zugrunde.

In einer nach dem Prinzip kapitalistischer Warenproduktion organisierten Ökonomie ist die individuelle Existenzsicherung der Arbeitskraftbesitzer strukturell mit Lohnarbeit als dem Normalmodus der Arbeitskraftreproduktion verknüpft. Das heißt, in der Regel sind Arbeitskraftbesitzer gehalten, ihre Arbeitskraft auf einem eigens dafür vorgesehenen Markt, dem Arbeitsmarkt, zu verkaufen, um über den Weg des Tausches Arbeitskraft gegen Lohn ihre Reproduktion sicherstellen zu können. Deswegen erscheint ihnen die Gefährdung der Tauschvoraussetzungen etwa wegen Arbeitslosigkeit, Krankheit, Behinderung, Alter oder fehlender Qualifikation auch als Gefährdung der Arbeitskraftreproduktion selbst. Da, soziologisch gesehen, nun wenig dafür spricht, daß subsistenzmittellose Individuen gewissermaßen spontan oder aber allein aufgrund des »stumme[n] Zwang[s] der ökonomischen Verhältnisse« (Marx 1977: 765) ihre Arbeitskraft auf dem Arbeitsmarkt zum Kauf anbieten, ist die Lohnarbeiterexistenz eine höchst unwahrscheinliche, das heißt sozial und kulturell äußerst voraussetzungsvolle Form menschlicher Existenz, die in aufwendigen Prozessen auf der Ebene der Sozialintegration als »Pflicht normiert«

zesse zumeist Kosten, die von den Betroffenen unter Umständen als höchst schmerzvoll erfahren werden. Dies heißt aber nicht, es gäbe nur Modernisierungsverlierer. Es gibt auch Modernisierungsgewinner. Allerdings gilt es hierbei zu beachten, daß der Status des Gewinners bzw. des Verlierers nicht ein für allemal festgeschrieben ist, weil, spieltheoretisch formuliert, die pay-offs sozialen Handelns, also dessen Gewinne und Verluste, nicht nur sozial, sondern auch zeitlich ungleich verteilt sind, so daß im Zeitablauf aus kurzfristigen Gewinnern auch langfristige Verlierer wie umgekehrt aus kurzfristigen Verlierern auch langfristige Gewinner werden können.

8 Im Hinblick auf die Entstehung und Entwicklung der Wohlfahrtsstaaten vgl. statt anderer Alber (1982) und Flora et al. (1977), hinsichtlich des Versuches, Gruppen ähnlicher nationaler Wohlfahrtsstaaten zu systematisieren, die einflußreiche Studie von Esping-Andersen (1990), ferner Kaufmann (2003), Schmidt (1998) sowie die Beiträge in Lessenich/Ostner (1998) zur Kritik und Weiterentwicklung der von Esping-Andersen entwickelten Typologie.

9 Zum strukturellen Zusammenhang zwischen kapitalistischer Reproduktionsnormalität und Diskriminierung ihrer Abweichungen durch Sozialpolitik vgl. AG Sozialpolitik (1986).

und auf der Ebene der Systemintegration als »Zwang installiert« (vgl. *Offe* 1983: 51) werden muß, wenn sie eine zentrale Rolle bei der Organisation der persönlichen Existenz spielen soll.⁹

Mit Bezug auf diesen Hintergrund können beide, Sozialpolitik und Soziale Arbeit, begriffen werden als politisch institutionalisierte Reaktion auf das für kapitalistisch-marktförmig verfaßte Gesellschaften stets prekäre Problem der gesellschaftlichen Verallgemeinerung des Lohnarbeitsverhältnisses, das zwei Seiten umfaßt. *Zum einen* geht es um die Sicherstellung jenes Kommodifizierung genannten Prozesses, durch den mittels repressions-, sozialisations- und protektionspolitischer Programme, Maßnahmen und Institutionen menschliche Arbeitskraft zur Ware und damit zum Gegenstand von Tauschhandlungen wird. In diesem Zusammenhang wären zu nennen die Kriminalisierung und Verfolgung von alternativen, aber nicht unbedingt legalen oder zumindest sozial geachteten Reproduktionsmöglichkeiten wie Bettel, Diebstahl, Raub oder Prostitution, die staatlich organisierte Vermittlung von die Akzeptanz der Lohnarbeiterexistenz befördernden Normen und Werten sowie die Minimierung des am Arbeitsmarkt zwischen Nachfragern und Anbietern bestehenden Machtgefälles. *Zum anderen* geht es um die Sicherstellung jenes De-Kommodifizierung genannten Prozesses, durch den vornehmlich mittels gesundheits- und transferpolitischer Programme, Maßnahmen und Institutionen a) die Marktgängigkeit von Arbeitskraft beständig aufrechterhalten beziehungsweise wiederhergestellt wird und durch den b) dem Verkaufszwang von Arbeitskraft institutionelle Grenzen gesetzt werden wegen vorübergehender Beschädigung (z. B. Krankheit) oder dauerhafter Entbehrlichkeit (z. B. Arbeitslosigkeit, Alter) oder wegen anderweitigen gesellschaftlichen Bedarfs (z. B. Aufzucht).

10 Formell gesehen, ist den Arbeitskraftbesitzern selbstverständlich freigestellt, ob sie ihre Arbeitskraft verkaufen wollen oder nicht. Im entgegengesetzten Falle wären sie einem Zwangsarbeitsverhältnis unterworfen, einem Arbeitsverhältnis also, das die Organisationsform der ›freien‹ Lohnarbeit auflösen würde.

11 Der Grundsatz der Nachrangigkeit besagt im Kern, daß an erster Stelle alle eigenen Möglichkeiten des Einsatzes der Arbeitskraft, des Einkommens und des Vermögens und sodann die reproduktionssichernden Leistungen anderer gesellschaftlicher (Familie) und staatlicher Instanzen auszuschöpfen sind, bevor die Reproduktionssicherung zum Gegenstand der nach

Mit anderen Worten: Mittels Sozialpolitik und Sozialer Arbeit wird das Lohnarbeitsverhältnis gesellschaftlich verallgemeinert und zugleich individuell annehmbar gestaltet, und zwar indem sie einerseits die marktförmige Verausgabung von Arbeitskraft erzwingen und andererseits selektiven Dispens vom Verkaufszwang erteilen. Da dies jeweils mit Mitteln und in Formen und Ausmaßen erfolgt, die den Wandlungen der politisch-ökonomischen Rahmenbedingungen geschuldet sind, bedeutet dies, daß sich Sozialpolitik und Soziale Arbeit in Wellen bewegen der Erzwingung (Kommodifizierung), der temporären Suspendierung (De-Kommodifizierung) und der Rückkehr zur Erzwingung (Re-Kommodifizierung) des Tausches Arbeitskraft gegen Lohn. Beide erfüllen hierbei drei Kernfunktionen: sie sichern *ökonomisch* die Reproduktion der Arbeitskraft, *politisch* die Reproduktion des loyalen Stimmbürgers und *sozio-kulturell* die Aufrechterhaltung einer als gerecht angesehenen Sozialordnung.

Indem Sozialpolitik und Soziale Arbeit Reproduktionsprobleme bearbeiten, sind sie gewissermaßen definitionsgemäß mit faktischen oder potentiellen Abweichungen von einer als gegeben unterstellten Reproduktionsnormalität befaßt, einer Normalität im Sinne einer sowohl empirisch beobachtbaren Regelmäßigkeit als auch einer verbindlich geforderten sozialen Verhaltensregel. Da eine »Norm all jenes abwertet, was auf sie bezogen nicht als normal gelten darf« (*Canguilhem* 1977: 163), sind mit ihrer Setzung stets auch gesell-

schaftliche Selektionsprozesse verbunden, aufgrund deren Abweichungen vom Normalen je nach Umstand integriert oder ausgegrenzt werden. Mit Bezug auf die Lohnarbeit heißt dies: Hat Lohnarbeit einmal den Status von Normalität erlangt, so bedarf jede Abweichung ihr gegenüber der Rechtfertigung. Je weniger dies gelingt, je weniger also die Abweichungen von der Normalität der Erwerbsarbeit als normale, das heißt als gesellschaftlich legitimierte Suspendierung etiketierbar sind, desto mehr werden sie ausgegrenzt, und zwar je größer Maß und Dauer der Abweichungen sind. (vgl. *AG Sozialpolitik* 1986)

Hieran wird deutlich: Sozialpolitik und Soziale Arbeit stehen zur Reproduktionsnormalität Lohnarbeit in einer Regel-Ausnahme-Beziehung, insofern durch sie allgemein verbindlich geregelt wird, welche Personenkategorien bei welchen Tatbeständen von welchem Zeitpunkt an für welche Zeitspanne mit welchen Statusrechten und welchen materiellen Folgen von der faktischen Pflicht¹⁰ zur Teilnahme am Arbeitsmarkt entbunden werden. Gleichwohl läßt sich bezüglich dieser Regel-Ausnahme-Beziehung ein bedeutsamer Unterschied feststellen, der es rechtfertigt, Sozialpolitik als reguläre und Soziale Arbeit als irreguläre Form der Ausnahme zu bezeichnen. Der über den Grundsatz der Nachrangigkeit vermittelte Unterschied zeigt sich darin, daß Sozialpolitik der Standardfall und Soziale Arbeit der Sonderfall der Abweichung von der Reproduktionsnormalität Lohnarbeit als Leitbild gilt. Mithin stellt Soziale Arbeit bezüglich Sozialpolitik eine Ausnahme ersten und bezüglich der Reproduktionsnormalität Lohnarbeit eine Ausnahme zweiten Grades, das heißt eine Ausnahme von der Ausnahme dar.¹¹

Im Falle der Bundesrepublik Deutschland hat sich nun ein hierarchisch gestuftes zweistöckiges Sicherungs- und Unterstützungssystem herausgebildet, in dem die Bewältigung der wohlfahrtsstaatlichen Aufgaben arbeitsteilig erfolgt durch die wechselseitige Verknüpfung zweier distinkter institutioneller Kontexte. Der ›Oberstock‹ oder die ›Beletage‹ des bundesdeutschen Wohlfahrtsstaats, in dem sich vornehmlich die Institutionen der Sozialversicherung befinden, ist zuständig für die Bearbeitung der allgemeinen Risiken, das heißt der Standardrisiken wie Alter, Pflegebedürftigkeit, Krankheit, Invalidität und Arbeitslosigkeit. Die Sozialpolitik ist hierbei darauf gerichtet, mittels ihrer Leistungen ihre Adressaten zu einer Lebensführung zu veranlassen und zu befähigen, die ihnen als selbständige zugerechnet wird. Demgegenüber sind den Institutionen des ›Unterstocks‹ (*Schäfer* 1966: 67) oder des ›Parterres‹ des Wohlfahrtsstaats, der Sozialen Arbeit, jene individuellen, familiären und sonstigen besonderen Aufgaben übertragen, die vom ›Oberstock‹ nicht in Form standardisier- und versicherbarer Leistungen bearbeitet werden können.¹² Im Gegensatz zur Sozialpolitik überläßt Soziale Arbeit als »personenbezogene soziale Dienstleistung« (vgl. grundlegend *Bauer* 2001) ihren Adressaten jedoch nicht selbst die Bearbeitung der Einschränkungen der selbständigen Lebensführung, sondern sie greift aktiv in den Prozeß der Bearbeitung besagter Einschränkungen ein. Soziale Arbeit läßt sich mithin begreifen als eine institutionalisierte Form wohlfahrtsstaatlichen Handelns, das bezogen ist nicht auf die Standardrisiken selbst, sondern auf die Folgerisiken von deren unzureichender Absicherung. Hierbei ist, systemtheoretisch gespro-

dem Fürsorgeprinzip organisierten wohlfahrtsstaatlichen Sicherungs- und Unterstützungsleistungen wird.

12 Vgl. hierzu auch Leibfried/Tennstedt (1985), die mit ihrer Entgegensetzung von »Armenpolitik und Arbeiterpolitik« den gleichen Sachverhalt von ›Unter- und Oberstock‹ ansprechen, oder auch, in systemtheoretischer Perspektive, die Differenzierung zwischen Erst- und »Zweitsicherung« von Bommes/Scherr (2000: 140) sowie ferner Gerstenberger, die auf die zentrale politische Bedeutung der Institutionalisierung der Sozialversicherung hinweist, mit der eine »hoheitliche Scheidung« (Gerstenberger 1981: 43) der ›superioren‹ Arbeiter von den ›inferioren‹ Armen vollzogen wurde. Eine Scheidung, die ihren ›Hebel‹ an den verhaltenssteuernden Momenten des Strebens nach Reputierlichkeit (Aufstiegsorientierung) und sozialer Distinktion (Abstiegsvermeidung) anzusetzen vermag. Was Brückner für die Bevölkerungsmassen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts konstatiert, gilt heute noch ungeschmälert: »Nicht arm, nicht Objekt solcher scherbengerichteten Fürsorge zu werden, nicht in die Randgruppe der ›drop out's‹ zu stürzen, wurde zur permanenten Sorge breiter Bevölkerungsschichten. Wer nichts als seine Arbeitskraft anzubieten hat [...], kann dieser ›Sorge‹ nie ganz entrinnen. Sie motiviert zur zäh festhaltenden Affirmation an Merkmale der ›Herrenschicht‹ – und nicht nur, weil Reputation die Abwesenheit jenes Randgruppen-Elends ausdrückt oder Arbeiter gegen das ›Lumpenproletariat‹ abgrenzt.« (Brückner 1973:

22)

13 Es ist im Grunde unzulässig, von ›dem‹ Regulationsansatz zu reden, da unterschieden werden kann zwischen einer werttheoretischen Variante mit Aglietta und einer preistheoretischen Variante mit Boyer als den wohl jeweils namhaftesten Vertretern; vgl. hierzu die profunde Arbeit von Hübner (1990).

14 Beispiele hierfür wären etwa für eine extensive Akkumulation ohne Massenkonsumtion: Frankreich in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts; für eine intensive ohne: die USA zwischen den beiden Weltkriegen, für eine intensive mit: Westeuropa und die USA seit den 1950er Jahren und für eine extensive mit: die USA seit Mitte der 1960er Jahre, so Hübner (1990: 144) mit Bezug auf Boyer.

15 Da Stabilität und Kohärenz lediglich ›Fluchtpunkte‹ des historischen Prozesses darstellen, sind sie nur zu definieren als dynamischer Gleichgewichtspfad bzw. als Entwicklungspfad mit den geringsten Strukturspannungen.

16 Vgl. den verdichteten Überblick von Lipietz (1985).

17 Der Begriff »Normalarbeitsverhältnis« verdankt sich den erhellenden Überlegungen Mückenbergers (1985; 1986), der damit ein Arbeitsverhältnis charakterisiert, das dauerhaft und kontinuierlich ist, auf Vollzeitbasis erfolgt sowie Qualifikation voraussetzt und an das die geltende Arbeits- und Sozialordnung vorteilhafte Schutz- und Gewähr-(leistungs)funktionen knüpft. Da der Begriff zwei gesellschaftlich wirksame Aspekte

chen, zwischen Exklusionsvermeidung, Inklusionsvermittlung und Exklusionsverwaltung als grundlegenden Funktionen Sozialer Arbeit (vgl. *Bommes/Scherr* 1996) zu unterscheiden. Folgt man dieser Beschreibung Sozialer Arbeit, dann wird klar, daß Soziale Arbeit nicht in der Lage ist, ihre Aufgaben autonom zu bestimmen. Sie wird vielmehr geprägt von den für die Sozialpolitik relevanten politisch-administrativen Strukturen und den sie begründenden Normen. Denn diese legen für die Soziale Arbeit den sowohl organisatorisch-institutionellen als auch ressourcenmäßigen Rahmen fest, innerhalb dessen ihre Aufgabenerfüllung organisiert wird. Infolgedessen sind Umstellungen in der Programmatik des Wohlfahrtsstaats unmittelbar folgenreich für das, was Soziale Arbeit zu leisten vermag.

III

Es wurde einleitend darauf hingewiesen, daß für das Verständnis des sich gegenwärtig vollziehenden Formwandels des Staates vom Welfare State zum Workfare State es erforderlich ist, sich mit der gesellschaftlichen Entwicklungsdynamik und den Strukturveränderungen jener ›Fordismus‹ und ›Postfordismus‹ genannten konkret-historischen Gesellschaftsformationen und insbesondere mit den krisenhaften Übergangsprozessen zwischen diesen näher zu befassen. Dies soll im folgenden in der hier gebotenen Kürze geschehen.

Bei der Analyse kapitalistischer Gesellschaften unterscheidet ›der‹ Regulationsansatz¹³ zwischen Akkumulationsregimen einerseits, das heißt einem als gesellschaftliche Norm gefaßten spezifischen Modus von Produktions- und Konsumtionsbedingungen, und Regulationsweisen andererseits, das heißt institutionalisierten Formen der Verhaltenskoordination. Zu den Akkumulationsregimen zählen vor allem die phasenspezifisch unterschiedlichen Strategien der Kapitalverwertung und Mehrwertproduktion, die Organisationsstrukturen des Arbeits- und Produktionsprozesses, die damit verbundenen spezifischen Reproduktions- und Konsumtionsmuster sowie die mit der Aufteilung des Wertprodukts in Löhne, Profite und Steuern einhergehenden Konkurrenz- und Konfliktverhältnisse. Hierbei können Akkumulationsregime historisch wie national spezifische Formen annehmen, je nachdem, ob es sich um eine extensive oder intensive Akkumulation mit oder ohne Massenkonsumtion¹⁴ handelt. Damit die im Grunde instabilen und konfliktreichen Akkumulationsregime sich im Zeitablauf relativ dauerhaft und kohärent reproduzieren können¹⁵, sind sie auf institutionelle Formen wie etwa politisch-rechtliche Regelsysteme, gesellschaftlich institutionalisierte Kompromisse sowie soziokulturelle Normen- und Wertesysteme angewiesen, die die ökonomischen und gesellschaftlichen Beziehungen regeln und die in ihrer Gesamtheit eine in sich ebenfalls widersprüchliche und konfliktreiche Regulationsweise darstellen. Obwohl Akkumulationsregime und Regulationsweise in einem eigentümlichen und äußerst widersprüchlichen Verhältnis zueinander stehen, bilden sie aber doch als relativ einheitlicher Funktionszusammenhang einen spezifischen Vergesellschaftungsmodus, worin sich die gesellschaftlichen Widersprüche dynamisch bewegen können.¹⁶

Mit dem als »Fordismus« bezeichneten Vergesellschaftungsmodus ist nun jene Gesellschaftsformation thematisch, die sich in etwa datieren läßt von den 30er Jahren bis in die 70er Jahre des vorigen Jahrhunderts. In ökonomischer Hinsicht betrachtet, beruhte das sie charakterisierende Akkumulationsregime auf einer tayloristischen, das heißt hochgradig arbeitsteilig und technologisch effizient organisierten industriellen und standardisierten Produktion von Massenkonsumgütern (»economies of scale«) durch relativ gering qualifizierte Arbeitskräfte und einer dieser korrespondierenden Massenkonsumtion infolge der Verallgemeinerung des Lohnarbeitsverhältnisses. Unter diesen Produktions- und Konsumtionsbedingungen entwickelte sich eine spezifische Regulationsweise beziehungsweise Form des Staates, der unter dem Etikett »keynesianischer Welfare State« von sich reden machte und dessen wesentlichen Spezifika insbesondere die folgenden sind:

- hohes Wirtschaftswachstum,
- nationalstaatlich relativ geschlossener und regulierter Finanzsektor,
- stetige Steigerung des Reallohneinkommens,
- Existenz starker Gewerkschaften,
- Etablierung korporatistischer Arrangements zwischen Staat, Kapital und Arbeit, insbesondere zur Begrenzung von Lohnkämpfen im Hinblick auf die Sicherung von Vollbeschäftigung,
- staatliche Sicherstellung von Vollbeschäftigung durch Umverteilung zugunsten der Nachfrageseite zum Zwecke der Stimulierung der Massenkaukraft,
- kontinuierliche Erweiterung von wohlfahrtsstaatlichen Sicherungs- und Unterstützungssystemen,
- fortschreitende De-Kommodifizierung der Ware Arbeitskraft durch eine zunehmende Institutionalisierung sozialer Bürgerrechte,
- forciertes Ausbauen der Beschäftigung im öffentlichen Dienst.

Insgesamt war die keynesianisch-wohlfahrtsstaatliche Regulationsweise gerichtet auf eine Homogenisierung der ökonomisch-sozialen Lebensbedingungen, die ihren sichtbarsten Ausdruck wohl in dem normativen Leitbild des »Normalarbeitsverhältnisses« (Mückenberger 1985; 1986)¹⁷ fand, sowie auf die Befriedung ökonomisch-sozialer Konflikte durch den Ausbau wohlfahrtsstaatlicher Sicherungs- und Unterstützungssysteme gegenüber den Reproduktionsrisiken einer kapitalistisch-marktförmig verfaßten Gesellschaft.

Vergleichbar mit den anderen »großen Krisen«¹⁸ in der Geschichte des Kapitalismus, zeichnete sich mit der Internationalisierung der ökonomischen Krisenerscheinungen Mitte der 1970er Jahre in dem existierenden Vergesellschaftungsmodus ein Strukturbruch ab, der zum Ausdruck brachte, daß die Wachstumsdynamik des fordistischen Akkumulationsregimes im Rahmen der keynesianisch-wohlfahrtsstaatlichen Regulationsweise an Grenzen gestoßen war, was eine Restrukturierung des Verhältnisses von Akkumulationsregime und Regulationsweise erforderlich machte, um die Voraussetzungen zu schaffen für einen erneuten langfristigen ökonomischen Aufschwung. Dies hatte zur Folge, daß sich der enge Konnex von Ak-

von Lohnarbeit als dem kapitalistischen Normalmodus der Arbeitskraftreproduktion ausdrückt: nämlich zum einen das Faktische im Sinne einer empirisch beobachtbaren Regelmäßigkeit und zum anderen das Geltende im Sinne einer verbindlich geforderten sozialen Verhaltensregel – denn das »Normale bedeutet [...] sowohl Verbreitung wie Demonstration der Norm« (Canguilhem 1977: 163) –, ist es wichtig auseinanderzuhalten, daß das in bezug auf eine Norm genannte Faktum mit eben dieser Norm nicht deckungsgleich ist. Soll heißen, daß das empirische Normalarbeitsverhältnis nicht identisch ist mit seinem normativen Leitbild. Eine Differenz, die bei der Rede von der »Erosion« des Normalarbeitsverhältnisses zumeist übersehen wird, so als ob nach Beendigung des Erosionsprozesses kein Normalarbeitsverhältnis mehr bestünde. Was unter der Voraussetzung des Fortbestehens der kapitalistischen »Basisinstitutionen« (vgl. Müller et al. 1978: 11 ff.) jedoch gleichwohl zu erodieren vermag, ist das jeweils herrschende normative Leitbild.

18 Man spricht für gewöhnlich von »kleinen Krisen« und von »großen Krisen«. Beim ersten Typus der Zuspitzung und Entschärfung von Widersprüchen handelt es sich um adaptive Prozesse innerhalb der von der Produktionsweise vorgegebenen Form bzw. um, regulations-theoretisch gesprochen, »Krisen *innerhalb* der Regulation« (Lipietz 1985: 113). Beim zweiten Typus hingegen entfalten sich die Widersprüche in einer Weise, bei der die strukturellen Formen der gesellschaftli-

chen Reproduktion, innerhalb deren sich die Widersprüche bewegen, mehr oder minder tiefe Brüche erleiden. In diesem Fall spricht die Regulationsschule auch von »Krisen der Regulation« (ebd.). »Große Krisen« fallen demnach zusammen mit den Depressionen der etwa 50 bis 60 Jahre währenden sog. Kondratieff-Zyklen, wie sie in der Theorie der »langen Wellen« über langfristige Entwicklungstendenzen des Kapitalismus beschrieben werden; vgl. statt vieler Altwater (1982), Mandel (1983).

19 Zunächst in Chile unter Augusto Pinochet, der die sog. Chicagoboy's um Milton Friedman, den Vordenker des Monetarismus, nach Santiago holte, um die chilenische Wirtschaft nach den neuen Maßstäben umzugestalten, dann in den USA unter Ronald Reagan, der in radikaler Ausübung eines Laissez-faire-Kapitalismus (Reagonomics) eine völlige Umorientierung hin zu einer reinen Angebotsökonomik herbeiführte, sowie in Großbritannien unter Margaret Thatcher, die ihren Feldzug gegen den Wohlfahrtsstaat und die Gewerkschaften (Thatcherism) unter das Motto »Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen« stellte. Mittlerweile sind neoliberale Programme zu Leitbildern der gesamten europäischen Politik avanciert, wobei unter dem Einfluß von Weltbank und Internationalem Währungsfonds insbesondere in den mittel- und osteuropäischen Ländern der Umbau der Steuer-, Finanz- und wohlfahrtsstaatlichen Sicherungs- und Unterstützungssysteme nach neoliberalen Mustern erfolgte.

kumulation, Wohlfahrtsstaat und Massenkonsumtion, der das »goldene Zeitalter« des Fordismus charakterisierte, zunehmend auflöste. Aus der krisenhaften Zuspitzung der ökonomischen und politischen Entwicklungen, die sich in einem Syndrom aus einer anhaltenden ökonomischen Wachstumsschwäche mit hoher Massenarbeitslosigkeit, einem deutlichen Legitimationsschwund des politischen Systems und einer mit sozialen Ausgrenzungsprozessen einhergehenden Vertiefung sozialer Ungleichheiten bündelte, erwuchs das Projekt der neoliberalen Rekonstruktion der Gesellschaft, dessen Konturen in den 1980/90er Jahren immer deutlicher wurden.¹⁹ Es formulierte eine Strategie zur Überwindung der Krisenphänomene, die im öffentlichen Diskurs erfolgreich präsentiert wurde als ein aus der Logik der kapitalistischen Entwicklungsdynamik resultierender unabwendbarer »Sachzwang«.²⁰

Der von den neoliberalen Apologeten als »Lösung« propagierte Vergesellschaftungsmodus unterscheidet sich in zentralen Punkten von dem an seine Grenzen geratenden fordistischen Modell der Vergesellschaftung. In ökonomischer Hinsicht besteht die »Lösung« bezüglich des Akkumulationsregimes in einer auf der technologischen Grundlage der Mikroelektronik als zentraler »Basisinnovation« (Mensch 1977: 56 ff.) enorm flexibilisierten und spezialisierten Produktion von Massenkonsumgütern mit der Möglichkeit der schnellen Anpassung an die Konsumentenmärkte (»economies of scope«) durch sowohl hoch- wie auch geringqualifizierte Arbeitskräfte in den Kern- beziehungsweise Randbereichen der Produktion und einer infolge der Segmentierung und Polarisierung der Beschäftigtenstruktur in Teilbereichen steigenden konsumtiven Nachfrage. Dieser Restrukturierungsprozeß vollzieht sich im Kontext der »Globalisierung«²¹ genannten Internationalisierung von Produktion und Finanzmärkten auf der Basis sukzessiv deregulierter und liberalisierter Waren-, Dienstleistungs-, Finanz- und Kapitalmärkte, und zwar mit dem Ergebnis, daß die weltweite Entgrenzung der Wirtschaftsräume den noch immer als Nationalstaat verfaßten und damit nach innen gerichteten Wohlfahrtsstaat zwingt, sich in einen Staat umzuwandeln, dessen prioritäre Aufgabe darin besteht, durch Schaffung entsprechender Rahmenbedingungen, sprich »Standortpolitik«, den inter- beziehungsweise transnational operierenden Unternehmen günstige Verwertungsvoraussetzungen zu schaffen. Und das heißt, dem global immer flexibler agierenden Kapital das zu bieten, was es sucht: niedrige Steuern, Sozialabgaben und Löhne.

Will man den neoliberalen Marktfundamentalisten Glauben schenken, denen bekanntlich jeglicher Staatsinterventionismus als ein den Markt lähmendes Gift erscheint, so stellt in der globalisierten Standortkonkurrenz der Nationalstaaten der Staat alter Prägung, insbesondere dessen wohlfahrtsstaatliche Sicherungs- und Unterstützungssysteme, einen kostspieligen Wettbewerbsnachteil dar. Aus diesem Grunde werden die »Evangelisten des Marktes« (Dixon 2000) nicht müde, unter der Signatur der Globalisierung einen Staat zu fordern, der sich aus der Sphäre der Ökonomie vor allem als regulierender und intervenierender Staat zurückziehen und sich auf die Gewährleistung optimaler Verwertungsbedingungen zu beschränken habe, was in concreto heißt, Märkte zu deregulieren, öffentliche Lei-

stungen und Funktionen zu privatisieren, wohlfahrtsstaatliche Ausgaben zu senken und individuelle Rechtsansprüche zu beschneiden, um nur einige der angepriesenen therapeutischen Antidots zu nennen. Unter diesen Bedingungen bildete sich in den letzten Jahren eine neue Regulationsweise beziehungsweise Form des Staates heraus, der im sozialwissenschaftlichen Diskurs unter dem Kürzel des »nationalen Wettbewerbsstaats« (*Hirsch* 1998) beziehungsweise des »schumpeterianischen Workfare State« (*Jessop* 1994) analysiert wird. Beide in der Denktradition des Regulationsansatzes stehenden Konzepte zielen zwar in die gleiche Richtung, betonen allerdings unterschiedliche Aspekte des Formwandels. Während Hirsch den in Rede stehenden Formwandel als Übergang vom »Sicherheitsstaat« zum »nationalen Wettbewerbsstaat« beschreibt und hierbei vorrangig auf die Außendimension der Restrukturierung der Regulationsweise abstellt, d. h. auf die strukturelle Wettbewerbsfähigkeit der nationalen Ökonomie im Kontext der Globalisierung, akzentuiert Jessop mit dem Begriff »workfare state« vorrangig deren Binnendimension.

Charakterisiert ist diese neue Form des Staates durch die folgenden Merkmale:

- schwaches bis mittleres Wirtschaftswachstum,
- deregulierte und globalisierte, das heißt nationalstaatlich entgrenzte Finanzmärkte,
- real sinkende Masseneinkommen,
- Existenz geschwächter Gewerkschaften,
- teilweise politische Ausgrenzung der Gewerkschaften und Stilisierung zu Sündenböcken für die desolate Wirtschafts- und Beschäftigungslage,
- Flexibilisierung des Arbeitsmarktes und Prekarisierung der Lohnarbeitsverhältnisse,
- fortschreitender Abbau von wohlfahrtsstaatlichen Sicherungs- und Unterstützungssystemen,
- verstärkte (Re-)Kommodifizierung der Ware Arbeitskraft durch Aushöhlung sozialer Bürgerrechte,
- Verschlankung des Staates durch Reorganisations- und Privatisierungs- beziehungsweise Vermarktlichungsmaßnahmen.

Im Vergleich zur keynesianisch-wohlfahrtsstaatlichen Regulationsweise kann mithin die des schumpeterianischen Workfare State betrachtet werden als eine, mit der der vormals existierende Klassenkompromiß zwischen Kapital und Arbeit aufgekündigt und durch ein neues Regime herrschaftlicher Ungleichheit ersetzt wird. Dies erfolgt gewissermaßen durch eine Neudefinition des Verhältnisses von Staat und Ökonomie, nach der der Staat die Freiheit des Marktes nicht mehr länger zu definieren und zu überwachen hat. Der Staat hat nun vielmehr eine Entwicklung zu fördern und zu exekutieren, mit der der Markt selbst zum organisierenden und regulierenden Prinzip des Staates wird und bei der die Regierung zu einer Art Unternehmensleitung einer Aktiengesellschaft²² mutiert, deren Aufgabe in der Universalisierung des Wettbewerbs und der Generalisierung des Ökonomischen besteht. Begründet wird all dies vor allem mit Rekurs auf die als naturgesetzlicher ›Sachzwang‹ inszenierte Weltmarktkonkurrenz einerseits und mit dem Hinweis auf den Wohlfahrtsstaat als dem Haupthindernis in der internationalen Konkur-

20 Es gilt bei der Sachzwangrhetorik daran zu erinnern, daß nicht Krisen ›an sich‹, sondern deren spezifische Wahrnehmung und Deutung durch die politischen Akteure den Handlungsdruck erzeugen, den man ihnen interessengeleitet, d. h. zur Legitimation des eigenen Handelns, hypo-stasierend zuschreibt.

21 ›Globalisierung‹ fungiert in öffentlichen und wissenschaftlichen Diskursen vielfach geradezu als Schlüsselbegriff für etwas gänzlich Neues. Diese Auffassung ist zwar nicht völlig falsch, aber auch nicht völlig richtig. Denn das, was gemeinhin ›Globalisierung‹ genannt wird, nämlich die zunehmende Verflechtung ökonomischer Aktivitäten in Form der Internationalisierung von Produktion und Finanzmärkten, ist welthistorisch betrachtet keineswegs neu, sondern hat seinen Ausgangspunkt im Europa des 16. Jahrhunderts. Es ist aber auch nicht so, daß die derzeitigen Veränderungen lediglich eine Fortführung früherer Globalisierungsprozesse darstellen. Charakteristisch für die heutige Situation ist das Überwinden von Raum und Zeit auf der Basis der modernen Informations- und Kommunikationstechnologien, wodurch weltumspannende ökonomische Aktivitäten in ›Echtzeit‹ möglich werden, sowie die Gewichtsverlagerung im Verhältnis von Ökonomie und Politik, bei der letztere zunehmend zur abhängigen Variablen ersterer degradiert wird. Aus der zwischenzeitlich unübersehbar gewordenen auch sozialwissenschaftlichen Literatur vgl. den Überblick von Brock (1997) sowie Friedrichs (1997).

22 Wird der Staat als ›Unternehmen‹ betrachtet, wie es die Rede von der ›Deutschland AG‹ (Ederer/Schuller 1999) sinnfällig beschreibt, besteht die Möglichkeit, sich die Bürger vorzustellen als das dem ›Unternehmen‹ angehörige ›Personal‹, das es für den Wettbewerb unter den Nationalstaaten (Stichwort: ›Standort Deutschland‹) durch eine ›Personalentwicklungspolitik‹ (Stichwort: ›lebenslanges Lernen‹) fit for the job zu machen und auch zu erhalten gilt. Denkbar ist aber auch, so der ehemalige Wirtschaftsminister Werner Müller in seinem dem Buch von Ederer/Schuller beigelegten ›Brief an die Aktionäre‹ (ebd.: 3), die Bürger als Aktionäre zu betrachten, die gegenüber dem Management, also der Regierung, ihre Wünsche und Interessen formulieren können. Demokratietheoretisch höchst problematisch sind beide Sichtweisen, weil sie das Verhältnis zwischen Bürger und Staat bzw. Politik nicht mehr politisch, sondern ökonomisch bestimmen. Für den Gedanken, den Staat als Aktiengesellschaft zu betrachten, gibt es in der klassischen liberalen Theorie zahlreiche Vorbilder, an erster Stelle selbstredend Locke; vgl. hierzu Macpherson (1980: 283 ff.).

23 Sozialpolitik ist entstanden, weil der Lohnarbeiterexistenz die Gefährdung der Arbeitskraftreproduktion infolge von Zahlungsunfähigkeit inhärent ist. Den Arbeitskraftbesitzer zu konzeptualisieren als ›Kunden‹ der Sozialpolitik bzw. Sozialarbeit, mißachtet unzulässig, daß bei Eintritt des Risikofalles ›Lohnverlust‹ es dem Arbeitskraftbesitzer dann

renz um Standortvorteile andererseits. Folgerichtig werden denn auch Sozialpolitik und Soziale Arbeit dem Primat der Ökonomie nach- und untergeordnet, indem sie so umgestaltet werden, daß sie immer weniger als Ausgleich der Marktkräfte fungieren, sondern, ganz im Gegenteil, deren Logik unterstützen, *zum einen*, indem sie durch Ausrichtung an betriebswirtschaftlichen Effizienzkriterien und unternehmerischen Kalkülen selbst einer Ökonomisierung unterworfen werden, *zum anderen* dadurch, daß sie ihre nunmehr zu ›Kunden‹²³ avancierten Klienten mittels Arbeits- und Sozialdisziplinierung zur bedingungslosen marktförmigen Verausgabung von Arbeitskraft anzuhalten trachten²⁴. Daß die Disziplinierungsfunktion der Sozialpolitik und Sozialen Arbeit hierbei keineswegs nur auf diejenigen zielt, die auf staatliche Transferleistungen angewiesen sind, sondern stets und vor allem auch auf die arbeitsfromm-rechtschaffenen und potentiell arbeitslosen Bürger, liegt auf der Hand. Aus Herrschaftsperspektive besteht nämlich ein Interesse am (Fort-)Bestand eines kontrollierbaren wie wahrnehmbar sozial-kontrollierten Armutspotentials, dessen gesellschaftliche Funktion es ist, an ihm die Drohung mit der ›offiziellen Armut‹ demonstrieren zu können. Denn ebenso, wie der durch Sozialpolitik angedrohte Einkommensverlust Existenzängste entfesselt, fördert auch die Angst vor Diskriminierung und Stigmatisierung Tendenzen zur Anpassung.²⁵ Internalisierte Angst vor sozialer Isolierung, sozusagen sublimierte Form des Ostrazismus, und Anpassungsdruck durch soziale Kontrolle arbeiten Hand in Hand: reicht erstere zur Stabilisierung normgerechten Verhaltens nicht mehr aus, übernimmt letztere größere Anteile an der Sicherung der Sozialintegration.

Mit anderen Worten: Während im keynesianischen Welfare State die De-Kommodifizierung von Arbeitskraft im Vordergrund von Sozialpolitik und Sozialer Arbeit stand, gerät im schumpeterianischen Workfare State die Strategie der Re-Kommodifizierung ins Zentrum sozial- und sozialarbeitspolitischer Strategien. Oder, um es in der Sprache der Luhmannschen Systemtheorie zu formulieren: War für den keynesianischen Welfare State eine politische Programmatik kennzeichnend, die die Verhinderung von Exklusion und die Ermöglichung von (Re-)Inklusion zu zentralen staatlichen Aufgaben machte, so wurde diese mit dem paradigmatischen Wechsel zum schumpeterianischen Workfare State hinfällig und ist durch die Produktion und Verwaltung von Exklusion ersetzt worden.

IV

Der hier als Bruch in der keynesianisch-wohlfahrtsstaatlichen Regulationsweise beschriebene paradigmatische Wechsel vollzieht sich derzeit in vielen entwickelten kapitalistischen Gesellschaften, wenn auch mit nationalen Variationen. Auf den Fall ›Bundesrepublik Deutschland‹ soll im folgenden etwas detaillierter eingegangen werden.

Mit dem Kabinettsbeschuß ›Moderner Staat – Moderne Verwaltung‹ (vgl. *Bundesregierung* 1999) vom 1. Dezember 1999 wurde unter der Ägide der neoliberal gewendeten rot-grünen Bundesregierung unter dem damaligen Bundeskanzler Gerhard Schröder erstmals ein Politikprogramm verabschiedet, das als Agenda für die

Umsetzung des Konzeptes des »aktivierenden Staates« gelesen werden kann. Zum Konzept des »aktivierenden Staates« vgl. allgemein Lamping et al. (2002), zu dessen Bedeutung als Ansatz zur Umgestaltung des Sozialstaates im besonderen die Beiträge in Dahme et al. (2003) sowie Mezger/West (2000). Es weist eine gewisse Nähe auf sowohl zu dem in den USA von den Republikanern unter *Bill Clinton* mit dem Versprechen »to end welfare as we know it« (*Clinton, C.*; zit. nach: *Lessenich* 2003: 215) in den 1990er Jahren initiierten und exekutierten wohlfahrtsstaatlichen Reformprogramm wie auch zu dem britischen Reformprogramm des »Dritten Weges«²⁶ (*Giddens* 1999) von New Labour unter *Tony Blair* mit dem Motto »Keine Rechte ohne Verpflichtungen« (ebd.: 81). Seitens der Bundesregierung reklamierte man damit für sich, eine Alternative zu der von Konservativen und Neoliberalen vorgetragenen Wohlfahrtsstaatskritik etwa einer *Margaret Thatcher* formuliert zu haben. Das Programm sei, so jedenfalls die offiziellen Verlautbarungen, insofern eine Alternative, als es eben nicht wie die konservativ-neoliberalen Reformansätze, die sich allesamt der Idee des »schlanken Staates«²⁷ verpflichtet sähen, eine Rücknahme politischer Gestaltungsansprüche intendiere, sondern vielmehr eine Konkretisierung und Neubestimmung staatlichen Handelns, mit der der staatliche Verwaltungsapparat, die wohlfahrtsstaatlichen Sicherungs- und Unterstützungssysteme und das Verhältnis zwischen Staat und Bürger neugestaltet werden solle. Zentral gehe es mit dem Programm darum, die Selbstregulierungskräfte der Gesellschaft zu stärken, die sozialmoralische Orientierung auf das Gemeinwohl²⁸ zu fördern, des Einzelnen Eigenverantwortung zu steigern und ein neugestaltetes Prinzip der Verantwortungsteilung zwischen Staat und Gesellschaft zum Leitbild des Staates zu erheben, bei dem dieser als Moderator und Impulsgeber der gesellschaftlichen Entwicklung fungiert. Erreicht werden solle dies insbesondere durch das Beachten des Handlungsgrundsatzes des »Fördern und Fordern«, der wohl als das Hauptkennzeichen des »aktivierenden Staates« gelten darf.

Der Grundgedanke der Maxime des »Fördern und Fordern« ist vielleicht am ehesten im Sinne einer staatlich herzustellenden Ausbalancierung von individuellen Rechten und Pflichten zu verstehen, bei der die Komponente des »Fördern« darauf zielt, Hemmnisse für die Entwicklung individueller Verantwortung und gesellschaftlichen Engagements abzubauen, während hingegen mit der Komponente des »Fordern« das Ansinnen des Staates deutlich gemacht wird, von jedem als Gegenwert zur staatlichen Förderung einen Beitrag zur Gestaltung seines eigenen und des gesellschaftlichen Lebens einzufordern. Mit anderen Worten: Der Staat ist zur Förderung seiner Bürger nur bereit, wenn auch diese ihrerseits bereit sind, für ihre Förderung eine entsprechende Vor- oder zumindest Gegenleistung zu erbringen. Dahinter verbirgt sich die Vorstellung, auf seiten des hilfebedürftigen Bürgers bestünde eine Pflicht, die staatlich gewährte Existenzsicherung als Gegenleistung »abzuarbeiten«, eine Vorstellung, die einen zwar durchaus an das neutestamentarische Gebot »Wenn einer nicht arbeiten will, dann soll er auch nicht essen!« (2. Thess 3, 10) erinnert, das aber in jenen Tagen gemünzt war gegen eine müßiggehende Oberschicht, während es heutzutage abstellt auf Hunger und Verelen-

gerade an jenem mangelt, was einen Kunden auszeichnet: hinreichende Zahlungsfähigkeit und -bereitschaft.

24 In der neoliberalen Konzeption von Gesellschaft ist das Ökonomische nicht mehr wie im Frühliberalismus ein fest umrissener und eingegrenzter gesellschaftlicher Bereich mit spezifischer Rationalität, Gesetzen und Instrumenten, sondern das Ökonomische umfaßt nunmehr prinzipiell alle Formen menschlichen Handelns. (vgl. Lemke et al. 2000: 14 ff.) Hierbei gilt der Markt als jener Mechanismus der Handlungskoordination, der allen anderen überlegen sei. Dies rechtfertigt es, den Prozeß der Restrukturierung des Wohlfahrtsstaats mit der Vokabel »Vermarktlichung« zu versehen, die Nullmeier (2004) zufolge drei verschiedene Dimensionen umfaßt: die interne im Sinne der marktformig organisierten Produktion von Wohlfahrt, die externe im Sinne der marktformigen Herstellung von Weltmarktfähigkeit und die subjektbezogene im Sinne der Erziehung des Bürgers zur Marktlichkeit.

25 »Die Furcht vor allem Auffallenden und Abweichenden ist enorm groß, und ein stärkerer Hüter des bestehenden Zustands als alle Polizei.« (Burckhardt, J.; zit. nach: Brückner 1973: 17)

26 Als geistiger Wegbereiter des »[j]enseits von Links und Rechts« (*Giddens* 1997) verstandenen britischen Reformprogramms des »Dritten Weges« – in der Bundesrepublik Deutschland auch etwas mehrdeutig als »Politik der Neuen Mitte« (*Hombach*

1998) adaptiert – kann Giddens (1999; 2001) gelten, der vorschlägt, »auf der Grundlage des Prinzips ›keine Rechte ohne Verpflichtungen‹ einen neuen Gesellschaftsvertrag zu schließen« und eine »umfassend angebotsorientierte Wirtschaftspolitik zu entwickeln, die marktwirtschaftliche Wachstumsfaktoren mit einer strukturellen Reform des Wohlfahrtsstaats erlaubt«, der »sich zu einem ›Sozialinvestor‹ entwickeln muß« (Giddens 2001: 62).

27 Zu dem aus den Diskussionen um lean management und lean production in der Privatwirtschaft entlehnten und auf eine Begrenzung der Staatsaufgaben und -ausgaben zielenden, den Bereich der Inneren Sicherheit aber selbststrebend aussparenden Begriff des schlanken Staates vgl. Lamping et al. (2002: 13 ff.).

28 Wessen Wohl auch immer das Gemeinwohl sein mag, so wäre ideologiekritisch zu fragen, zumal der Topos des Gemeinwohls eher der rechten denn der linken politischen Kritik geläufig ist; vgl. hierzu neuerdings Offe (2002).

29 Zum historischen Wandel des Verhältnisses von Arbeiten und Essen und den sich daraus für den Umgang mit Armut ergebenden Konsequenzen vgl. Vobruba (1985).

30 »Erstes« und »Zweites Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt« (»Hartz I u. II«) sind am 1. Januar 2003 in Kraft getreten, »Hartz III« am 1. Januar 2004 und »Hartz IV« in Form des neu geschaffenen SGB II (Grundsicherung für Arbeit-

dung als Triebkraft für Arbeitsmotivation und damit auf den stummen Zwang der Existenznotwendigkeiten.²⁹ Wenn man dieser Leistung-Gegenleistung-Konzeption anhängt, dann ist es nur konsequent, sich nicht mehr ernsthaft, wie es Politik und Verwaltung in der Bundesrepublik Deutschland tut, um die Eingliederung der erwerbsfähigen hilfebedürftigen Arbeitslosen in den Ersten Arbeitsmarkt zu kümmern, sondern diesen ›Arbeit um jeden Preis‹ aufzuzwingen, sei diese nun regulär oder prekär, bezahlt oder unbezahlt.

Was man unter dem euphemistisch als »Aktivierung« beschriebenen Aufzwingen von ›Arbeit um jeden Preis‹ zu verstehen hat, mag exemplarisch am Beispiel der »aktivierenden Arbeitsmarktpolitik« in Gestalt der sogenannten »Hartz I-IV«-Gesetze³⁰ verdeutlicht werden, die aus Sicht sowohl der seinerzeitigen rot-grünen wie auch der derzeitigen schwarz-roten Bundesregierung unter Bundeskanzlerin Angela Merkel eine konsequente Beachtung der Maxime des »Fördern und Fordern« darstellen. Betrachtet man die mit den Hartz-Gesetzen auf den Weg gebrachte Arbeitsmarktreform etwas genauer, so fällt auf, daß das Schwergewicht der Instrumente zum Abbau der Arbeitslosigkeit auf einer Erhöhung der Effizienz der Arbeitsvermittlung liegt. Dahinter verbirgt sich die absurde Annahme, das in der Bundesrepublik Deutschland nunmehr schon ungefähr 30 Jahre währende zentrale gesellschaftliche Problem der Massen- und Langzeitarbeitslosigkeit sei im wesentlichen ein Mismatch-Problem, also eines der fehlenden Übereinstimmung zwischen den Arbeitskräfteverkäufern und -käufern hinsichtlich Qualifikation, Entlohnung und Bedingungen des Arbeitskräfteeinsatzes. Eng verbunden mit dieser vorurteilsbehafteten Sicht wird überdies den Arbeitslosen unterstellt, sie unternehmen keine ernsthaften Anstrengungen zur Überwindung ihrer Lage, da sie sich hierzu wegen der ›zu generösen‹ staatlichen Transferleistungen nicht hinreichend motiviert sähen. Vor dem Hintergrund einer solchen Problemdiagnose verwundert es selbstredend nicht, daß in der Therapie zur Verringerung der Arbeitslosigkeit vornehmlich an den vermeintlichen Defiziten der Arbeitslosen (wie fehlender oder inadäquater Qualifikation, unzureichender Flexibilität und Mobilität und überhöhten Einkommensvorstellungen) angesetzt wird, und zwar entweder auf indirektem Wege, indem den erwerbsfähigen hilfebedürftigen Arbeitslosen mit der Reduzierung oder gar dem vollständigen Entzug der Unterstützungsleistungen und damit der Existenzgrundlage gedroht wird, oder auf direktem Wege durch ›Überzeugungsstrategien‹ wie Information und Beratung oder durch Maßnahmen zur Erhalt, Verbesserung oder Wiederherstellung der sogenannten Beschäftigungsfähigkeit, also der habituellen Eigenschaft, sich willig überall und jederzeit in den enger gewordenen Arbeitsmarkt flexibel und mobil einzufügen, mit dem Ziel, die eigene Existenz durch Arbeit selbst sichern zu können. Das heißt, den erwerbsfähigen hilfebedürftigen Arbeitslosen wird im Regelfall (wegen der auf dem regulären Arbeitsmarkt faktisch nicht vorhandenen Arbeitsplätze und des damit verbundenen strukturellen Unvermögens, durch Maßnahmen der aktiven Arbeitsförderung Angebot und Nachfrage am Arbeitsmarkt bei Massenarbeitslosigkeit in Übereinstimmung zu bringen) keine existenzsichernde Erwerbsarbeit angeboten, sondern nur die Pflicht auferlegt, in einem rechtlich prekären

Status eine Gegenleistung für den Erhalt der staatlichen Leistungen zur Existenzsicherung zu erbringen, sei es in Form von »Mini-Jobs«, »Midi-Jobs« oder in Form der Arbeitssimulation in Praktika ohne Aussichten auf Übernahme in reguläre Beschäftigung oder von Maßnahmen zur Überprüfung der Arbeitswilligkeit oder im Rahmen von öffentlichen Arbeitsprogrammen wie etwa den sogenannten »Ein-Euro-Jobs«.

Die hier bloß in groben Zügen dargestellte Aktivierungspolitik, mit der die Rückkehr betrieben wird von der kollektiven materiellen Daseinsvorsorge zur eigenverantwortlichen persönlichen Selbstsorge und zum individuellen Risikomanagement, indem sie mittels Maßnahmen der wohlfahrtsstaatlichen Entsicherung und Entrechtung eine Re-Kommodifizierung der Arbeitskraft erzwingt, also die Arbeitskraftbesitzer wieder verstärkt den Marktgesetzen ungeschützt aussetzt, um sie zu marktkonformem und eigenverantwortlichem Verhalten anzuhalten, erweist sich in sozialer Hinsicht als höchst problematisch. Denn sie führt qua Aufkündigung des bislang geltenden »impliziten Gesellschaftsvertrages« (Moore 1987: passim)³¹, Arbeit existenzsichernd zu entgelten, zu einer im sozialwissenschaftlichen Diskurs als »Spaltung der Gesellschaft« thematisierten dauerhaften sozialen Ausgrenzung immer größerer Bevölkerungsgruppen³². Gemeint ist damit die Beschränkung oder Vorenthaltung von namentlich über Erwerbsarbeit, Geld und Rechtsansprüchen vermittelter Teilhabe an mehr oder weniger zentralen Bereichen oder Ressourcen der Gesellschaft für eine zunehmende Anzahl von Personen, die infolgedessen nicht nur einen Statusverlust erleiden, sondern auch mit Statusdiskriminierung leben müssen und damit gewissermaßen im metaphorischen Sinne an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden. Dieses Phänomen ist, historisch gesehen, keineswegs ein neuartiges, sondern kapitalistischen Gesellschaften inhärent. Seit seinem Bestehen hat die soziale Ausgrenzung von Arbeitslosen und Armen den Kapitalismus begleitet, worauf in markanter Weise etwa *Marxens* Formulierung hindeutet, jeder Lohnarbeiter sei »virtueller Pauper« (Marx 1974: 497).³³ Und doch kann gesagt werden, daß sozialer Ausgrenzung heute eine neue historische Qualität zukommt, und zwar aus wenigstens drei Gründen: *zum ersten*, weil sie vor dem Hintergrund eines zuvor nie gekannten Niveaus gesellschaftlichen Wohlstands und einer damit verbundenen kollektiv erkämpften politischen Verantwortung für die Wohlfahrt des Einzelnen auftritt und erlebt wird; *zum zweiten*, weil sie nicht mehr ein soziales Randphänomen darstellt, sondern nunmehr über prekäre Arbeits- und Beschäftigungsverhältnisse und Arbeitslosigkeit bis in die Mitte der Gesellschaft hineinreicht; und *zum dritten*, weil mit dem Wechsel vom Welfare State zum Workfare State Sozialpolitik und Soziale Arbeit selbst von der Idee abrücken, daß die Gesellschaft für die Gefährdung der Existenz ihrer Mitglieder verantwortlich und deshalb auch verpflichtet ist, die Sicherung der Existenz zu gewährleisten, und sie statt dessen subjektive Unsicherheit und Verunsicherung zur Grundlage der von ihr geforderten Eigenverantwortung erheben. Allerdings erfolgt dies nicht wie früher durch den Entzug oder die Verweigerung von Rechten, sondern durch eine staatlich-politisch bewirkte Erosion der auf soziale Teilhabe gerichteten Substanz von Rechten.

suchende) am 1. Januar 2005 sowie am 1. August 2006 das SGB-II-Fortentwicklungsgesetz, das in den Medien zunächst als Hartz-IV-Optimierungsgesetz bekannt wurde. Zu Inhalt und Umsetzung der Hartz-Gesetze vgl. den immer noch informativen Aufsatz von Brütt (2003), als erste Einschätzung zum SGB-II-Fortentwicklungsgesetz Buestrich (2006) sowie Völker (2006).

31 Mit dem Begriff des »impliziten Gesellschaftsvertrages« werden Regeln oder Normen angesprochen, auf die sich die Mitglieder einer Gesellschaft verständigt haben, wenn auch nicht explizit in Form formaler, geschriebener Verfassungen oder Verträge, sondern vielmehr in einem »nicht-verbalisierten Rahmen gegenseitigen Verstehens« (Moore 1999: 38 f.). Dies besagt aber nicht, daß diese Regeln oder Normen das Verhalten der Akteure nicht doch maßgeblich beeinflussen, da mit ihnen – von Herrschenden und Beherrschten – Grenzen gezogen und Verpflichtungen eingegangen werden. Sie bilden bei Moore zumeist die Grundlage für das Verständnis von Ungerechtigkeit, deren Empfindung und Deutung selbst wiederum Ausgangspunkte sind für »Unmut und moralische Entrüstung« (ebd.: 277) und Widerstand. Eine ähnliche Sichtweise findet sich bei Thompson (1980), der mit seinem Konzept der »moralischen Ökonomie« darauf aufmerksam macht, daß Handlungsweisen und Verhaltensmuster von individuellen wie kollektiven Akteuren sich vielfach orientieren an der traditionsbestimmten Vorstellung eines »richtigen und guten

Lebens«, weswegen eine gröbliche Verletzung dieser moralischen Grundannahme häufig Anlaß war und ist für widerständiges Verhalten.

32 Das Phänomen der mit der Verfestigung der Massenarbeitslosigkeit einhergehenden Tendenz zur Normalisierung von sozialen Polarisierungs- und Marginalisierungsprozessen wird in der jüngeren Zeit in der sozialwissenschaftlichen Literatur unter dem Stichwort ›Exklusion‹ bzw. ›soziale Ausgrenzung‹ diskutiert (vgl. stellvertretend Herkommer 1999, Kronauer 2002, Pilgram/Steinert 2000 für einen Überblick über die Debatte), die allerdings, wie so häufig, nicht ohne Vorläufer ist, um nur an den Topos von der ›Zweidrittelgesellschaft‹ (vgl. statt anderer Natter/Riedelsperger 1988) zu erinnern, der selbst wiederum seinen Ahnen hat mit der »Neuen Sozialen Frage« (Geißler 1976) und so weiter und so fort.

33 Ein Sachverhalt, der in der heutigen Armutsforschung kaum Berücksichtigung findet. Eine rühmliche Ausnahme hiervon bildet der leider viel zu wenig beachtete Beitrag von Zander (1975), der unter Rekurs auf die Marx'sche Kritik der politischen Ökonomie Armut begriff als ein Strukturmerkmal des Kapitalismus und mithin als Kennzeichen von Proletarität, von lohnabhängiger Existenz. Armut dient somit nicht länger als Kriterium der Abgrenzung einer von den Lohnabhängigen getrennten Randgruppe. Im Gegenteil, sie bildet ein beide Gruppen verbindendes ›Scharnier‹.

34 Vgl. hierzu statt anderer die Beiträge in Lindenber

Daß von den knapp skizzierten Entwicklungen in Politik, Ökonomie und Gesellschaft die Soziale Arbeit als Erbringerin personenbezogener sozialer Dienstleistungen nicht unberührt bleiben konnte und kann, liegt auf der Hand. Denn diese äußern sich zentral auf zweifache Weise: *Zum einen* ist die Soziale Arbeit von einem besorgniserregenden Auseinanderdriften von Bedarfen auf der einen Seite (in Form sich ausweitender sozialer Hilfebedürftigkeit wegen Arbeitslosigkeit und Armut) und Ressourcen auf der anderen Seite (in Form sich verknappender fiskalischer Mittel wegen des arbeitslosigkeitsbedingten Sinkens der staatlichen Einnahmen) organisatorisch-institutionell unter Druck gesetzt. *Zum anderen* sieht sie sich – allein schon vermittelt über die stärkere organisatorisch-institutionelle Verzahnung des Systems der Sozialversicherungstransfers (›Oberstock‹) und des Systems der personenbezogenen sozialen Dienstleistungen (›Unterstock‹), wie sie im Rahmen der Hartz-Gesetze mit der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe vollzogen wurde – aufgrund ihrer Indienstnahme für das workfare-politische Handlungsprinzip des ›Fördern und Fordern‹ in ihren professions-spezifischen Handlungsvollzügen beeinträchtigt.

Mit Bezug auf den erstgenannten neuralgischen Punkt bestehen die Konsequenzen für die Soziale Arbeit in deren Verbetriebswirtschaftlichung beziehungsweise Ökonomisierung³⁴, womit jene Strategien angesprochen sind, mit denen versucht wird, den gestiegenen Regulierungsbedarf einer gespaltenen Gesellschaft bei begrenzten fiskalischen Mitteln auf dem Wege der Steigerung der Effizienz und Effektivität der personenbezogenen sozialen Dienstleistungen zu erreichen. Hierbei gelten der Sozialen Arbeit, ablesbar an Vokabeln wie ›Qualitätssicherung‹, ›Outputorientierung‹, ›Controlling‹ oder ›Outsourcing‹, um nur einige zu nennen, die Prinzipien und Methoden der Privatwirtschaft als Referenzmodell. Umgesetzt wird dieses durch eine Strategie, die in der Bundesrepublik Deutschland unter dem Namen ›Neues Steuerungsmodell‹ und im internationalen Kontext als ›New Public Management‹ Publizität erlangte, nämlich durch innerorganisatorische Reorganisationsmaßnahmen einerseits und die Auslagerung der bislang von (semi-)staatlichen Einrichtungen erbrachten personenbezogenen sozialen Dienstleistungen in einen wettbewerbsförmig strukturierten Markt andererseits.³⁵ Dahinter steht die Annahme, daß mit der Implementation managerialer Verfahren und Strukturen und der Etablierung des Konkurrenzmechanismus es zu einer Leistungs- und Qualitätssteigerung und damit zu einer Kostensenkung für die Dienstleistungserbringung komme. Für die Soziale Arbeit bedeutet dieser Prozeß ihrer marktwirtschaftlichen Restrukturierung zugleich eine Neudefinition ihres Maßstabes, an dem sie sich auszurichten hat. Denn er orientiert diese nunmehr auf die Erfüllung von Kernaufgaben und entläßt sie dadurch fürs erste aus der direkten Verantwortung für die Sicherung des Wohls ihrer Klientel. Mit anderen Worten: Im Zuge ihrer Ökonomisierung fällt der Sozialen Arbeit also nur noch die Gewährleistungsverantwortung zu, das heißt, die Erbringung spezifischer personenbezogener sozialer Dienstleistungen durch wen und in welcher Form auch immer sicherzustellen.

Hinsichtlich des zweitgenannten Punktes, der workfare-politischen Indienstnahme der Sozialen Arbeit, kommt ihr hingegen, wenn man

so will, die Auffangverantwortung zu für all jene Fälle, bei denen die Gewährleistung allein nicht ausreicht. Da in kapitalistisch verfaßten Waren- und Geldökonomien sich soziale Teilhabe aus Sicht der Gesellschaftsmitglieder zentral danach bemißt, ob diese Zugang haben zu einer Erwerbsarbeit, die ihnen eine kulturell angemessene Existenzsicherung ermöglicht, diese aber wegen der anhaltenden Massenarbeitslosigkeit und Prekarisierung³⁶ der Arbeits- und Beschäftigungsverhältnisse einem wachsenden Teil der Bevölkerung verwehrt und der Staat nicht gewillt und aufgrund seiner prekären Finanzlage und seines schleichenden Souveränitäts- und Autonomieverlustes infolge der Globalisierung zum Teil immer weniger in der Lage ist, die soziale Ausgrenzung einer wachsenden Anzahl seiner Bürger sozialpolitisch umfassend zu kompensieren, ist mit einer Verstärkung der sozialen Ausgrenzungsprozesse zu rechnen. Unter diesen Voraussetzungen rückt die Verdichtung der Exklusionsverwaltung ins Zentrum der Sozialen Arbeit, was nichts anderes bedeutet, als die Betroffenen einer fortwährenden »fürsorglichen Belagerung« auszusetzen, mit der elementare Grundrechte mißachtet oder gar außer Kraft gesetzt werden.

Ob die Soziale Arbeit mit Hilfe ihrer marktwirtschaftlichen Restrukturierung und ihrer Umstellung in Richtung Exklusionsverwaltung die anstehenden Herausforderungen einer gespaltenen Gesellschaft zu bewältigen vermag, kann trefflich bezweifelt werden. Denn für die Soziale Arbeit, deren Klientel und die Gesellschaft insgesamt erweist sich vieles von dem, was derzeit in der Bundesrepublik Deutschland noch in den Anfängen steckt, bereits in jenen Ländern als höchst problematisch, die ihr, wie die USA und Großbritannien, als Vorbild dienen. So hat sich etwa durch die Workfare-Politik in den besagten Ländern die Einkommensarmut auch unter den Erwerbstätigen verbreitert. (vgl. *Ludwig-Mayerhofer* 2005: 215) Mit anderen Worten: »Es ist nicht anzunehmen, dass die Bundesrepublik im neoliberalen Weltmeer eine Insel der Glückseligen bleiben wird. Vielmehr deutet Vieles darauf hin, dass auch hier zu Lande, eine Entwicklung bereits begonnen hat, in deren Verlauf sich eine Annäherung an amerikanische und vor allem britische Vorbilder herausbilden wird.« (*Schaarschuch* 2000: 162) Für die *Soziale Arbeit* als Profession impliziert die Entwicklung der Rationalisierung von Sozialadministration und Dienstleistungserbringung einen Trend zur Taylorisierung und Standardisierung der Arbeitsvorgänge und zu einer damit einhergehenden Dequalifizierung des Personals³⁷ einerseits und einer verstärkten Polarisierung der Beschäftigungsstruktur zwischen operativen und dispositiven Tätigkeiten andererseits, was in einer vergrößerten Lohnspreizung resultieren wird. (vgl. ebd.: 159 ff.; ferner *Dahme/Wohlfahrt* 2006) Für die *Klientel* der Sozialen Arbeit bedeutet es, daß die für die Soziale Arbeit typische »Beziehungsarbeit« droht, an den Rand gedrängt zu werden, weil durch die Workfare-Politik das Durchsetzen von Disziplin und Anpassung an Lohnarbeit zum methodischen Prinzip der Sozialen Arbeit erhoben wird, wodurch die in der bisherigen Fallarbeit bewährten Handlungsprinzipien wie Ursachensuche, hermeneutisches Fallverstehen und Lebensweltorientierung sich zunehmend als kontraproduktiv entpuppen dürften. Und für die Ge-

(2000).

35 Zu den aus der Managementtheorie importierten Ansätzen zur Infragestellung und Umgestaltung des Weberschen Modells bürokratischer Herrschaft (vgl. Weber 1985: 124 ff., 551 ff.) siehe mit Bezug auf den von der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung initiierten Modernisierungsprozeß Budäus (1994) und Reichardt (1994), mit Bezug auf die Soziale Arbeit die Beiträge in Merchel/Schrappner (1996) sowie Reis/Schulze-Böing (1998). Was die Befürworter einer Verbetriebswirtschaftlichung der öffentlichen Dienstleistungsproduktion ein, ist nicht nur deren Glaube an die These vom Staatsversagen, sondern auch an die Überlegenheit des Marktes. Bei aller berechtigten Kritik an der Wirksamkeit von Staatstätigkeit wird hierbei allerdings nicht gesehen, daß in gleicher Weise auch von einem Marktversagen gesprochen werden muß, weil reale Märkte nicht so funktionieren, wie es die Axiomatik des neoklassischen »Modell-Platonismus« (Albert) fordert. Als eine empirisch-praktische Kritik am Staats- wie Marktversagen ließe sich etwa das erneute Erstarken der sozial(politisch-)en Selbsthilfebewegung Ende der 1970er, Anfang der 1980er Jahre interpretieren.

36 Vielfach werden prekäre Arbeits- und Beschäftigungsverhältnisse (so u.a. befristete Beschäftigung, Teilzeitarbeit, Leiharbeit, »Mini-« oder »Midi-Jobs«, »Ich-AGs« oder »Ein-Euro-Jobs«) in negativer Abgrenzung zum Normalarbeitsverhältnis (siehe nochmals Anm. 17) definiert, allerdings ohne

hierbei hinreichend zu beachten, daß Prekarität zwischenzeitlich selbst eine Normalität geworden ist (vgl. Brinkmann et al. 2006). Hieraus wäre eigentlich zu folgern, daß das empirische Normalarbeitsverhältnis (nicht dessen normatives Leitbild wohlgermerkt) heute im wesentlichen durch das Merkmal der Prekarität gekennzeichnet ist. Insofern kommt dem aus ›prekär‹ und ›Proletariat‹ gebildeten Amalgam ›Prekariat‹ durchaus eine heuristische Funktion zu, weil es einerseits daran erinnert, daß Pauperität grundsätzlich identisch ist mit Proletariat, da der doppelt »freie Arbeiter« (Marx 1974: 183) selbst dann, wenn er erwerbslos ist, virtuell abhängig ist vom Lohn (bzw. einem Lohnersatz), und weil es andererseits darauf aufmerksam macht, daß die derzeitige qua Prekarisierung bewirkte Aktualisierung der fundamentalen Verunsicherung und Entsicherung aller Arbeits- und Lebensbereiche nicht einem ›Sachzwang‹ oder deus ex machina geschuldet ist, sondern eine, die von Menschenhand herbeigeführt wurde und wird. »Man wird den Verdacht nicht los, daß Prekarität nicht das Produkt einer mit der ebenfalls vielzitierten ›Globalisierung‹ gleichgesetzten *ökonomischen Fatalität* ist, sondern vielmehr das Produkt eines *politischen Willens*. [...] Die Prekarität ist Teil einer neuartigen *Herrschaftsform*, die auf der Errichtung einer zum allgemeinen Dauerzustand gewordenen Unsicherheit fußt und das Ziel hat, die Arbeitnehmer zur Unterwerfung, zur Hinnahme ihrer Ausbeutung zu zwingen.« (Bourdieu 2004: 110 f.) Vgl. in diesem Zusammenhang auch Castels'

sellschaft als eine ihrem Anspruch nach demokratisch verfaßte unheilvoll schließlich ist, daß die in den beiden Strategien sich ausdrückende Minimalisierung der Standards einer zivilisierten Gesellschaft nicht nur zu einer Untergrabung der sozialen Voraussetzungen der Ausübung des Bürgerstatus führen kann, sondern auch, um es mit Habermas zu formulieren, zu einer »moralische[n] Erosion der Gesellschaft [...], die jedes republikanische Gemeinwesen in seinem universalistischen Kern versehren muß« (Habermas 1995: 186 f.).

Literatur

- AG Sozialpolitik (1986) – Arbeitsgruppe Sozialpolitik: Sozialpolitische Regulierung und die Normalisierung des Arbeitsbürgers, in: neue praxis, H. 1, 2, S. 1-21, 160-169.
- Alber (1982) – Jens Alber: Vom Armenhaus zum Wohlfahrtsstaat. Analysen zur Entwicklung der Sozialversicherung in Westeuropa, Frankfurt/New York: Campus.
- Altvater (1982) – Elmar Altvater: Der Kapitalismus vor einem Aufschwung? Über Theorien der »langen Wellen« und der »Stadien«, in: Wirtschaft und Gesellschaft, H. 2, S. 195-223.
- Bauer (2001) – Rudolph Bauer: Personenbezogene Soziale Dienstleistungen. Begriff, Qualität und Zukunft, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Baumann (2005) – Zygmunt Baumann: Verworfenenes Leben. Die Ausgegrenzten der Moderne, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Blanke et al. (1975) – Bernhard Blanke/Ulrich Jürgens/Hans Kastendiek: Kritik der Politischen Wissenschaft 2. Analysen von Politik und Ökonomie in der bürgerlichen Gesellschaft, Frankfurt/M.: Campus.
- Bommes/Scherr (1996) – Michael Bommes/Albert Scherr: Exklusionsvermeidung, Inklusionsvermittlung und/oder Exklusionsverwaltung. Zur gesellschaftstheoretischen Bestimmung Sozialer Arbeit, in: neue praxis, H. 2, S. 107-123.
- Bommes/Scherr (2000) – Michael Bommes/Albert Scherr: Soziologie der Arbeit. Eine Einführung in Formen und Funktionen organisierter Hilfe, Weinheim/München: Juventa.
- Borchert et al. (1997) – Jens Borchert/Stephan Lessenich/Peter Lösche (Red.): Standortrisiko Wohlfahrtsstaat? Jahrbuch für Europa- und Nordamerika-Studien 1, Opladen: Leske + Budrich.
- Bourdieu (2004) – Pierre Bourdieu: Gegenfeuer, Konstanz: UVK.
- Brinkmann et al. (2006) – Ulrich Brinkmann/Klaus Dörre/Silke Röbenack/Klaus Kraemer/Frederic Speidel: Prekäre Arbeit. Ursachen, Ausmaß, soziale Folgen und subjektive Verarbeitungsformen unsicherer Beschäftigungsverhältnisse, Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, online unter URL (8. 1. 2007) <http://library.fes.de/pdf-files/asfo/03514.pdf>.
- Brock (1997) – Ditmar Brock: Wirtschaft und Staat im Zeitalter der Globalisierung. Von nationalen Volkswirtschaften zur globalisierten Weltwirtschaft, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, H. 33/34, S. 12-19.
- Brückner (1973) – Peter Brückner: Zur Sozialpsychologie des Kapitalismus. Sozialpsychologie der antiautoritären Bewegung 1, 4. Aufl., Frankfurt/M.: Europäische Verlagsanstalt.
- Budäus (1994) – Dietrich Budäus: Public Management. Konzepte und Verfahren zur Modernisierung öffentlicher Verwaltungen, Berlin: edition sigma.
- Buextrich (2006) – Michael Buextrich: Reform der Reform. Anmerkungen zu den Begründungen eines »Hartz IV-Fortentwicklungsgesetzes«, in: neue praxis, H. 3, S. 260-268.
- Bundesregierung (1999) – Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland: Moderner Staat – Moderne Verwaltung. Leitbild und Programm der Bundesregierung, online unter URL (05.10.2004) <http://www.staat-modern.de/static/archiv/programm/index.html>.
- Canguilhem (1977) – Georges Canguilhem: Das Normale und das Pathologische, Frankfurt/Berlin/Wien: Ullstein.
- Castel (2000) – Robert Castel: Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit, Konstanz: UVK.
- Dahme/Wohlfahrt (2006) – Heinz-Jürgen Dahme/Norbert Wohlfahrt: Zur Entwicklungsdynamik sozialer Dienste im Wettbewerb, in: sozialextra, H. 1, S. 28-32.
- Dahrendorf (1995) – Ralf Dahrendorf: Über den Bürgerstatus, in: Brink, B. v. d./Reijen, W. v. (Hrsg.), Bürgergesellschaft, Recht und Demokratie, Frankfurt/M.: Suhrkamp, S. 29-43.
- Dixon (2000) – Keith Dixon: Die Evangelisten des Marktes. Die britischen Intellektuellen und der Thatcherismus, Konstanz: UVK.
- Ederer/Schuller (1999) – Peer Ederer/Philipp Schuller: Geschäftsbericht Deutschland AG, Stuttgart: Schäffer-Poeschel.
- Esping-Andersen (1990) – Gösta Esping-Andersen: The Three Worlds of Welfare Capitalism, Cambridge: Polity Press.
- Evers (1990) – Adalbert Evers: Im intermediären Bereich – Soziale Träger und Projekte zwischen Haushalt, Staat und Markt, in: Journal für Sozialforschung, H. 2, S. 189-210.
- Evers/Olk (1996) – Adalbert Evers/Thomas Olk: Wohlfahrtspluralismus – Analytische und normativ-politische Dimensionen eines Leitbegriffs, in: Dies. (Hrsg.), Wohlfahrtspluralismus. Vom Wohlfahrtsstaat zur Wohlfahrtsgesellschaft, Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 9-60.
- Ewald (1993) – Francois Ewald: Der Vorsorgestaat, Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Friedrichs (1997) – Jürgen Friedrichs: Globalisierung – Begriff und grundlegende Annahmen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, H. 33/34, S. 3-11.
- Flora et al. (1977) – Peter Flora/Jens Alber/Jürgen Kohl: Zur Entwicklung der westeuropäischen Wohlfahrtsstaaten, in: Politische Vierteljahrschrift, H. 4, S. 702-772.
- Geißler (1976) – Heiner Geißler: Die Neue Soziale Frage. Analysen und Dokumente, Freiburg: Herder.

- Gerstenberger (1981) – Heide Gerstenberger: Von der Armenpflege zur Sozialpolitik oder: Plädoyer für eine materialistische Fragestellung, in: Leviathan, H. 1, S. 39-61.
- Giddens (1997) – Anthony Giddens: Jenseits von Links und Rechts. Die Zukunft radikaler Demokratie, Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Giddens (1999) – Anthony Giddens: Der dritte Weg. Die Erneuerung der sozialen Demokratie, 2. Aufl., Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Giddens (2000) – Anthony Giddens: Die Frage der sozialen Ungleichheit, Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Habermas (1995) – Jürgen Habermas: Die Normalität einer Berliner Republik. Kleine Politische Schriften VII, Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Herkommer (1999) – Sebastian Herkommer (Hrsg.): Soziale Ausgrenzungen. Gesichter des neuen Kapitalismus, Hamburg: VSA.
- Hirsch (1988) – Joachim Hirsch: Vom Sicherheitsstaat zum nationalen Wettbewerbsstaat. Gesellschaft, Staat und Politik im globalen Kapitalismus, Berlin: ID-Verlag.
- Hombach (1998) – Bodo Hombach: Aufbruch. Die Politik der Neuen Mitte, München/Düsseldorf: Econ.
- Hübner (1990) – Kurt Hübner: Theorie der Regulation. Eine kritische Rekonstruktion eines neuen Ansatzes der Politischen Ökonomie, 2. Aufl., Berlin: edition sigma.
- Jessop (1994) – Bob Jessop: Veränderte Staatlichkeit. Veränderungen von Staatlichkeit und Staatsprojekten, in: Grimm, K. (Hrsg.), Staatsaufgaben, Baden-Baden: Nomos, S. 43-73.
- Kaufmann (1997) – Franz-Xaver Kaufmann: Herausforderungen des Sozialstaates, Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Kaufmann (2003) – Franz-Xaver Kaufmann: Varianten des Wohlfahrtsstaats. Der deutsche Sozialstaat im internationalen Vergleich, Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Kronauer (2002) – Martin Kronauer: Exklusion. Die Gefährdung des Sozialen im hoch entwickelten Kapitalismus, Frankfurt/M.: Campus.
- Lamping et al. (2002) – Wolfram Lamping/Henning Schridde/Stefan Plaß/Bernhard Blanke: Der Aktivierende Staat. Positionen, Begriffe, Strategien, Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, online unter URL (22. 7. 2004) <http://www.fesportal.fes.de/pls/portal30/docs/FOLDER/BUERGERGESELLSCHAFT/038.pdf>.
- Leibfried/Tennstedt (1985) – Stephan Leibfried/Florian Tennstedt: Armenpolitik und Arbeiterpolitik. Zur Entwicklung und Krise der traditionellen Sozialpolitik der Verteilungsformen, in: Dies. (Hrsg.), Politik der Armut und Die Spaltung des Sozialstaats, Frankfurt/M.: Suhrkamp, S. 64-93.
- Lemke et al. (2000) – Thomas Lemke/Susanne Krasmann/Ulrich Bröckling: Gouvernementalität, Neoliberalismus und Selbsttechnologien, in: Bröckling, U. et al. (Hrsg.), Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen, Frankfurt/M.: Suhrkamp, S. 7-40.
- Lenhardt/Öffe (1977) – Gero Lenhardt/Claus Öffe: Staatstheorie und Sozialpolitik. Politisch-soziologische Erklärungsansätze für Funktionen und Innovationsprozesse der Sozialpolitik, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, SH 19, S. 99-127.
- Lessenich/Ostner (1998) – Stephan Lessenich/Ilona Ostner (Hrsg.): Welten des Wohlfahrtskapitalismus. Der Sozialstaat in vergleichender Perspektive, Frankfurt/New York: Campus.
- Lessenich (2003) – Stephan Lessenich: Der Arme in der Aktivgesellschaft – zum sozialen Sinn des »Förderns und Forderns«, in: WSI-Mitteilungen, H. 4, S. 214-220.
- Lindenberger (2000) – Michael Lindenberger (Hrsg.): Von der Sorge zur Härte. Kritische Beiträge zur Ökonomisierung Sozialer Arbeit, Bielefeld: Kleine.
- Lipietz (1985) – Alain Lipietz: Akkumulation, Krisen und Auswege aus der Krise: Einige methodische Überlegungen zum Begriff »Regulation«, in: Prokla, H. 58, S. 109-135.
- Ludwig-Mayerhofer (2005) – Wolfgang Ludwig-Mayerhofer: Arbeitslosigkeit und sozialer Ausschluss, in: Anhorn, R./Bettinger, F. (Hrsg.), Sozialer Ausschluss und Soziale Arbeit. Positionsbestimmungen einer kritischen Theorie und Praxis Sozialer Arbeit, Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 203-218.
- Macpherson (1980) – C. B. Macpherson: Die politische Theorie des Besitzindividualismus. Von Hobbes bis Locke, 2. Aufl., Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Mandel (1983) – Ernest Mandel: Die Langen Wellen im Kapitalismus – eine marxistische Erklärung, Frankfurt/M.: isp-Verlag.
- Marx (1974) – Karl Marx: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, 2. Aufl., Berlin (DDR): Dietz.
- Marx (1977) – Karl Marx: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie, 1. Band, in: Marx-Engels-Werke, Bd. 23, 12. Aufl., Berlin (DDR): Dietz.
- Mensch (1977) – Gerhard Mensch: Das technologische Patt. Innovationen überwinden die Depression, Frankfurt/M.: Fischer.
- Merchel/Schrapper (1996) – Joachim Merchel/Christian Schrapper (Hrsg.): »Neue Steuerung«. Tendenzen der Organisationsentwicklung in der Sozialverwaltung, Münster: Votum.
- Moore (1987) – Barrington Moore: Ungerechtigkeit. Die sozialen Ursachen von Unterordnung und Widerstand, Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Mückenberger (1985) – Ulrich Mückenberger: Die Krise des Normalarbeitsverhältnisses. Hat das Arbeitsrecht noch eine Zukunft?, in: Zeitschrift für Sozialreform, H. 7, 8, S. 415-434, 457-475.
- Mückenberger (1986) – Ulrich Mückenberger: Zur Rolle des Normalarbeitsverhältnisses bei der sozialstaatlichen Umverteilung von Risiken, in: Prokla, H. 64, S. 31-45.
- Müller (2003) – Harald Müller: Supermacht in der Sackgasse? Die Weltordnung nach dem 11. September, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Müller et al. (1977) – Gernot Müller/Ulrich Rödel/Charles Sabel/Frank Stille/Winfried Vogt: Ökonomische Krisentendenzen im gegenwärtigen Kapitalismus, Frankfurt/New York: Campus.
- Natter/Riedelsperger (1988) – Ehrenfried Natter/Alois Riedelsperger (Hrsg.): Zweidrittelgesellschaft. Spalten, splittieren – oder solidarisieren?, Wien/Zürich: Europaverlag.
- Nullmeier (2004) – Frank Nullmeier: Vermarktlichung des Sozialstaats, in: WSI-Mitteilungen, H. 9, S. 495-500.
- Offe (1983) – Claus Offe: Arbeit als soziologische Schlüsselkategorie?, in: Matthes, J. (Hrsg.), Krise der Arbeitsgesellschaft? Verhandlungen des 21. Deutschen Soziologentages in Bamberg 1982, Frankfurt/New York: Campus, S. 38-65.
- (2000: 336 ff.) scharfsinnige Analyse der modernen Lohnarbeitsgesellschaft, in der eindringlich die destabilisierenden Rückwirkungen aufgezeigt werden, die von der sich zunehmend ausbreitenden »Zone der Verwundbarkeit«, also der Prekarität, und der »Zone der Entkoppelung«, sprich der sozialen Ausgrenzung, auf die »Zone der Integration«, d. h. den Kern der Arbeitsgesellschaft, ausgehen und das Fundament der gesellschaftlichen Integration zu zersetzen drohen.

37 Zu nennen sind in diesem Zusammenhang u. a. jene Programme, die derzeit unter dem Label ›evidence based practise‹ in der Sozialen Arbeit meist unkritisch als ein Beitrag zu deren Professionalisierung diskutiert werden und mit denen die Klienten einem möglichst standardisierten diagnostischen ›Assessment‹ zu unterziehen sind, um deren ›Risk-Need-Profil‹ ermitteln und, hierauf aufbauend, das für das jeweilige Profil wirksamste EBP-Programm durchführen zu können. Ignoriert wird hierbei, daß die Aufgabe der ›Professionellen‹ im »EBP« noch technischer Natur [ist; M. W.]: Es geht darum, das Programm an den zugewiesenen AdressatInnen detailgenau und gradlinig nach den Programmvorschriften, den ›Manualized Practice Guidelines‹ zu exekutieren. Es ist nicht erforderlich, dass sie wissen, warum sie welche Maßnahme verwenden, und genau genommen ist es nicht einmal wichtig, dass sie wissen, was sie tun. All das, was Professionalität ausmacht, scheint im Kontext einer manageriellen EBP mehr oder weniger überflüssig.« (Ziegler 2006:

- 151) Offe (2002) – Claus Offe: Wessen Wohl ist das Gemeinwohl?, in: Münkler, H./Fischer, K. (Hrsg.), Gemeinwohl und Gemeinsinn. Rhetoriken und Perspektiven sozialmoralischer Orientierungen, Berlin: Akademie Verlag, S. 55-76.
- Pilgram/Steinert (2000) – Arno Pilgram/Heinz Steinert (Hrsg.): Sozialer Ausschluss – Begriffe, Praktiken und Gegenwehr, Baden-Baden: Nomos.
- Reichard (1994) – Christoph Reichard: Umdenken im Rathaus. Neue Steuerungsmodelle in der deutschen Kommunalverwaltung, Berlin: edition sigma.
- Reis/Schulze-Böing (1988) – Claus Reis/Matthias Schulze-Böing (Hrsg.): Planung und Produktion sozialer Dienstleistungen. Die Herausforderung »neuer Steuerungsmodelle«, Berlin (BRD): edition sigma.
- Rousseau (1979) – Jean-Jaques Rousseau: Vom Gesellschaftsvertrag oder Grundsätze des Staatsrechts, Stuttgart: Reclam.
- Schaarschuch (2000) – Andreas Schaarschuch: Kunden, Kontakte, Karrieren. Die Kommerzialisierung der Sozialen Arbeit und die Konsequenzen für die Profession, in: Lindenberg, M. (Hrsg.), Von der Sorge zur Härte. Kritische Beiträge zur Ökonomisierung Sozialer Arbeit, Bielefeld: Kleine, S. 153-163.
- Schäfer (1966) – Dieter Schäfer: Die Rolle der Fürsorge im System sozialer Sicherung. Ein Beitrag zur Entwicklung und Begründung eines gegliederten Sozialleistungssystems, Frankfurt/M.: Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge.
- Schmidt (1998) – Manfred G. Schmidt: Sozialpolitik in Deutschland. Historische Entwicklung und internationaler Vergleich, 2. Aufl., Opladen: Leske + Budrich
- Thompson (1980) – Edward P. Thompson: Plebeische Kultur und moralische Ökonomie. Aufsätze zur englischen Sozialgeschichte des 18. und 19. Jahrhunderts, Frankfurt/Berlin/Wien: Ullstein.
- Vobruba (1985) – Georg Vobruba: Arbeiten und Essen. Die Logik im Wandel des Verhältnisses von gesellschaftlicher Arbeit und existentieller Sicherung im Kapitalismus, in: Leibfried, S./Tennstedt, F. (Hrsg.), Politik der Armut und Die Spaltung des Sozialstaats, Frankfurt/M.: Suhrkamp, S. 41-63.
- Völker (2006) – Wolfgang Völker: Radikalisierung der Unsicherheit. Seit dem 1. August ist Hartz IV »fortentwickelt«, in: ak – analyse & kritik, H. 508, online unter URL (16. 2. 2007) <http://www.linksnet.de/drucksicht.php?id=2551>.
- Weber (1985) – Max Weber: Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriß der verstehenden Soziologie, 5. Aufl., Tübingen: Mohr.
- Zander (1975) – Hartwig Zander: Sozialarbeit und Armut – Der Begriff der Armut in seiner Bedeutung für eine marxistische Theorie der Sozialarbeit, in: Otto, H.-U./Schneider, S. (Hrsg.), Gesellschaftliche Perspektiven der Sozialarbeit. Erster Halbband, 3. Aufl., Neuwied/Darmstadt: Luchterhand, S. 233-266.
- Ziegler (2006) – Holger Ziegler: Evidenzbasierte Soziale Arbeit. Über managerielle PraktikerInnen in neo-bürokratischen Organisationen, in: Schweppe, C./Sting, S. (Hrsg.), Sozialpädagogik im Übergang. Neue Herausforderungen für Disziplin, Profession und Ausbildung, München/Wien: Juventa, S. 139-155.
- Zoll (2000) – Rainer Zoll: Was ist heute Solidarität?, Frankfurt/M.: Suhrkamp.

GÜNTER WIRTH

Kurella und die Wartburgtagung

Erhard Scherner hat in seinem Kurella-Aufsatz («Junger Etrusker erteilt Unterricht») in Nr. 201/202 von UTOPIE kreativ von der »Wartburgtagung der Schriftsteller« 1954 berichtet und hervorgehoben, sie sei vom Deutschen Schriftstellerverband, bei dem er nach seinem Leipziger Germanistikstudium gerade angestellt worden war, »ausgerichtet« worden. Das ist in der Tat korrekt: »ausgerichtet«. Denn initiiert und ursprünglich inspiriert war sie von einer ganz und gar unabhängigen Persönlichkeit, der es durchaus im Sinne von Johannes R. Bechers Konzeption darum ging, der deutschen Spaltung, auch im geistigen Leben, zu begegnen und auf einen Dialog zwischen Schriftstellern der DDR und der BRD bzw. genauer im Sinne des Initiators: zwischen den deutschen Schriftstellern zu drängen. Im Umfeld des Leipziger Kirchentags schien ihm hierfür eine günstige Atmosphäre zu existieren, und die Wartburg kam für ihn als authentischer Ort vor allem in Betracht.

Diese Persönlichkeit war der evangelische Pfarrer Otto Riedel aus Härtensdorf bei Zwickau. Der in der Bekennenden Kirche bewährte Geistliche, der auch sein lyrisches Schaffen im »Kirchenkampf« mit dem NS-Regime eingesetzt hatte, war nach 1945 im westsächsischen Raum aktiv im Kulturbund tätig, immer wieder den Dialog zwischen Christen und Marxisten anregend. In der Evangelischen Verlagsanstalt und im Union Verlag hatte er historische Romane und Lyrik veröffentlicht, im Union Verlag zudem zwei Essaybände herausgegeben, die in Richtung Wartburgtreffen wiesen: »Vom göttlichen und vom menschlichen Wort« und »Vom Worte Gottes und den Künsten« (mit bundesdeutschen Autoren als Beiträgern).

Tatsächlich hatte Riedel vielfältige Beziehungen zu christlichen Schriftstellern in der Bundesrepublik, und sie waren es vor allem, an die er 1954 hinsichtlich eines solchen Dialogs dachte.

Ich kann mich leider nicht mehr genau daran erinnern, wie Riedel zunächst versucht hatte, gleichsam im Alleingang eine solche Begegnung zustande zu bringen und wie er hierbei auf die für solche Veranstaltungen in der DDR verbindlichen Rahmenbedingungen stieß, an denen er nicht vorbeikam. Jedenfalls hatte aber seine Idee so viel Überzeugungskraft, dass eben dann doch der DSV die Sache in die Hand nahm und die Wartburgtagung »ausrichtete«.

Dies hatte allerdings zur Folge, dass viele der bundesdeutschen Autoren, zumal der christlichen, die Riedel an sich schon ihre Sympathie bezeugt hatten, angesichts dieser Konstellation der Wartburgtagung doch fern blieben und die Teilnahme allein am Leipziger Kir-

Günter Wirth – Jg. 1929, Publizist. 1973-1990 Chefredakteur beziehungsweise Herausgeber der evangelischen Monatszeitschrift STANDPUNKT; 1985-1993 Honorarprofessor für Neue und Neuere Kirchengeschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin; bis September 1990 Leiter der Wissenschaftlichen Arbeitsgruppe des Vorsitzenden der DDR-CDU, Lothar de Maizière. Zuletzt in UTOPIE kreativ: Marxismus, Glauben, Religion. Notwendige Bemerkungen zu einem Buch von Uwe-Jens Heuer, Heft 201/202 (Juli/August 2007).

chentag vorzogen, um dort auch zu lesen, Rudolf Alexander Schröder etwa, aber auch Albrecht Goes.

Es waren daher vor allem bundesdeutsche Autoren der älteren Generation, die sich auf der Wartburg einfanden, Leo Weismantel, der Nestor der katholischen Schriftsteller, Ludwig Bäte, der Osnabrücker Archivar und meisterhafte Novellist, und Arno Pötzsch, ein evangelischer Pfarrer, der als Lyriker bekannt war und von dem Gedichte als Choräle im Gesangbuch Platz gefunden haben. Überdies erinnere ich mich an Werner Warsinsky, der gerade einen renommierten literarischen Preis erhalten hatte, später aber wohl weniger in Erscheinung trat.

Zwischen diesen Schriftstellern und den vom DSV für diese Tagung gewonnenen Autoren, darunter den von Scherner genannten, zu denen ich noch Karl Kleinschmidt und Dr. Gerhard Desczyk vom Union Verlag hinzufügen möchte, kam es zu einem fruchtbaren Gespräch, das überdies dazu führte, dass in der Folge von Weismantel und Bäte zahlreiche Bücher mit großem Erfolg im Union Verlag herauskamen, von Bäte etwa auch die Novelle »Rosen für Lidice«.

Es ist daher schade, dass Scherner diesen Ausgangspunkt der Wartburgtagung übergangen hat. Ja, es wäre im Gegenzug umso wichtiger, dem ganzen Vorfeld und Umfeld dieser Tagung, die später, außer in der Presse der CDU, kaum noch Beachtung gefunden hat, genauere Untersuchungen zu widmen.

WOLFGANG SABATH

Festplatte. Die Wochen im Rückstau

Wolfgang Sabath – Jg. 1937,
Journalist und Autor, Berlin.

Und immer wieder fallen wir auf sie herein, wenn sie von Pflicht, von Verantwortung, von Wählerauftrag reden: auf die Abgeordneten des Deutschen Bundestages. Dabei sollten wir doch längst, und zwar seit Jahren, gewarnt sein: Wir wissen doch, wie es auf Parteitagskungelrunden und in kungelnden Parteitagsarbeitspräsidien zugeht, wenn Listenplätze für anstehende Wahlen verteilt werden. Da ist dann nur noch selten von Verantwortung und Wählerauftrag die Rede. Die Abgeordneten also Menschen wie du und ich. Fast. Und darum ist ein Narr, wer sich wundert, daß auch Abgeordnete mehr Geld haben wollen. Erstaunlich bleiben aber doch regelmäßig wiederkehrende Argumentationen in dieser Angelegenheit. Und geradezu perplex ist der gemeine Wähler und Nichtwähler über die Unverfrorenheit, daß eben jetzt die Debatte um eine Diätenerhöhung geführt wird. In diesem zu Ende gehenden Jahr voller Preiserhöhungen und der massenhaften Installation von Niedriglohnempfängern (um die man so schön die offizielle Arbeitslosenstatistik bereinigen kann ...), ausgerechnet in einem Jahr rigoroser Sparkurse in Ländern und Gemeinden, fällt der Regierungskoalition ein, eine Diätenerhöhung zu beschließen. Wenn es denn wirklich stimmt, daß Politik vorwiegend über Symbole funktioniert – ein aussagekräftigeres Symbol für die moralische Verfaßtheit großer Teile der politischen Klasse ist fast nicht denkbar ... Einen Tag nach Faschingsbeginn, am 12. 11., stand in allen Zeitungen: »Struck verteidigt geplante Diäten-Erhöhung«. Es geht um satte 9,4 Prozent. Denn auch die Abgeordneten hätten Nullrunden hinter sich, das rechtfertige eine Erhöhung. Die Opposition beabsichtigt, gegen die Diätenerhöhung zu votieren. Dazu Peter Struck, langjährig erfahren und gewieft: »Ich gehe

davon aus, daß sie das Geld trotzdem gerne nimmt und es nicht an bedürftige Dritte spendet.« So wird es sein.

Zu den Standardfloskeln bei Debatten um Abgeordnetenbezüge gehören immer auch Hinweise auf Einkünfte, die in der »freien Wirtschaft« zu erzielen wären. Warum, fragt sich der irritierte Zeitungsleser, gehen sie dann nicht? Sie werden schon wissen, warum. Wir zwar nicht, aber wir haben eine Ahnung.

Ein beliebtes Thema von Boulevardzeitungen sind Politikerehefrauen. Insbesondere dann, wenn deren politische Aktivitäten und Bekundungen denen ihrer Ehemänner widersprechen. Nachdem sich diese Zeitungen vor längerem an konservativ dünkenden familienpolitischen Auffassungen von LINKE-Genossin Müller (verehelichte Lafontaine) aus dem Saarland abgearbeitet und ausführlich Herrn Minister Seehofer nebst Ehefrau und Freundin bedacht hatten sowie – zumindest berlinregional – kurz ein Schulproblem der Andrea Gysi in die Zeitungsspalten hoben (aber der Fall »Mutter sucht Schule für Tochter« gab nicht so recht was her), war anschließend Rudolf Scharping an der Reihe. Ja, genau, das ist der Präsident der dopenden Radfahrer mit der planschenden Gräfin. Eine der Meldungen ging so:

Die Frau des ehemaligen SPD-Chefs Scharping, Gräfin Pilati, wechselt im hessischen Wahlkampf auf die Seite der Gegner: Sie unterstützt CDU-Politiker Koch. Wie die »Bild«-Zeitung vom Montag berichtet, engagiert sich Kristina Gräfin Pilati in der Wählerinitiative »Frauen für Roland Koch«. Pilati erklärte, Mitglieder der Initiative seien auf sie zugekommen und hätten gefragt, ob sie mitmachen wolle. »Natürlich mache ich mit. Ich finde, daß Roland Koch ein wunderbarer Ministerpräsident ist, und möchte, daß er es auch bleibt«, sagte Pilati der Zeitung.

Daß ihr Ehemann Rudolf Scharping in der SPD ist, stört sie dabei nicht. »Ich habe meine eigene Meinung, und ich halte Roland Koch für einen sehr guten Ministerpräsidenten. Hessen geht es wirklich gut mit ihm«, sagte die Gräfin. Sie sei mit ihrem Mann »in wirtschaftlichen Dingen oft einer Meinung, in politischen nicht immer«. Über den CDU-Politiker Koch sagte Pilati: »Koch ist ein Mann, der solide und wahnsinnig verantwortungsbewußt seine Aufgaben angeht.« Gerade solche Männer finde sie gut. Wer verstünde das nicht.

Der Tagesspiegel erschreckte im Berichtszeitraum mit der Überschrift *Berlin muß Zentrum Europas werden*. Um Himmelswillen: Nicht doch schon wieder! Glücklicherweise handelt es sich nur um den Wunschtraum des Regierenden Bürgermeisters Klaus Wowereit. Viele Leute reden offenbar zwangsläufig so geschwollen, wenn sie eines Amtes sind. Zu den Geschwollenheiten gehört auch der Satz: »Die Stadt braucht eine aktive Willkommenskultur.« Weiß der Teufel, was das genau sein soll. Aber die den Chef der Berliner Verwaltung beratende Werbeagentur wird sich schon etwas dabei gedacht haben. Und das ist gut so. Vielleicht.

Doch die Montagszeitung hielt noch einen anderen Schreck parat: *Linken-Chef Lothar Bisky hat seine Partei aufgefordert, sich auf eine Regierungsbeteiligung im Bund bereits im Jahr 2009 vorzubereiten*. Schon wieder einer, in dem Verantwortungs- und Pflichtgefühl wabert.

Ronald Friedmann:
Ulbrichts Rundfunkmann.
Eine Gerhart-Eisler-Biographie,
edition ost Berlin 2007, 285 S.
(14,90 €)

»Gerhart Eisler ist tot, aber nicht vergessen.« Dies ist der treffende Schlusssatz von Ronald Friedmanns Buch über einen in Leipzig geborenen Österreicher. Nach dem Ersten Weltkrieg kam Gerhart Eisler von Wien, wo er aufgewachsen, nach Deutschland, wirkte lange Jahre in der KPD, der Kommunistischen Internationale und dann in der SED als Parteifunktionär. Legale, halblegale oder illegale Einsätze »dazwischen« führten ihn u. a. nach China, Spanien, Frankreich und in die USA.

Vor jenem letzten Satz des Buche zitiert der Autor aus der 1971 erschienenen Autobiographie eines anderen Österreichers, des Publizisten Bruno Frei. Drei Jahre nach Gerhart Eislers Tod 1968 heißt es in dem »wirklichen Nachruf« (so Ronald Friedmann, S. 271): »Aber Gerhart Eisler war auch der Schrecken der Feiglinge, der Schwätzer, der Gerüchtemacher. Sein Mut, so natürlich er in Erscheinung trat, hatte etwas Überlegtes an sich, geboren aus der seltenen Fähigkeit, die haarscharfe Grenze zwischen Bravour und Kaltblütigkeit einzuhalten. Immer das tun, was jeweils möglich, und niemals unterlassen was notwendig ist. Diesen realistischen Mut hat Gerhart Eisler unter verschiedenen Himmeln mit verschiedenen Reispässen bewiesen.« (S. 272)

Eigentlich bereits ein schöner Abschluss für eine Rezension, zumindest schon hier sei die übliche Aufforderung platziert: Dieses Buch kaufen, lesen und weiter empfehlen. Gestolpert bin ich über den Buchtitel: »Ulbrichts Rundfunkmann« – und dies aus zwei Gründen.

1. Warum fördert und schützt Walter Ulbricht seinen früheren erbitterten politischen Kontrahenten aus »KPD-Zeiten« in »DDR-Zeiten« so hartnäckig und ausdauernd?

2. War Gerhart Eisler nicht eigentlich mehr als ein »Rundfunkmann«, nicht eine Institution im sozialistischen Parteijournalismus der DDR – und dies ist eine Feststellung, keine schnöde Abqualifizierung eines Spätergeborenen.

In den Jahren 1927 bis 1929 gehörte Gerhart Eisler an der Seite von Ernst Meier, Arthur Ewert, Hugo Eberlein, Kurt Süßkind, Georg Schumann und anderen (auch Wilhelm Pieck wurde diesem Personenkreis zugerechnet) zu jenen führenden KPD-Funktionären, die im Gefolge der Wittdorf-Affäre Ernst Thälmann vom Vorsitz der KPD verdrängen und eine realistischere Politik der Partei durchsetzen wollten, realistischer als sie beispielsweise Walter Ulbricht (beispielsweise auf dem Gebiet der Gewerkschaftspolitik) damals vehement mit vertrat. Die Versuche, die Mehrheitsverhältnisse in der Führung der KPD 1928/29 zu verändern, schlugen fehl. Auf Druck der KPdSU und namentlich Stalins wurden durch Beschlüsse von Gremien der Kommunistischen Internationale die so genannten Rechten aus der KPD herausgedrängt. Die oben Genannten wurden gleichzeitig wegen ihrer »Duldsamkeit« gegenüber den Positionen der so genannten Rechten scharf kritisiert. Seit Ende der 20er Jahre hatten sie ihre Brandmarkung unter dem dann gebräuchlichen Stigma als »Versöhnler« erhalten und in der stalinierten KPD wie der KI und auch noch später in der SED behalten, auch wenn sie abgeschworen, von ihren Ansichten »selbstkritisch« in aller Öffentlichkeit abrückten.

Gerhart Eisler hatte, wie in der Publikation ausführlich beschrieben, Ende der 20er Jahre des vorigen Jahrhunderts Glück im Unglück. Seine »Kominternierung«, so eine gängige Bezeichnung für eine rigide ausgeübte Praxis, endete nicht nach der Herauslösung aus jeglicher Parteiarbeit in Deutschland, nicht im jahrelangen, beschäftigungslosen (und mittellosen) Wartezustand in Moskau. Als Emissär der KI wurde Gerhart Eisler nach China und Spanien geschickt, schließlich wirkte er viele Jahre in den USA. Zwischenzeitlich war er nach 1933 auch Mitarbeiter der Auslandsleitung der KPD in Paris.

Zu den interessantesten – weil mir weniger bekannten – Stationen von Gerhart Eislers Lebensweg gehören die Schilderungen der Praxis amerikanischer Geheimdienste, mit offener Bespitzelung und mehrmaliger Verhaftung sowie der schließlichen Flucht als blinder Passagier auf einem Schiff aus den USA nach Europa, so dass der angestrebte Schauprozess gegen einen »kommunistischen Agenten« nicht

geführt werden konnte. Nicht nur das im Anhang dokumentierte Verhör Gerhart Eislers am 6. Februar 1947 vor dem »Komitee für Unamerikanisches Verhalten« in Washington spricht Bände, auch mehrere Kapitel des Buches informieren ausführlich über jenen Lebensabschnitt eines aufrechten Kommunisten.

Die Passagen über die USA sind eng verbunden mit dem Namen von Gerhart Eislers Schwester Elfriede, bekannt als ultralinke KPD-Funktionärin Ruth Fischer. Ihr politischer Hass ließ diese nicht vor Denunziationen des Bruders gegenüber den amerikanischen Behörden zurückschrecken, ein Hass, der bis zum Lebensende beider nicht geringer wurde.

Zweimal unterbricht der Autor den Fluss seiner chronologischen Lebensbeschreibung und fügt Exkurse über Gerhart Eislers Geschwister ein: über die Schwester Elfriede (Ruth Fischer) und den Bruder Hanns, den bekannten Komponisten – nicht nur der DDR-Nationalhymne zu den Worten von Johannes R. Becher oder vieler Texte von Bertolt Brecht.

Gerhart und Hanns Eisler waren leidenschaftliche Schachspieler und politisch zeit lebens konsequente Gegner der politischen Ansichten ihrer Schwester Elfriede (Ruth Fischer). Sie verband, als sie dann beide in der DDR lebten, auch die sensible, aber hartnäckige und aufrichtige Solidarität, wenn einem von beiden persönliches und politisches Unrecht von den »eigenen Leuten« angetan wurde. Wie schmerzlich dies für sie war, wussten sie auch ohne Worte voneinander. An die Öffentlichkeit drang die Bitterkeit darüber kaum.

Noch mal zu Elfriede (Ruth Fischer): angedeutet wird im Buch auch, dass die beiden Männer als Buben ihrer Schwester manchen Streich spielten, auch wenn diese Bemerkung keine Entschuldigung für diametral entgegengesetzte politische Ansichten sein kann und soll. Neugierig wie der Mensch nun mal ist, hätte man darüber gern Genaueres gelesen.

»Ulbrichts Rundfunkmann«? Eigentlich war Gerhart Eisler im »Medienbetrieb« der DDR eine Institution, er hat viele junge und ältere Menschen zu guten Journalisten herangebildet. Im Gespräch mit Journalisten-Kollegen war er scharfzüngig und punktgenau und

wusste dabei humorvoll zu argumentieren. Mit seiner umfassenden Bildung und Informiertheit über das politische Weltgeschehen war er Vorbild – und nicht nur Walter Ulbricht erkundigte sich regelmäßig, wie dieser das aktuelle politische Weltgeschehen beurteilte.

Die fünfziger Jahre. Den wiederholten Forderungen aus Moskau im Rahmen der umfassenden innerparteilichen »Säuberungen« von vermeintlichen Parteifeinden in den 50er Jahren, den im doppelten Sinne »unsicheren Kantonisten« Gerhart Eisler (einmal Versöhnler immer Versöhnler; Leben im »Mutterland des Feindes«, den USA, ergo »Agent«) bei den Parteiüberprüfungen härter und auch namentlich öffentlich zu bestrafen, kam die SED letztendlich nicht nach. Ronald Friedmann beschreibt die 50er Jahre als die »bittersten Jahre« im Leben Gerhart Eislers detail- und kenntnisreich. Wer noch nicht weiß, was mit Stalinismus in DDR und SED gemeint ist, hier findet er Tatsachen in Fülle.

Nur spekuliert werden kann, was Walter Ulbricht mit Gerhart Eisler wirklich verband. Überschätzte ersterer seine einzigartige Position als erfahrener KI-Funktionär gegenüber jüngeren Repräsentanten der KPdSU, die jetzt den Kurs im »sozialistischen Welt-system« wie in der kommunistischen Bewegung autark zu bestimmen glaubten und zumeist auch durchsetzten? Antworten darauf wie auch auf die Frage, aus welchen Motiven heraus sich Gerhart Eisler als »Parteisoldat« immer wieder selbst disziplinierte, eigene Zweifel an der Richtigkeit des eingeschlagenen Kurses nicht laut werden ließ – oder gar nicht kannte –, bedürfen noch vieler Forschungen.

Ronald Friedmann lässt auch eine besondere Perfidie der stalinistischen SED gegenüber Gerhart Eisler nicht unerwähnt (Seite 222/223), eine Praxis, die schon zu KPD-Zeiten und bis 1989 systemüblich war. Im »Neuen Deutschland« vom 18. Februar 1951 findet sich auf Seite vier ein Artikel mit der Überschrift: »Ernst Thälmanns Kampf gegen die Versöhnler«. Der von Gerhart Eisler gezeichnete Beitrag soll nicht referiert werden, aber die Zwischenüberschriften (des Autors oder der Redaktion?) seien genannt: »Die Versöhnler helfen den Feinden der Partei«, »In Worten gegen, in der Praxis mit den Rechten«,

»Die Versöhnler in der Position von Partei-feinden«, »Ein Versöhnler ist kein Marxist-Leninist!«.

Was bleibt? Ein lesenswertes Buch, das aus biographischer Sicht dazu beiträgt, Parteigeschichte wie DDR-Geschichte differenzierter zu betrachten. Biographische Darstellungen wie Ronald Friedmanns Buch über Gerhart Eisler wünschte man sich über viele weitere »Spitzenfunktionäre« von KPD, KI und SED.

HORST HELAS

Matthias Steinbach,
Sven Schlotter (Hg.):
Zweimal Amerika.
Deutsche Reisetagebücher 1926
und 1990. manuskript – Archiv
zur Bildungs- und Wissenschafts-
geschichte, Bd. 3, Verlag
Dr. Bussert & Stadeler Jena 2007,
140 S. (24,90 €)

»Zweimal Amerika« ist die dritte Publikation der von den Historikern Matthias Steinbach und Michael Ploenus (Jena) herausgegebenen Reihe »manuskript – Archiv zur Bildungs- und Wissenschaftsgeschichte« betitelt. Was zunächst wie ein unbekannter Roman von Jules Verne klingen mag, ist ein Band, der zwei Reisetagebücher vereint. Das erste verfasste der Jenaer Philosophie-Professor Bruno Bauch (1877-1942), das zweite die Lehrerin Ursula Schäfer (1923-2006). Der Gelehrte Bauch reiste 1926 zu einem Philosophie-Kongress in die USA; Ursula Schäfer wiederum begleitete im Einheitsjahr 1990 ihren Mann, den Jenaer Historiker Prof. Peter Schäfer, zu einem Studienaufenthalt in die Vereinigten Staaten.

In seinem Vorwort erläutert der Reihenbegründer Matthias Steinbach, warum diese zwei, auf den ersten Blick scheinbar höchst disparaten USA-Reisetagebücher in »diachroner Zusammenschau« publiziert werden. Bauch und Schäfer seien, so Steinbach mit Shakespeare, »strange bedfellows«, also »seltsame Bettgenossen«. Und wirklich: Bei allen erkennbaren Unterschieden (vor allem in den

weltanschaulichen Standpunkten: hier der deutlich konservativ-völkische und eher humorlose Bruno Bauch, dort die politisch links positionierte und witzig-ironische Ursula Schäfer), finden sich in den Diarien der beiden Amerika-Fahrer doch erstaunlich viele Parallelen. »Insgesamt«, so das Fazit Steinbachs, »dokumentieren die Texte Bauchs wie Schäfers über die reinen Zustandsschilderungen hinaus deutsches Nationalbewusstsein in seiner eigenartigen Zerrissenheit.« Sicher, man hätte Bruno Bauchs Amerika-Tagebuch auch mit dem Diarium eines liberalen Zeitgenossen verknüpfen können. Angeboten hätten sich hier etwa die Amerika-Notizen des Krupp-Managers und Kunsthistorikers Eberhard Freiherr von Bodenhausen (1868-1918). Der Freund von Harry Graf Kessler wollte ebenfalls Anfang des 20. Jahrhunderts in den USA und hat Notizen hinterlassen, die bis dato nur in Auszügen veröffentlicht sind. Aber Bauchs Tagebuch das der unverkrampften Touristin Ursula Schäfer gegenüberzustellen, ist auch von großem Reiz.

Bruno Bauch aus Jena war einer von nur vier deutschen Teilnehmern am 6. Internationalen Kongress für Philosophie, der 1926 in Boston stattfand. Dass Bauch seine Aufzeichnungen nur *pro domo* anfertigte, das Diarium einzig als »Gedankenstütze« betrachtet wissen wollte, überrascht den Leser. Denn der vorliegende Bericht ist bis ins letzte Komma hinein ausgefeilt; als wollte sein Autor ihn unter allen Umständen druckreif hinterlassen. Sven Schlotter, der mit der Arbeit »Die Totalität der Kultur – Philosophisches Denken und politisches Handeln bei Bruno Bauch« in Jena promovierte, kommentiert dessen Reise-Tagebuch ebenso vorzüglich wie er es in den Kontext seines wissenschaftlichen Wirkens stellt. Über Passionen jenseits der Philosophie oder gar über liebenswerte Laster Bauchs wird im Begleittext nichts erwähnt. Allein im Diarium findet sich der Hinweis, dass Bauch gern mal eine Zigarette rauchte: Und so berichtet er u. a. von seiner Freude, auf einer Zugfahrt durch das Land einen ganzen Abend in einem der seltenen Raucherabteile der amerikanischen Pullman-Züge verbracht zu haben.

Als Lehrstuhlinhaber war Bauch ein deutscher Intellektueller wie er im Buche steht:

Korrekt bis penibel, als Publizist unwahrscheinlich fleißig, dabei konservativ bis zum Stehkragen. Kaum ist er in den USA angekommen, da heißt es schon apodiktisch: »Eine der schlimmsten Geschmacklosigkeiten ist die bekannte Freiheitsstatue.« Eine Begründung wird nicht gegeben. Bei Bauchs Ankunft in New York versucht ein Journalist seine bescheidene Weltläufigkeit zu demonstrieren und sagt, Goethe war »also a philosopher of Jena«. Darauf hat der in Goethes und seiner Ehre gekränkte Bildungsbürger Bauch nur eine Entgegnung parat: »Du Rindvieh!«

Als Gast in diesem so ganz anders gearteten Land ist es Bauchs mühsames Bestreben, alles Neue so aufzunehmen wie es sich ihm darbietet, d. h. möglichst vorbehaltlos. »Kurz, ich war trotz meiner Skepsis auch mit meiner Skepsis vorsichtig und gegen meine eigene Skepsis skeptisch.« Doch das missrät ihm gänzlich. Zwar findet er anerkennende Worte für die von ihm besuchten Universitäten Harvard, Cornell und Cambridge, kommt aber schnell zu dem Schluss, dass die amerikanischen Philosophen ihren deutschen Kollegen nicht das Wasser reichen können. Und wenn deutsche Bildung und deutsche Philosophie gelobt werden, betont Bauch mit schöner Regelmäßigkeit, er »gebe nur wieder« und »stelle nur fest«. Aber solche Lobreden der US-Kollegen gehen dem deutschen Philosophie-Professor Bauch runter wie Öl.

Amerikanischen Frauen und amerikanischer Geselligkeit kann er freilich nichts abgewinnen: Beide sind nach seiner Auffassung »kalt« und »seelenlos«. Diese Position ist ein Stereotyp und diametral entgegengesetzt zu der, die etwa Thomas Mann zu jener Zeit pflegte. Der Dichter attestierte der amerikanischen Frau eine »geistige, kulturelle Überlegenheit«, weil »der Mann ohne Muße« und nur ein »Arbeitstier« sei (vgl. Heinrich Detering: »Juden, Frauen und Literaten« – Zu einer Denkfigur beim jungen Thomas Mann, Frankfurt/Main 2005).

Besonders bei seinen Äußerungen über New York wird kenntlich, dass Bauch ein Kind der alten Welt Europas ist. Voller Ressentiments sind die Passagen über seine »Wanderungen in den Italiener-, Neger-, Chinesen- und Judenvierteln« der Metropole. Wenn Bauch notiert: »Besonders Juden und Neger breiten sich

mehr und mehr aus«, dann klingt das, als schreibe der Diarist über eine ansteckende Krankheit. Folglich hat der »Neger« bei Bauch auch keinen Mund, sondern ein »Maul«. Und wenn er ergänzt: »Dazu kommen Rasmischungen«, dann spürt man förmlich das Unbehagen, das den Deutschen angesichts der ethnischen Vielfalt in New York ergreift. Bauch besucht in »Big Apple« auch ein Varieté. Dort wird u. a. Jazz gespielt – und zwar, wie er zu seinem Entsetzen feststellen muss, auf einer Orgel, also auf der »Königin der Musikinstrumente«. Spätestens hier reißt dem deutschen Bildungsbürger die ästhetische Hutschnur. Dieser Missgriff ist für Bauch ein Beispiel amerikanischer Unkultur.

Durch das Gelesene sensibilisiert, fragt man sich, welche Wirkungen der Besuch in den USA von 1926 bei dem deutschen Gelehrten in der Folge gezeitigt haben mag? Streng betrachtet: keine. Denn Sven Schlotter kann nur konstatieren, dass »Bauch seinen Amerika-Aufenthalt nicht wirklich als Chance zur kritischen Revision der eigenen Auffassungen nutzte und sich allzu schnell gegen die irritierende Erfahrung des Fremden immunisiert hatte«. Mehr noch: Auch und gerade nach 1933 warnte der Jenaer Gelehrte, der sich nach der Machtergreifung »öffentlich zum neuen Staat bekannt« hatte, vor der obskuren Gefahr des »Amerikanismus«.

Ganz anders Ursula Schäfer: Keine Skepsis und Distanz, kein Ressentiment, dafür aber Lob, wo Lob, und Kritik, wo Kritik angebracht ist. Bei diesen Notizen handelt es sich wirklich um einen »überaus anregenden Erlebnisbericht« (Steinbach), der aus Lust an der Freude entstand, endlich das Land sehen zu können, dem das jahrzehntelange wissenschaftliche Interesse ihres Mannes galt. Man muss dem Mitherausgeber Steinbach unbedingt beipflichten, der in seinem Vorwort das Diarium Ursula Schäfers mit den Worten resümiert: »Es überwiegt ein fast naiver, aber dadurch überaus erfrischender Blick auf Amerikas Kultur und Gesellschaft, der Reserven gegenüber der Politik der ersten Bush-Administration freilich nicht ausschließt.«

Peter Schäfer (Jg. 1931) belässt es nicht nur bei einem Kommentar des Berichts seiner im Jahre 2006 verstorbenen Frau, sondern ergänzt das Diarium mit einer Passage aus seinen noch

unveröffentlichten und »Schreiben Sie das auf, Herr Schäfer!« betitelten Erinnerungen. Einmal mit dem Lebensrückblick des Historikers konfrontiert, wünscht man sich, die eingängig geschriebenen Memorabilien recht bald in Gänze lesen zu können. Umso mehr, da Peter Schäfer viel zu sagen haben dürfte. So u. a. über sein Dasein als aus Berlin nach Jena übergesiedelter DDR-Wissenschaftler, der sein Forschungsthema, die USA und ihre Geschichte, bis 1989 nicht *ad oculos* studieren durfte. Erst 1990 – und damit sechs Jahre vor seiner Emeritierung! – konnte er die USA erstmals betreten. Ein zweimonatiges Stipendium des Bundesforschungsministeriums versetzte ihn in die Lage, in die Staaten zu reisen und über die US-amerikanischen Präsidenten zu forschen. Das Resultat des Aufenthalts, das Buch »Die Präsidenten der USA«, erschien 1993. Es erlebte drei Auflagen. Wer mehr über Peter Schäfer und seinen Versuch, USA-Geschichte in der DDR, dem vielzitierten »Land der begrenzten Unmöglichkeiten«, zu lehren, erfahren möchte, der lese das mit dem Jenaer Emeritus geführte und im ersten Band der »manuskript«-Reihe (»Universitätserfahrung Ost – DDR-Hochschullehrer im Gespräch«, Jena 2005, S. 161-193) veröffentlichte Interview.

Mit diesem dritten Band darf das Fundament der Reihe »manuskript – Archiv zur Bildungs- und Wissenschaftsgeschichte« als gegossen betrachtet werden. Nun wird der Bau errichtet. Als nächster Band wird die Studie »Die Christlichkeit einer Schule – Schulpforte zur Schulzeit Nietzsches« des viel zu früh verstorbenen Theologen und Pädagogik-Historikers Reiner Bohley (1941-1988) erscheinen. Im fünften Schritt soll 2008 ein Sammelband publiziert werden, der unter dem Titel »Ketzler, Käuze, Querulanten« Porträts von Gelehrten aus mehreren Jahrhunderten vereinigt, die an der Universität Jena (k)eine Karriere machten.

KAI AGTHE

Peter Zimmermann:
Geschichte wird uns zugefügt.
Ein Ostdeutscher erinnert sich an
das 20. Jahrhundert; Eudora-Verlag
Leipzig 2005, 457 S. (17,90 €)

Memoiren von Ostdeutschen, die zu begründen glauben müssen, warum sie sich in den Dienst der DDR gestellt haben, genießen immer noch Konjunktur. Man findet darunter die Lebenserinnerungen von Staatslenkern und -angestellten bis hin zur einfachen Verkäuferin oder Sekretärin. Eine Berufsgruppe scheint sich besonders berufen zu fühlen, ihre Erlebnisse in der DDR anderen mitzuteilen. Und zwar sind dies diejenigen, die »von außen« einen Blick auf die Geschehnisse und Entwicklungen in der DDR hatten. Seien es Diplomaten, Außenhandelsfachleute, Auslandsjournalisten oder aus sonstigen Gründen »draußen« über Jahre arbeitende »Auslandskader«. So interessant die autobiographischen Aufzeichnungen im einzelnen auch zuweilen sind, so fällt doch ein häufig gebotenes Muster in all diesen Publikationen auf: Von Krieg und Nachkrieg gezeichnet, die Chance zum Neuanfang dankbar angenommen, die Bildung im »ersten Arbeiter- und Bauernstaat« erhalten, die antifaschistische Erziehung durchlaufen, nutzte man selbstverständlich die Möglichkeit, im Ausland zu arbeiten. Man fühlte sich als was Besseres. Und in der Tat war diese oft beneidete Personengruppe gegenüber der Masse der DDR-Bevölkerung privilegiert. Die alltäglichen Sorgen der DDR-Bevölkerung zur Beschaffung der Dinge des alltäglichen Bedarfs waren für die in Valuta bezahlten Auslandskader keine, jedenfalls keine bedeutenden. Auch belohnte man diejenigen, die nicht den gefährlichen Weg über die Mauer gehen mußten, um die DDR verlassen zu können, mit guten Gehältern. Fast alle behaupten in ihren Memoiren, den ökonomischen Niedergang der DDR schon lange Zeit beobachtet zu haben. Deshalb habe man auch immer ein bißchen Opposition gelebt, die »strammen Parteimitglieder« (S. 426) waren immer die anderen gewesen.

So liest sich auch die Autobiographie von Peter Zimmermann, der als Hochschullehrer

unter anderem in Ghana und Syrien tätig war. Neben recht informativen und zum Teil auch mit einem Schmunzeln zu lesenden Passagen des Buches muß leider das Urteil gefällt werden: zu ausschweifig, zu selbstdarstellerisch, zu allgemein, zu uninteressant in dem gebotenen Umfang. Ein Lektor hätte den Verfasser darauf hinweisen müssen. Schade! Wenn der Umfang halb so groß gewesen wäre und Zimmermann sich auf das Wesentliche konzentriert hätte, wäre es möglich gewesen, ein gutes Buch vorzulegen.

ULRICH RAMM

**Rudolph Herzog:
Heil Hitler, das Schwein ist tot!
Lachen unter Hitler – Komik und
Humor im Dritten Reich,
Eichborn Frankfurt/M. 2006,
268 S. (19,90 €)**

Darf man über Hitler lachen? Diese seltsame, aber dennoch häufig gestellte Frage steht in Rudolph Herzogs neuem Buch nicht im Vordergrund. Der Filmemacher versucht vielmehr, einen differenzierenden Blick auf Komik und Humor im »Dritten Reich« zu werfen. Er stellt die Frage, wer denn über was genau lachte. Dabei geht er mit manch althergebrachter Deutung kritisch ins Gericht.

Nach dem Ende des Nationalsozialismus erschienen zahlreiche Anthologien mit NS-kritischen Witzen, die sich in der Folgezeit unter der Bezeichnung »Flüsterwitz« wachsender Beliebtheit erfreuten. In diesem Begriff schwangen jedoch immer auch zwei Aussagen mit: Zum einen, dass ein großer Teil der Bevölkerung der nationalsozialistischen Ideologie ablehnend gegenüber stand, zum andern, dass man diese kritische Haltung nur hinter vorgehaltener Hand äußern durfte. Sonst – so die gängige Erklärung – hätte man sein Leben aufs Spiel gesetzt.

Herzog räumt mit dieser hartnäckigen Legende auf und geht den Inhalten der Witze genauer nach. In seinem Buch skizziert er verschiedene Stationen in der Entwicklung des »Dritten Reiches« und stellt die entsprechenden Witze somit in ihren historischen Kontext.

Viele der Witze, so Herzog, übernahmen Erzählmuster älterer politischer Witze und richteten sich vergleichsweise harmlos lediglich gegen die Politiker im Allgemeinen oder deren Verfehlungen und Schwächen. Nur selten kritisierten sie gezielt das nationalsozialistische Regime und dessen Verbrechen. Während die nicht eingelösten Versprechen der NS-Politiker gerne aufs Korn genommen wurden – beispielsweise, wenn der »Endsieg« immer noch auf sich warten ließ –, war eine Auseinandersetzung mit dem verbreiteten Antisemitismus in der Bevölkerung eher die Ausnahme.

Die Witze, die den nationalsozialistischen Terror- und Repressionsapparat thematisierten, deutet Herzog als Zeichen der Mitwisserschaft. Anhand solcher Witze werde deutlich, was alles in der Bevölkerung selbstverständlich bekannt war. Die Analyse der politischen Witze sage viel darüber aus, was die Menschen dachten, was sie ärgerte, was sie wussten und was sie ausblendeten.

Der Autor widerlegt aber vor allem die Auffassung, dass man durch das Erzählen eines kritischen Witzes sogleich im Konzentrationslager gelandet wäre. Das Regime ging nur selten mit drakonischen Strafen oder gar Todesurteilen gegen Witzerzähler vor. Herzog beruft sich dabei auf die verdienstvolle Arbeit von Meike Wöhlert, die in ihrer Studie die These vom lebensgefährlichen Witz erzählen durch die Analyse der tatsächlichen Verurteilungen ins Reich der Legenden verwiesen hat. In der breiteren Öffentlichkeit wurde diese Erkenntnis aber bislang kaum zur Kenntnis genommen.

Herzog hat außerdem Gespräche mit 20 Zeitzeugen geführt, die über ihre Wahrnehmung von Witzen in der Zeit des Nationalsozialismus berichten. Leider greift er nur an wenigen Stellen auf dieses Material zurück und verzichtet auch darauf, die Erzählsituation und Rezeption der Witze genauer zu beleuchten.

Mit seiner kritischen Sicht auf den »Flüsterwitz« übergeht Herzog nicht die Fälle, in denen Komiker einer massiven Verfolgung durch das Regime ausgesetzt waren. Werner Finck saß mehrere Wochen im KZ Esterwegen, der jüdische Kabarettist Kurt Gerron wurde in Auschwitz ermordet. Der größte Teil der Komiker passte sich allerdings der neuen Ideologie an – oder musste sich eventuell gar

nicht mehr anpassen. Ein Aspekt, der übrigens durchaus eine ausführlichere Betrachtung verdient hätte.

Rudolph Herzog liefert insgesamt wenig neue Erkenntnisse, bietet aber erstmals einen gelungenen Gesamtüberblick über Komik und Humor im »Dritten Reich«. Dabei berücksichtigt er unterschiedliche Bereiche – vom politischen Witz und Karikaturen über das Kabarett und bis hin zum Kino. Die bekannten brillanten Dialoge von Werner Finck finden ebenso Erwähnung wie die im Dienste der NS-Unterhaltungsindustrie stehenden Komödien eines Heinz Rühmann.

Hervorzuheben ist an Herzogs Arbeit, dass er die Entwicklung des komischen Gewerbes in den einzelnen Phasen des »Dritten Reiches« beschreibt und die unterschiedlich verlaufenden Biografien der Komiker im Blick behält. Die individuellen Schicksale treten bei ihm nicht hinter die präsentierten Witze zurück.

So macht der Autor letzten Endes auch das Spannungsverhältnis von Lachen und nationalsozialistischer Herrschaft deutlich. Witz und Komik lassen sich im Nationalsozialismus nicht auf eine Formel bringen, sondern nur durch die Untersuchung der unterschiedlichen Lachpraktiken bewerten.

Die Frage, wo beim Lachen über Hitler die Grenze erreicht war, greift Herzog gegen Ende des Buches auf. Ein »Flüsterwitz« über den Selbstmord Hitlers ist nicht überliefert. Darüber konnten die schockierten Deutschen am Ende des »Dritten Reiches« nicht lachen.

ECKART SCHÖRLE

Ernst Kistler:
Die Methusalem-Lüge.
Wie mit demografischen Mythen
Politik gemacht wird, Karl Hanser
Verlag München, Wien 2006,
270 S. (19,90 €)

»Statt in irrationale Ängste zu verfallen heißt es: Hinsehen und umdenken.« Das empfiehlt der Sozialökonom Ernst Kistler angesichts der Diskussion um die vielfach vorhergesagte Überalterung der deutschen Gesellschaft. Er blickt für uns tiefer hinter die Fallstricke der

demografisch erhobenen Bevölkerungsentwicklung und kritisiert sachkundig die missbräuchlichen Interpretationen. Wenn wir mit düsteren Aussichten auf einen »Greisenstaat« konfrontiert, ja erschreckt werden, dann stecken dahinter – so erklärt er – ganz eigene Interessen von Politik und Wirtschaft.

In der Tat signalisieren Analysen und in die Zukunft projizierte Szenarien der Bevölkerungsentwicklung Herausforderungen, denen es sich zu stellen gilt. Sie zu ignorieren wäre ebenso leichtsinnig wie mit ihnen irrationale Ängste zu schüren. Wenn es darum geht, der Bevölkerung politische Konzepte wie die Infragestellung der Sozialstaatlichkeit, die »Rente mit 67« oder den Umbau des Gesundheitswesens plausibel zu machen, wird einfallsreich der Methusalem-Staat als Schreckgespenst aufgebaut.

Auch Kistler als realistischer Analytiker weiß um die Überalterung unserer Gesellschaft, und auch er kann uns die teilweise dramatische Formen annehmenden Folgen ausmalen. Im Unterschied zu den Untergangsszenarien anderer Autoren stellt er uns Situationsanalysen des demografischen Wandels vor, um dann mit mythenbildenden Politikern und Publizisten scharf ins Gericht zu gehen. Die Begegnungen der wissenschaftlichen mit den publizistischen Argumenten lassen sich trefflich verfolgen und bereiten bei allem Ernst Vergnügen.

Verantwortlich für ungesicherte Renten, für den vorausgesagten Mangel an Arbeitskräften ab 2015 und die sich leerenden Sozialkassen ist jedenfalls nicht der demografisch festgestellte Wandel. Geburtenrückgang, steigende Lebenserwartung, Zuwanderungsprobleme sind keine »Nachrichten aus der Zukunft« und auch kein allein deutsches Phänomen. Für andere europäische und nordamerikanische Länder und selbst für China und Japan zeichnen sich ähnliche Entwicklungen ab.

Die wirkliche, wirkende Lösung des Demografieproblems lässt sich in langfristigen Gestaltungsoptionen – Kistler scheut sich nicht, von Planung zu sprechen – finden. Das allerdings sei nicht die Stärke deutscher Politik und Unternehmen: Die einen denken und handeln in Legislaturperioden, die anderen in Quartalszahlen und Gewinnchancen. Längerfristigkeit und perspektivisches Denken sind

zwangsläufig Tabuthemen. Der Abbau der Bildungsangebote und der Bildungschancen für Jugendliche und für erwachsene Arbeitnehmer ist nahezu beispiellos in der Welt. Und was nützt es, das Renteneintrittsalter hochzuschrauben, wenn nicht gleichzeitig mehr Arbeitsplätze geschaffen, die Arbeitsbedingungen verbessert und die notwendigen Weiterbildungsmaßnahmen durchgeführt werden?

Gestalten wir denn also im Wissen um die Probleme das Methusalem-Projekt: Prüfen wir die Alternativen, diskutieren wir sie und gestalten wir die realistischen, indem wir die Perspektiven – gelegentlich – wechseln. Mögen dieses Projekt und mit ihm das Buch mindestens die Beachtung finden wie die Veröffentlichungen der Dramatisierer.

Ernst Kistler ist Direktor am Internationalen Institut für Empirische Sozialökonomie INIFES gGmbH in Stadtbergen/Augsburg. Hauptarbeitsgebiete: Demographischer Wandel, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, Sozialberichterstattung; Politikberater auf Landes- und Bundesebene.

KARL-HEINZ STRECH

DAVID BORISOVICH RYASANOV

Preface to MECW in 1927

This is a reprint of Ryasanov's preface to the »Marx'/Engels' Complete Works« publishing project, which began in Moscow in 1927, but never reached completion. Ryasanov, born in 1870 in Odessa, participant in Lenin's »Zimmerwald Left« and in the October Revolution, being – in his own words – »neither Bolshevik, Menshevik, nor Leninist, but only a Marxist and, as such, a Communist«, founder of the Moscow-based Marx Engels Institute, was imprisoned by his Stalinist enemies in 1931 and murdered on January 21, 1938. His preface presents an impressive overview of the history of the publication of Marx' and Engels' works as well as the principles of edition that the original MECW initiators had conceived, when they began their ambitious project.

ISABEL RAUBER

The Democratic-Cultural Revolution A View from Latin America

The author, an Argentine philosopher, who lived in Cuba for several years during the military dictatorship, believes that humanity is forced – for the sake of survival – to re-found civilization on the basis of new models, and to autonomously create these new models in a process of searching and building. This will include new processes of transformation, and this transformation will be complex and take a long time to accomplish. It will be characterized by many certainties and uncertainties, by changes, advances and setbacks. Critically reviewing Lenin's ideas and the experience of socialism in Europe, she pleads for a new type of social transformation: from below and arising from within Capitalism, and for a new political culture.

WINFRIED ROTH

»We cannot continue to live like this« The 100th Anniversary of the Democratic Revolution in Russia 1905-1907

The unsuccessful Russian revolution of 1905-1907 was one of the most dramatic and momentous events of the early 20th century. The author looks back into the escalation of contradictions in czarist Russian domestic policies, describes the war against Japan 1904-1905 as a fruitless attempt to overcome the crisis, reflects on the »Bloody Sunday« (January 9, 1905) as the beginning of the revolution and analyses its defeat in 1907. But this defeat, he adds, did not lead toward a peaceful development. The domestic problems remained unsolved, and the czarist regime sought once more its salvation in war – this time in the Balkans, which contributed to the outbreak of World War I and finally caused the February and October Revolutions in 1917.

JÜRGEN MEIER

Scientology is Neither a Church, Nor a Sect Scientology – a Late-Bourgeois Science-Fiction-Ideology

Reflecting on the broad acceptance Scientology enjoys in the United States and the even broader public presence possibilities it won through close cooperation with the Moon Sect, the author describes this organization neither as a church nor as a sect or a religious community but as an aggressive aspect of a late-bourgeois ideology fighting for hegemony in the world. He sees the leaders of Scientology heavily engaged in a battle against the Credo of the French Revolution, »Freedom! Equality! Fraternity!« and he analyses Scientology's methods of camouflage used to win people over to a particularly aggressive capitalism packaged in an idealistic philosophy of an alleged »purely individualist« and »anti-government« programs.

MICHAEL WOLF

Social Policies and Social Labor beyond the Welfare State: Life At Your Own Risk

We witness – the author says – a social upheaval, whose consequences we hardly recognized until recently. It is not terrorism that undermines our civilization, it is the law of the market. By subordinating all social development to this single law, the famous »contrat social« of the past will be step by step replaced by a particularism, aimed only at economic success, legitimizing the use of »non-economic force« to satisfy economic interests. The author analyses the consequences this transformation from the Keynesian welfare state to the Schumpeterian workfare state has had on social policies and social labor and concludes with Habermas, who, already in 1995, saw the danger of a moral erosion of the society that will damage every republican society at its universalist core.

GÜNTER WIRTH

Kurella and the Wartburg Conference

This is a reply to Erhard Scherner's article about Alfred Kurella in No. 201/202 of »UTOPIE kreativ«. The author recalls the protestant pastor Otto Riedel from Härtersdorf near Zwickau, the initiator of the Wartburg Conference of Writers from East and West Germany in 1954.

UTOPIE

Diskussion sozialistischer Alternativen

kreativ

Hinweise für unsere Autorinnen und Autoren

Die Redaktion lädt zur Einsendung von Texten ein. Es können jedoch nur Beiträge veröffentlicht werden, die in der eingereichten oder einer ähnlichen Form nicht bereits anderswo erschienen sind oder erscheinen werden. Manuskripte können per E-Mail (als Attachment) oder auf Diskette (zusammen mit einem Ausdruck) im Word-Programm, vorzugsweise als Rtf-Datei, eingesandt werden. Grafiken sind als gesonderte Datei beizufügen. Aufsätze sollten einen Umfang von **30000 Zeichen**, wovon ein Fünftel auf

Marginalien entfällt, nicht überschreiten. Den Texten ist eine Zusammenfassung/Summary in deutsch und englisch (500 Zeichen) anzufügen. Ferner bitten wir um Angaben zur Autorin/zum Autor (Geburtsjahr, akademische Titel und Grade, Ausbildung, Tätigkeit, Publikationen und, sofern gewünscht, der E-Mail-Adresse) sowie, bei erstmaliger Veröffentlichung, um ein Porträtfoto.

Rezensionen sollten 6000 Zeichen, Annotationen 3000 Zeichen nicht überschreiten. Im Kopf müssen jeweils folgende Angaben – in der angegebenen Reihenfolge und Interpunktion – enthalten sein: Vorname und Name der Autorinnen/Autoren oder Herausgeberinnen/Herausgeber: Titel, Verlag Ort Jahr, Seitenzahl und (Preis). In Zweifelsfällen wird empfohlen, bei Formfragen ein aktuelles Heft unserer Zeitschrift zu Rate zu ziehen.

Für unverlangt eingehende Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Bei Ablehnung eines Beitrages werden die betreffenden Daten auf den Rechnern der Redaktion gelöscht. Beiträge für unsere Zeitschrift werden nicht honoriert.

Die Redaktion

Impressum

Herausgegeben von der
Rosa-Luxemburg-Stiftung e.V.

Redaktion:

WOLFRAM ADOLPHI, GERD KURZE (V.i.S.d.P.),

ULLA PLENER, MARTIN SCHIRDEWAN,

JÖRN SCHÜTRUMPF, MARION SCHÜTRUMPF-KUNZE ,

DIETMAR WITTICH

Adresse: Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin,

Tel.: 030- 44 310-127/123, Fax-122

Internet: www.utopiekreativ.de

E-Mail: utopiekreativ@rosalux.de

Verlag: NDZ Neue Zeitungsverwaltung GmbH,

Weydingerstraße 14-16, 10178 Berlin

Verlagsarbeiten: RUTH ANDEXEL

Satz: ELKE SADZINSKI

Druck: MediaService GmbH

BärenDruck und Werbung

Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

Vertrieb: ND-Vertrieb, Franz-Mehring-Platz 1,

10243 Berlin (Tel.: 030 – 29781627)

Einzelverkaufspreis: 6 €

Jahresabonnement (incl. Versand):

57 € (Inland), 75 € (Ausland)

Förderabonnement (incl. Versand): 75 €

Preisliste für frühere Hefte

Heft 1 bis 170:	je	1 €
Heft 171 bis 182	je	2,50 €